

# Stenographischer Bericht

## 27. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XII. Gesetzgebungsperiode – 23. November 1993

Inhalt:

Beginn der Sitzung: 10.08 Uhr.

### 1. a) Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 748/1, 752/1 und 754/1, der Landesregierung (1985).

Antrag, Einl.-Zahl 749/1, dem Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung (1985).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 759/1, dem Ausschuß für Europäische Integration (1985).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 756/1 und 757/1, dem Finanz-Ausschuß (1985).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 392/6, dem Gemeinde-Ausschuß (1986).

Anträge, Einl.-Zahlen 750/1 und 751/1, dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß (1986).

Antrag, Einl.-Zahl 755/1, dem Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur (1986).

Antrag, Einl.-Zahl 753/1, dem Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz (1986).

### b) Anträge:

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Mag. Rader, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Frizberg, betreffend die Feststellung der Rationalisierungsmöglichkeiten aller Leistungen, die das Land Steiermark erbringt, sowie die Umsetzungsmöglichkeiten von Vorschlägen zur Verwaltungsreform (1986);

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Kaufmann, Dr. Klausner, Korp, Minder, Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Ussar, Vollmann und Dr. Wabl, betreffend die Einsetzung eines „Geschäftsordnungsausschusses“;

Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Schleich, Minder und Schuster, betreffend die Ablehnung der Errichtung einer thermischen Reststoffverwertung (Müllverbrennungsanlage) durch die Lederfabrik Schmidt Feldbach Ges. m. b. H. & Co. KG. (1986).

### c) Mitteilungen (1986).

### d) Einbringung des Landesvoranschlages 1994.

Redner: Landesrat Ing. Ressel (1986), Abg. Dr. Frizberg (1994), Abg. Dr. Flecker (2000), Abg. Mag. Rader (2004).

### 2. Antrag, Einl.-Zahl 747/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Frizberg, betreffend die Einsetzung eines „Ausschusses zur Rationalisierung der Leistungen des Landes Steiermark (Rationalisierungsausschuß)“ zur Feststellung der Rationalisierungsmöglichkeiten aller Leistungen, die das Land Steiermark erbringt, sowie die Umsetzungsmöglichkeiten von Vorschlägen zur Verwaltungsreform.

Redner: Abg. Korp (2007), Abg. Dr. Maitz (2008), Abg. Dörflinger (2009), Abg. Schützenhöfer (2011), Abg. Gross (2012), Abg. Dipl.-Ing. Vesko (2014), Abg. Dörflinger (2015), Landesrat Dr. Strenitz (2016), Abg. Vollmann (2018), Abg. Trampusch (2018), Abg. Dr. Ebner (2020), Abg. Dr. Frizberg (2020), Landesrat Dr. Strenitz (2022), Abg. Dr. Frizberg (2022), Landesrat Dr. Strenitz (2022).

Beschlußfassung (2023).

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Hohes Haus!

Heute findet die 27. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise. Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Landtagsabgeordnete Mag. Magda Bleckmann, die Zuweisungen vom Rednerpult aus zu verlesen:

**Abg. Mag. Bleckmann:**

Zuweisungen an die Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 748/1, der Abgeordneten Dr. Grabensberger, Bacher, Dr. Maitz und Pußwald, betreffend ambulante Diabetikerschulung in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 752/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Trampusch, Vollmann und Schrittwieser, betreffend die umweltgerechte Verwertung und Entsorgung von Verpackungsmüll;

den Antrag, Einl.-Zahl 754/1, der Abgeordneten Heibl, Trampusch, Günther Prutsch und Schleich, betreffend die Errichtung einer Verbindungsstraße von der A 9, Autobahnknoten Gralla, nach Sajach.

Zuweisung an den Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

den Antrag, Einl.-Zahl 749/1, der Abgeordneten Dr. Klausner, Dipl.-Ing. Grabner, Trampusch und Gennaro, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 1974.

Zuweisung an den Ausschuß für Europäische Integration:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 759/1, betreffend den dritten vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration.

Zuweisungen an den Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 756/1, über den Landesvoranschlag 1994, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 757/1, betreffend die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 6,378.000 Schilling bei der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG. durch die Gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgesellschaft in Steiermark „Neue Heimat“ zum Zwecke der Generalsanierung des landeseigenen Wohnhauses Graz, Mariatroster Straße 163.

**Zuweisung an den Gemeinde-Ausschuß:**

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 392/6, zum Beschluß Nr. 286 des Steiermärkischen Landtages vom 16. März 1993 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura, Schinnerl, Weilharter und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend die Obmänner der Prüfungsausschüsse der steirischen Gemeinden.

**Zuweisungen an den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:**

den Antrag, Einl.-Zahl 750/1, der Abgeordneten Trampusch, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Ussar, Vollmann und Dr. Wabl, betreffend die Vollziehung des Aufenthaltsgesetzes 1992;

den Antrag, Einl.-Zahl 751/1, der Abgeordneten Trampusch, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Getzinger und Minder, betreffend eine Projektstudie für modernes Informationsmanagement in der öffentlichen Verwaltung.

**Zuweisung an den Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:**

den Antrag, Einl.-Zahl 755/1, der Abgeordneten Dr. Klauser, Heibl, Gennaro und Schrittwieser, betreffend den Ausbau beziehungsweise die Neuasphaltierung der B 74 zwischen Hohlbach und Wieden.

**Zuweisung an den Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:**

den Antrag, Einl.-Zahl 753/1, der Abgeordneten Schleich, Günther Prutsch, Minder, Dr. Wabl, Vollmann und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Beteiligung an der Gleichenberger und Johannisbrunnen AG.

**Präsident:** Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe. Ich ersuche wiederum die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Mag. Magda Bleckmann, die Verlesung der Anträge vorzunehmen.

**Abg. Mag. Bleckmann:**

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Mag. Rader, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Frizberg, betreffend die Feststellung der Rationalisierungsmöglichkeiten aller Leistungen, die das Land Steiermark erbringt, sowie die Umsetzungsmöglichkeiten von Vorschlägen zur Verwaltungsreform;

Antrag der Abgeordneten Trampusch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Minder, Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Ussar, Vollmann und Dr. Wabl, betreffend die Einsetzung eines „Geschäftsordnungs-Ausschusses“;

Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Schleich, Minder und Schuster, betreffend die Ablehnung der Errichtung einer thermischen Reststoffverwertung (Müllverbrennungsanlage) durch die Lederfabrik Schmidt Feldbach Ges. m. b. H. & Co. KG.

**Präsident:** Ich teile dem Hohen Haus mit, daß die schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Martin Wabl an Herrn Landtagspräsidenten Dipl.-Ing. Franz Hasiba, betreffend die Ausschreibung der Position des Direktors des Landesrechnungshofes nach Beschlußfassung über die Novellierung des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes, schriftlich beantwortet wurde.

Ich erteile nun dem Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel das Wort zur Einbegleitung des Landesvoranschlages für das Jahr 1994. Ich bitte, Herr Landesrat.

**Landesrat Ing. Ressel (10.11 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Während sich der steirische Landtag mit dem Budget des Jahres 1994 auseinandersetzt, treffen sich in Wien gerade die beamteten Landesfinanzreferenten, um über den Härteausgleich der Gemeinden zu verhandeln. Wie Sie wissen, ist durch die Steuerreform die Gewerbesteuer, eine der wesentlichsten Einnahmequellen der Gemeinden, weggefallen. Das hat zu ganz bestimmten finanziellen Problemen in den österreichischen Kommunen geführt, und es wird jetzt der Versuch unternommen, mit dem Betrag von etwa einer Milliarde, die aus der Einfuhr-Umsatzsteuer stammt, diese Härten auszugleichen. Heute Nachmittag um 14 Uhr werden die Landesfinanzreferenten und der Herr Finanzminister zu diesem Thema eine Besprechung abhalten. Ich halte es für erforderlich, daß der steirische Vertreter dort teilnimmt, weil sich herausgestellt hat, daß die Einkommensverluste durch den Entfall der Gewerbesteuer für die westlichen Bundesländer und die dort liegenden Gemeinden deutlich größer ist als für die östlichen Bundesländer und die hier liegenden Gemeinden. Jetzt wird der Versuch gemacht, über einen einheitlichen Ausgleichstopf das auszugleichen. Dies würde aber zur Folge haben, daß Mittel, die uns kraft Gesetz, beispielsweise in der Steiermark für steirische Gemeinden, zur Verfügung stehen, in Richtung Westösterreich abfließen. Ich habe diesen Umstand den Klubobmännern und dem Vorsitzenden des Finanz-Ausschusses mitgeteilt, weil ja heute Nachmittag Finanz-Ausschuß angesetzt ist, und ersuche, daß ich an dieser Sitzung teilnehmen kann. Sollte bis 11.30 Uhr kein derartiger Widerspruch bei mir aufscheinen, dann würde ich mir erlauben, zwischen 11.30 und 12 Uhr die Reise nach Wien anzutreten. Alles in allem, glaube ich, eine wichtige Verhandlung. Es gibt eben wichtige Tage, und einer der wichtigen Tage von globaler Bedeutung war für mich der ver-

gangene Donnerstag, als sich der amerikanische Kongreß mit 234 zu 200 Stimmen für die Annahme des nordamerikanischen Freihandelsraumes entschieden hat. Ich glaube, das ist für uns auch von beträchtlicher Bedeutung und bemerkenswert alleine schon deshalb, weil sich hier hochentwickelte Länder, wie Kanada und die USA, freiwillig mit einem Niedriglohnland wirtschaftlich verbinden. Da finde ich schon die Parallele zu Europa, wo ebenfalls hochindustrialisierte Länder unfreiwillig, nämlich durch Wegfall des Eisernen Vorhanges, eine derartige Verbindung mit den osteuropäischen Ländern eingehen. Jetzt ist es bei uns keine Freihandelszone, aber immerhin ein Präferenzzollabkommen mit den Ländern dieser Region. Was sich noch sehr ähnlich für mich darstellt im Vergleich USA – Europa, und dieses Ereignis hat wenige Tage später in Seattle stattgefunden, nämlich die Verhandlungen der pazifikangrenzenden Länder zu Fragen der Wirtschaft, ist die Tatsache, daß USA und Europa gemeinsam 200 Milliarden US-Dollar an Waren aus Südostasien importieren. Das bedeutet aber andererseits, daß in diesen beiden Regionen 5 Millionen Arbeitsplätze nach Südostasien exportiert werden, und das, obwohl in den USA als auch in Europa selbst mit erheblichen und, wie ich glaube, uns allen viel zu hohen Arbeitslosenraten gerungen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen nicht so weit in die Ferne schweifen, wenn wir unsere Situation für das Jahr 1994 beobachten wollen, sondern es empfiehlt sich, hier die gleiche Vorgangsweise wie beispielsweise bei Produktionsunternehmen anzuwenden und die Partnerbeobachtung vorzunehmen. Schauen wir uns einmal die Entwicklung in dem wichtigsten Partnerland an, in der Bundesrepublik Deutschland. Ich habe gesehen, der Herr Generalkonsul ist anwesend. Herzlich Willkommen! In der Republik Deutschland sind im Jahre 1994 4 Millionen Arbeitslose prognostiziert. Aber nicht nur das, wir müssen als Österreicher nach wie vor feststellen, daß die Arbeitslosenraten innerhalb der EG, aber auch innerhalb der OECD noch immer beträchtlich höher liegen als in Österreich, obwohl auch bei uns in Österreich 1994 die Arbeitslosenrate steigend ist. Wenn Sie Fragen haben, ob wir 1994 die Abstimmung zur Europäischen Gemeinschaft vornehmen sollen, dann wird man halt einmal erklären müssen, wie es zu diesem Phänomen kommt, daß auch in den kleinen Ländern, in den kleinen Volkswirtschaften, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Arbeitslosenraten durchaus deutlich höher sind als in den Ländern der EFTA, wozu wir Österreicher zählen. Was hinsichtlich der Arbeitslosigkeit für Österreich gilt, gilt aber auch für die Steiermark, und damit sind wir bei unserer eigenen Heimat, damit sind wir beim Gegenstand unseres heutigen Tages und müssen zur Kenntnis nehmen, daß bereits 1993 etwa 130.000 bis 140.000 Menschen von der Arbeitslosigkeit betroffen sind mit mehr als 40.000 über einen längeren Zeitraum als sechs Monate. Meine sehr geehrten Damen und Herren, worum ich nur bitten kann, ist, daß wir endlich einmal mit dem Unsinn aufräumen, der da lautet: Wenn jemand Arbeit will, dann kann er arbeiten.

Es kann doch kein Mensch mehr erklären, daß die steirische Bevölkerung vor einigen Jahren noch arbeitsam war und jetzt offenbar nicht arbeiten will. Ich glaube, man muß sich ganz entschieden gegen

derartige Vorhaltungen wenden. Die Frage, die sich jetzt für uns alle stellt, ist, welche Chancen haben wir denn? Ich würde sehr gerne, weil ich das auch bei anderer Gelegenheit schon einmal getan habe, es mir aber außerordentlich wichtig erscheint, hier einen unverdächtigen Sachverständigen heranziehen, um diese Chancenbeurteilung der Steiermark zu machen. Und zwar gibt es eine Studie über die Zukunftsstandorte in Westeuropa. Ein hochinteressantes Werk, in dem der gesamte Wirtschaftsraum der EG, der gesamte Wirtschaftsraum der EFTA in 274 Regionen eingeteilt wird. Österreich ist darin enthalten mit neun Regionen, wobei die neun österreichischen Bundesländern ident sind mit den neun österreichischen Bundesländern. Nach gleichen Qualifikationskriterien werden nun diese 274 Standorte im Hinblick auf Zukunftsstandorte für Unternehmen, für Wirtschaften, untersucht. Was stellt sich dabei heraus? Ich darf mit der Sonnenseite beginnen. Es stellt sich heraus, daß die Qualifikation der Arbeitnehmer in der Steiermark von diesem Institut, und das hat weltweites Renommee, an 18. Stelle liegt. Die Arbeitnehmer der Steiermark an 18. Stelle von allen Regionen. Wenn man davon ausgeht, daß die Nummer 1 die beste Stellung ist und die Nummer 274 – nur um es deutlich zu machen – die schlechteste Reihung ist, dann ist die Reihung an Nummer 18 eine hervorragende Reihung, und das relativiert natürlich das eine oder andere, was wir manchmal an Diskussionen mit der Arbeitgeberseite zu führen haben. Es wird Sie vielleicht verwundern, daß von den fünf Parametern, die hier untersucht werden, einer davon auch die Lebensqualität ist. Auch die Lebensqualität ist von ganz entscheidender Bedeutung für Ansiedlungsvorhaben sowohl im industriellen, als auch im Dienstleistungsbereich. Und die Untersuchung zeigt – und enthalten ist dabei beispielsweise der  $SO_2$ -Ausstoß –, die Steiermark ist in der Lebensqualität wieder von diesen 274 an 55. Stelle gereiht. Damit Sie sehen, welche Grundtendenz dieser Bewertung unterstellt ist, darf ich Ihnen sagen, daß die Lebensqualität von Tirol als Nummer 1 von diesen 274 europäischen Regionen gewertet wurde. Ein zweiter Faktor, aber zusammenfassend zur Frage der Lebensqualität, glaube ich, eine beachtliche Position, die, wenn man sie mit der Liebe zur Heimat verbindet, durchaus noch weiter vorne rangieren wird.

Schauen wir uns den dritten Faktor an, die Kosten. Die Kosten haben in sämtlichen Diskussionen, gerade in Zeiten einer wirtschaftlichen Rezession, in Zeiten von strukturellen Problemen innerhalb der Wirtschaft, ganz außerordentliche Bedeutung. Die Studie zeigt uns, daß die Kosten in der Steiermark an 61. Stelle liegen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das gibt uns immerhin den Mut zu der Aussage, daß man mit einer derartigen Kostenposition tatsächlich in der Lage sein müßte, nahezu sämtliche Produkte wirtschaftlich zu produzieren. Also aus dieser Tatsache heraus läßt sich keine Depression ableiten.

Aber ich möchte Ihnen auch die Schattenseite nicht verhehlen. Wenn wir uns dem vierten Faktor, dem Verkehr, zuwenden. Er heißt Verkehr- und Fühlungsvorteil. Was ist damit gemeint? Gemeint ist damit, in wieviel Stunden erreiche ich mit öffentlichen Verkehrsmitteln wieviel Markt, wieviel Millionen

Menschen? Und hier – und das scheint mir doch sehr bemerkenswert – liegen wir an 166. Stelle von diesen 274. Und jetzt ist es sicherlich so, das soll der Objektivität halber festgehalten werden, daß man gegen Randlagen insgesamt nichts kann. Aber – und das sollte auch festgehalten werden – daß es daher umso wichtiger ist, in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Und daß daher sämtliche Bemühungen, zum Beispiel der Ausbau der Pyhrnautobahn, der Ausbau der Schoberstrecke, der zweigleisige Ausbau nach Süden, die Verbindung über die Süd-Ost-Spange, der Koralmtunnel und, wenn Sie wollen, vor allen Dingen auch der Semmeringtunnel, für uns unverzichtbare – meiner Meinung nach unverzichtbare – Vorhaben sind.

Und ich möchte in dem Zusammenhang auf ein Novum in Österreich hinweisen. Es ist meines Erachtens das erste Mal, daß der Landeshauptmann eines Nachbarlandes in der politischen Agitation, bei aller Wertschätzung für Initiativen, soweit geht, daß er das benachbarte Bundesland von einer Lebensader abschneiden will – und ich spreche hier ganz konkret den niederösterreichischen Landeshauptmann an. Ich glaube, das geht eindeutig zu weit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir werden also den Fragen der Infrastruktur mehr als bisher und mindestens soviel wie bisher unsere Aufmerksamkeit widmen müssen. Lassen Sie mich aber auch auf den letzten Parameter eingehen. Er nennt sich Dynamik. Was ist damit gemeint? Gemeint ist damit das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Nach dem Motto, wo Tauben sind, fliegen Tauben zu. Dort, wo der Auftrieb ist, dort siedelt man sich an als Unternehmer. Dort geht man hin, dort erwartet man in dieser Dynamik auch die entsprechende Entwicklung des eigenen Unternehmens. Ja, meine geschätzten Damen und Herren, Hohes Haus, in der Dynamik liegt die Steiermark von den 274 Regionen an 209. Stelle, und man muß es also feststellen, das deckt sich durchaus auch mit unseren Feststellungen. Denn wenn man sich die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in der Steiermark anschaut, dann sieht man, daß wir als Steirer gesamtösterreichweit von 1981 bis 1990 an vorletzter Stelle gelegen sind. Schaut man sich den Durchschnitt des Bruttoinlandsproduktes an zwischen 1981 und 1985, liegen wir um 17,6 Prozent unter dem Schnitt des Bundes und liegen von 1986 bis 1990 22,3 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, was allerdings diesen Trend unterstreicht ist, daß, wenn man sich die prozentuelle Steigerung des Bruttoinlandsproduktes vom Durchschnitt 1981 bis 1985 und 1986 bis 1989, also diese Durchschnitte, miteinander vergleicht, dann haben wir in Österreich die letzte Position. Und zwar beträgt dieses Wachstum in der Steiermark 57 Prozent, in Burgenland 64 Prozent und beispielsweise dazu in Salzburg 82 Prozent, so daß sich für die Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren, im wesentlichen zwei Strategien ergeben. Wir müssen in der Investorenwerbung die Stärken, die Vorteile, die auch hier eindeutig aufgezeigt wurden, herausstreichen, und wir müssen zweitens Maßnahmen setzen, Programme entwickeln, um aufgezeigte Schwächen sukzessive zu beseitigen. Es geht in Wahrheit um das Konzept einer regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Und eines der Instrumente, das zu erreichen, ist auch das Budget.

Gestatten Sie mir, daß ich mich eingangs ein wenig der Einnahmenseite des Budgets zuwende und der Vollständigkeit halber anführe, daß die Haupteinnahmequelle für uns die Ertragsanteile sind. Die Ertragsanteile, die zu drei Viertel von der Volkszahl, also von der Anzahl der steirischen Bevölkerung, abhängen und zu einem Viertel von Faktoren, die sich im Bruttoinlandsprodukt wiederfinden, wie beispielsweise der Kapitalertragssteuer und der Einkommenssteuer.

Nun ist es ja kein Geheimnis, daß die letzte Volkszählung 1991 das Ergebnis gebracht hat, daß der Anteil der steirischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 15,7 auf 15,2 Prozent gesunken ist, mit der Folge, daß wir 400 Millionen an Ertragsanteilen pro Jahr weniger für die Steiermark lukrieren können. Und jetzt können Sie mich fragen, und ich möchte das sehr gerne darstellen, welche Maßnahmen wurden von seiten des Finanzreferenten gesetzt, um die Einnahmensituation für die Steiermark zu verbessern? Ich darf damit beginnen, daß ich sage, es war sehr wichtig, daß im vergangenen Jahr sowohl die Regierung als auch der Landtag durch eine Budgetvorschau für die Jahre 1993/94/95 und 96 über die allgemeine finanzielle Situation in der Steiermark informiert wurden. Das hat jeder von Ihnen bekommen, und ich bin sicher, die Eckdaten hat sich auch jeder angesehen, und es ist ja auch diese Budgetvorschau intensiv im Finanz-Ausschuß verhandelt worden. Und im Finanz-Ausschuß ist mir damals der Auftrag oder der Wunsch übermittelt worden, Vorschläge für allfällige Landesabgaben der Regierung beziehungsweise dem Landtag vorzulegen, was geschehen ist, Sie haben es heute bekommen. Das war das Erste. Und diese Budgetvorschau und um die Objektivität dieser Vorschau zu erhöhen, um es uns leichter zu machen in dieser multicoloren Zusammensetzung, haben wir nicht im Haus erstellt, sondern erstmals vom Wirtschaftsforschungsinstitut, von Prof. Dr. Lehner, von dem ich mich vergewissern konnte – und zwar vorher vergewissern konnte –, daß er das Vertrauen aller im Hohen Haus vertretenen Parteien besitzt. Die zweite Maßnahme, und die wird schon etwas haariger, war wohl doch im vergangenen Herbst mein Vorschlag, einen Gesundheitsschilling einzuführen. Eine Maßnahme, die in etwa 400 Millionen gebracht hätte und die ich im Zusammenhang mit der Durchführung der Krankenanstalteninvestitionen in der Steiermark, von denen ich damals ausgegangen bin, daß sie durch Konsens erstellt worden sind, weil ja alle maßgeblichen Gremien sich dafür ausgesprochen haben, vorgesehen gewesen wäre, obwohl natürlich jede Einnahme jedem Vorhaben, jeder Ausgabe zugeordnet werden kann und natürlich klar ist, daß bei der Budgetsituation mit einer derartigen Einnahme grundsätzlich die Situation des Budgets nicht geändert werden kann. Es haben sich dann alle drei im Hohen Haus vertretenen Parteien von derartigen Einnahmen distanziiert. Ich habe aber eine zweite Möglichkeit natürlich gefunden, extern Einfluß zu nehmen auf die Einkommenssituation in der Steiermark. Es haben die Finanzausgleichsverhandlungen stattgefunden. Nun, glaube ich, verrate ich Ihnen kein Geheimnis, daß grosso modo die Entwicklung der westlichen Bundesländer rascher vonstatten geht als die der östlichen, insbesondere Burgenland, Steiermark und Kärnten.

und ich habe den Vorschlag meines Amtsvorgängers, des jetzigen Zweiten Präsidenten Dr. Klausner, aufgegriffen und in diese Verhandlungen die Forderung nach einer Strukturmilliarde für die östlichen Bundesländer eingebracht. Einfach mit dem Wunsch, eine Verschiebung der Finanzmasse im Ausmaß von einer Milliarde in Richtung Burgenland, Steiermark und Kärnten zu bewegen. Es war in den Verhandlungen diese Forderung nicht durchzusetzen, was mit der konsequenten Maßnahme einer Nichtunterzeichnung des Finanzausgleiches durch die Steiermark, und zwar abgedeckt durch einen einstimmigen Regierungsbeschluss, abgeschlossen wurde. Diese Maßnahme, das erste Mal seit 1945 gesetzt, kann in ganz bestimmten Situationen rechtlich deutliche Folgen nach sich ziehen. Was allerdings, und darauf bin ich schon sehr stolz, ermöglicht wurde, war damit die Eröffnung von Bund-Land-Verhandlungen, die ja letztlich das Ziel gehabt haben, nach erfolgreichem Abschluß auch die Unterzeichnung des Finanzausgleichspaktums zu erzielen.

Jetzt ein paar Worte zu diesen Bund-Land-Verhandlungen, die von Landeshauptmann Dr. Kraïner und Landeshauptmann Dr. Schachner geführt wurden und die, wie ich glaube, für uns ein großer Erfolg waren. Was ist darinnen enthalten? Fremdenverkehrsinfrastrukturprojekte werden durch den Bund gefördert. Ich sage als Stichwort vielleicht Blumau, vielleicht Eisenerz und andere. Wirtschaftsförderungsprojekte, wie beispielsweise das Designzentrum, Technologieparks. Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm. Qualifikationsprogramm. Eine Produktfindungs-offensive; Wissensschaffungsprojekte, beispielsweise der landeseigene Joanneum Research. Und, was sehr wichtig war, ein langgehegter Wunsch der Steiermark ist durchgesetzt worden, und es ist vorige Woche hier ausgiebig diskutiert worden, eine 50prozentige Bundesbeteiligung bei den Investitionen der Kliniken. Jetzt muß man halt hinzufügen, daß bei diesen Verhandlungen auch das Volumen dieser Klinikinvestitionen behandelt wurde, und es ist in der Vereinbarung zu dieser festgeschriebenen Generalvereinbarung, 9,1 Milliarden. Also bin ich davon ausgegangen, daß, wenn man mit dem Bund ein Projekt in der Höhe von 9,1 Milliarden verhandelt, auch dieses Projekt letzten Endes verwirklichen will. Ich möchte das hier nur anmerken.

Lassen Sie mich aber auch einige Worte noch zur Ausgabenseite sagen. Ich glaube, daß mit der Auflage der Budgetvorschau, mit dem Vorschlag nach Einführung einer Landesabgabe im vergangenen Herbst, wir indirekt sehr wohl, und sie war auch direkt auf die Bewußtseinslage der Öffentlichkeit, aber auch von uns allen, eingewirkt haben. Wenn Sie so wollen, war es die psychologische Komponente, um einmal deutlich zu machen, daß wir uns überlegen müssen, in welche Richtung wir unsere Ausgaben steuern. Und zwar ist das deshalb so wichtig, weil in dieser Budgetprognose auch für das Jahr 1994 der Prof. Lehner sich so ausdrückt: Der Strukturwandel in der Steiermark ist zwar eingeleitet und werden entsprechende Bemühungen attestiert, er ist jedoch zu langsam. Er sagt weiter: Der steirische Landeshaushalt wird einnahmenseitig stärker werdende Probleme bekommen. In Klammer muß man dazusagen: Daher muß man sich sehr gut überlegen, wofür man in Verbindung mit dem Punkt 1

die Ausgaben tätigt, und die Förderung, das ist der Punkt 3, von Infrastruktur ist dringend erforderlich. So Lehner. Die zweite Maßnahme auf der Ausgabenseite waren die Budgetrichtlinien. Irgendwer hat einmal in einer Zeitung geschrieben, er vermißt bei diesem Budget die Gestaltungskraft. Es ist nicht erkannt worden, daß die Gestaltungskraft sich auch in sehr einfachen Sätzen verbergen kann, und zwar in dem Fall in den Budgetrichtlinien. Gestatten Sie mir, daß ich Sie Ihnen kurz vorstelle.

Wir haben die Budgetrichtlinien am 15. März 1993 in der Regierung aufgelegt und haben sie nach einer Woche, am 22. März dieses Jahres, beschlossen. Was ist das Besondere daran? Das Besondere ist, daß in der Vergangenheit die Budgetrichtlinien immer als eine Verfügung des Finanzressorts versandt wurden. Mir war diese Bindung zu wenig. Daher haben wir die Budgetrichtlinien in die Regierung eingebracht, aufgelegt und beschlossen. Was heißt beschlossen? Beschlossen ist das Ende einer Diskussionsphase, bedeutet Willenseinigung – ein einstimmiger Beschluss –, bedeutet aber auch, daß sich alle – und da ist der Finanzreferent mit eingeschlossen – an diese Budgetrichtlinien zu halten haben. Was haben wir dort versucht? Wir haben im März unter der Einschätzung des Frühjahrs dieses Jahres eine Steigerung der Personalkosten in der Höhe von 3,5 Prozent angenommen, allerdings Beförderungen und Biennien-vorrückungen in diesem Betrag enthalten. Mittlerweile – auf das werde ich später noch eingehen – zeigt sich, daß durch die allgemeine Situation, daß durch die bisher getätigten Gehaltsabschlüsse davon auszugehen ist, daß auch der Abschluß der Verwaltungsbediensteten, der Beamten unter diesem Wert liegen wird, und wir haben Maßnahmen vorgesehen, um das zu korrigieren. Wir haben weiters – das ist eine Sache, die der Landtag sehr vehement gefordert hat – die Null-Basis-Budgetierung verlangt, und zwar bei sämtlichen Pflichtausgaben.

Was bedeutet das? Jedes Regierungsmitglied ist veranlaßt, in seinem Bereich zu untersuchen, ob die Ausgabe dem Grunde nach und der Höhe nach notwendig ist. Wir haben bei den sonstigen Sachausgaben Erhöhungen in der Höhe von 3,5 Prozent berücksichtigt. Wir sind bei sämtlichen Ermessensausgaben, wie schon ein Jahr davor, auf dem Standpunkt gestanden, daß sie gleichbleiben sollen, das heißt, daß die Ermessensausgaben, und dazu gehören auch die Förderausgaben nach dem Ihnen nun vorliegenden Vorschlag 1992, '93 und '94, gleich hoch sind. Sie wurden nicht erhöht, aber sie wurden auch nicht gesenkt, und das gibt dem ganzen Spiel die Kraft, innerhalb der Ressorts umzuschichten. Und darüber hinaus wurde festgelegt, daß zusätzliche Finanzierungserfordernisse durch interne Einsparungen und somit durch Ausgleich innerhalb der Kredite eines Referates abzudecken sind, und als Vorlagertermin für die Wünsche wurde der 15. Juni fixiert. Die Richtlinien haben ihre Wirkung gezeigt, weil letzten Endes der Ihnen vorliegende Vorschlag anhand dieser beschlossenen Richtlinien erstellt wurde, mit der Wirkung, daß etwa Wünsche in der Höhe von 2500 Millionen durch meine Regierungskollegen in den Ihnen vorliegenden Budgetentwurf keinen Eingang gefunden haben.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich aber auch noch ein wenig auf das Verhältnis, so wie ich das sehe, zwischen Landtag und Finanzreferenten eingehen. Ich erinnere mich an das Budget 1992. Der Tenor der Reden war in etwa der - brauche nur den Präsidenten Rader ansehen -, daß man befürchtet hat, daß die Einnahmen von mir zu hoch angesetzt werden und die Ausgaben zu nieder. Und ich meine, die reale Gefahr ist ja tatsächlich da. Nur darf ich mir jetzt erlauben, doch einmal auf das Ergebnis des Jahres 1992 etwas einzugehen. Im Budgetjahr 1992 haben wir mit einer Nettoneuverschuldung von 950 Millionen gerechnet, so war das auch ausgewiesen. Und jetzt liegt der Abschluß dieses Jahres 1992 vor, und es ist so, daß dieser Abgang nicht 950 Millionen beträgt, sondern nur 500 Millionen, und, was ungemein wichtig ist, wir waren in der Lage, zusätzlich eine Budgetausgleichsrücklage in der Höhe von 500 Millionen zu schaffen. Eine Rücklage, die mit mickrigen 8 Millionen noch dotiert war, ist jetzt wieder in der Höhe von über 500 Millionen, und das scheint deshalb so wichtig, weil ja gerade die Instabilität der Wirtschaftssituation, beispielsweise im heurigen Jahr, uns zeigt, daß es tatsächlich zu Abweichungen kommen kann, die man dann mit einer derartigen Ausgleichsrücklage austarieren kann. Und aus diesen 500 Millionen sollten wir, falls es notwendig wird, in den nächsten Jahren derartige Unausgewogenheiten ausgleichen. Aber ich darf vielleicht noch einmal darauf zurückkommen, daß in den Debatten um den Jahresabschluß 1992 auch die Frage der Wohnbaufinanzierung, und das war zweifelsohne damals ein Desaster, und daran können wir uns nicht vorbeibewegen, eine große Rolle gespielt hat, daß damals der Vorschlag des Finanzressorts auf dem Tisch gelegen ist, einen Forderungsverkauf durchzuführen, daraus Einnahmen in der Höhe von einer Milliarde Schilling zu lukrieren und mit dieser einen Milliarde an Erlösen den gesamten Wohnbaubereich budgetneutral zu gestalten. Heute kann man sagen, diese damals doch deutlich angezweifelte Finanzoperation ist unter hervorragender Konsortialführung der Landes-Hypothekenbank mit steirischen Banken abgeführt worden. Es ist ein normales finanzielles Geschäft, so wie viele andere auch. Und niemand hat da überhaupt nur etwas dabei gefunden, als wir dann 1993 gesagt haben, um diesem Desaster ein Ende zu bereiten, der gleiche Vorgang auch noch einmal 1993, und hier laufen im Moment noch die Gespräche, weil man das ja erst dann machen soll, wenn es von der Liquidität gefordert wird. Und ich nehme für mich in Anspruch, daß ich als erster ein mathematisches Modell in die Wohnbauförderung eingeführt habe, nicht die materiellen Inhalte haben Landesrat Schmid und der Ausschuß geschaffen, aber immerhin die Mathematik ist in die Wohnbauförderung eingeführt, und es sollte uns hoffentlich nicht passieren, wie es beim Wohnbauförderungsgesetz 1989 passiert ist, daß die finanziellen Ressourcen nach zweieinhalb Jahren einschließlich einer Rücklage von 2 Milliarden erschöpft sind.

Lassen Sie mich aber jetzt auch einige Worte zum Budget 1993 sagen, als unmittelbarer Vorläufer zu dem Ihnen zugegangenen Budgetentwurf. Wir haben 1993 im Wissen um die budgetäre Situation der Jahre 1994, '95 und '96 hier einstimmig ein Budget be-

schlossen. Und ich habe da nachgelesen, was hier gesprochen wurde. Der Kollege Schützenhöfer hat sich in etwa so geäußert: „Na, wir haben“ - haben Sie damals gesagt sinngemäß - „1,1 Milliarden Nettoneuverschuldung, wir haben eine außerbudgetäre Finanzierung in der Höhe von etwa 700 Millionen, und wir haben einen Forderungsverkauf, und wir haben Einnahmen aus dem vorzeitigen Rückerstattungsgesetz in der Höhe von über einer Milliarde.“ Ihre Schlußfolgerung war die, und sie war richtig, daß Sie gesagt haben: „In Wahrheit haben wir eine Nettoneuverschuldung von 3 Milliarden, und dazu bekennen wir uns.“ Das waren damals Ihre Worte, und sie waren richtig. Nur - (Abg. Schützenhöfer: „Herr Landesrat, mir kommt vor, daß Sie damals von der Regierungsbank heruntergesagt haben, daß ich nicht recht habe, und jetzt geben Sie mir recht!“) Herr Kollege, ich habe Ihnen jetzt nur gesagt, was Sie gesagt haben, jetzt füge ich hinzu, was ich sage. (Abg. Schützenhöfer: „Ich kann mich daran erinnern!“) Es war sicher, Kollege, ich wollte Sie nicht desavouieren. (Abg. Gennaro: „Hat er das Protokoll nicht gelesen?“) Also, wir werden ja das noch nützen. Jedenfalls ist es auch 1993, und das kann man jetzt Ende November sagen, gelungen, den Wohnbau budgetunwirksam wieder zu lösen durch diesen Forderungsverkauf. Ich glaube, bei der Rückerstattung sind auch etwa 800 Millionen hereingekommen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Eine Milliarde 950 Millionen!“) Ist es schon eine Milliarde? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Und 970 Millionen!“) Dann ist das noch mehr. Und der Kollege Schmid wird in einem späteren Punkt dann nachgeben müssen. Ist also auch eine Milliarde hereingekommen. Das heißt, wir haben dieses Problem einmal gelöst, so wie wir wollten, und es hat geklappt. Es geht für mich sehr um die Glaubwürdigkeit der Maßnahmen, die vorgeschlagen wurden. Und bitte, wir waren in der Lage, die außerbudgetäre Finanzierung in der Höhe von 650 Millionen hintanzuhalten, weil es in Verhandlungen mit der Krankenkassengesellschaft möglich war, die Refundierungsfrist der Löhne der dort Bediensteten von drei Monaten auf einen Monat zu kürzen. Das hat dem Land eine einmalige Erhöhung in der Höhe von 550 Millionen gebracht, die - und das muß man fairerweise zugeben -, und da sind eben die Zusammenhänge manchmal etwas komplizierter, als sich der eine oder andere das vorstellt, für das Jahr 1993 vereinbart wurden, auch für das Jahr 1994 vereinbart werden können, aber noch nicht definitiv sind. Alles in allem ist es, glaube ich, ganz entscheidend zu sagen, daß, wenn wir die Einnahmeneziffern der Verbindungsstelle der Bundesländer, das ist eine Servicestelle der Bundesländer, angewandt hätten, unsere Einnahmen um über 800 Millionen zu hoch geschätzt worden wären und wir 1993, also im laufenden Jahr, erhebliche Probleme hätten meistern müssen, da mir natürlich klar ist, daß dementsprechend auch die Ausgaben sich daran orientiert hätten. So daß ich heute mit Genugtuung sage, in einer Zeit, in der der Bund sein Nettodefizit von 64 Milliarden auf 93 Milliarden revidieren muß, gelingt es uns im wesentlichen in der Steiermark, mit Hilfe der Möglichkeiten des letzten Sechstels, aus dem auf dem Verhandlungswege ein Zwölftel geworden ist, und der Umgestaltung des letzten Zwölftels in wichtige Nachbedeckungsvor-

haben, diese - wie ich glaube - nicht sehr einfache instabile Wirtschaftssituation zu lösen.

Das war für mich der Ausgangspunkt für das Budget 1994, und da wundere ich mich jetzt, daß man sich hier gewundert hat, denn in der Budgetvorschau war eine Nettoneuverschuldung errechnet vom Prof. Lehner mit 3,2 Milliarden. Der Budgetvorschlag, den Sie erhalten haben, zeigt eine Nettoneuverschuldung von 2,5 Milliarden, also immerhin um 700 Millionen weniger, und wenn Sie ihn studieren, werden Sie sehen, daß 200 Millionen Unvorhergesehenes, nämlich in der Ausgabe, die Sie haben, enthalten sind, so daß tatsächlich die Nettoneuverschuldung, wenn ich diese Reserve abziehe, bei 2,3 Milliarden liegt. Gestatten Sie, daß ich Ihnen, weil Sie noch nicht die Zeit gehabt haben, das zu studieren, einige wichtige Daten gebe. Ganz kurz, ich möchte die Zeit nicht über Gebühr beanspruchen.

Wir haben einen Personalaufwand von über 12 Milliarden. Das bedeutet 26.769 Personen. Die Nettobelastung aus diesem Personalaufwand beträgt 3 Milliarden 425 Millionen. Wenn man sich die Bedarfszuweisungen der Gemeinden, die vielleicht heute auch noch eine Rolle spielen werden, später anschaut, dann sieht man: Zuweisungen 1030 Millionen, Zweckzuschuß 220 Millionen, also 1250 Millionen. Ist ja nicht so wenig.

Sozialbereich: Einnahmen rund 1400 Millionen, Ausgaben 3400 Millionen. Nettobelastung 2000 Millionen.

Krankenanstalten, der Zankapfel, der offensichtlich alle bewegt und ganz intensiv in der vergangenen Woche bewegt hat, wurden von mir vorgesehen mit 2 Milliarden 938 Millionen. Es ist der einzige größere Betrag in dem Budget, und deshalb kommt mir das Ganze so eigenartig vor, der unverändert in der Höhe des Vorjahres angesetzt wurde. Denn im Vorjahr waren es auch 2 Milliarden 938 Millionen.

Wohnbau 4500 Millionen etwa.

Land- und Forstwirtschaft: Einnahmen 71 Millionen, Ausgaben 1079 Millionen. Nettobelastung eine Milliarde. Jetzt möchte ich doch ein paar Worte dazu verlieren. Nämlich die Überlegungen, die ich bei der Erstellung des Budgets auch gehabt habe. Ich war halt der Meinung, daß die Krankenanstalten einen Anspruch für die gesamte Bevölkerung in der Steiermark darstellen. Das sind etwas über 1,1 Million. Daß diese eine Milliarde an Belastungen für die Landwirtschaft doch einem relativ kleinen Bevölkerungsanteil zukommt, muß man auch sehen. (Abg. Tasch: „Die Bauern sind für die Gesunden und Kranken da!“) Genau! Kollege, genau so sollten Sie handeln! Jetzt möchte ich Ihnen noch etwas sagen. Man stößt immer wieder darauf, daß die Landwirtschaft doch sehr großzügig behandelt wird. Ich möchte das an einem anderen Beispiel demonstrieren. Wenn wir uns das Bruttoinlandsprodukt in dem Land anschauen, dann ist es überhaupt keine Frage, daß die Hauptträger des Budgets die Industrie, der Handel, also die Dienstleistungen sind, und nicht die Landwirtschaft.

Das spielt deshalb eine Rolle, weil wir auch sehr interessante Diskussionen im Zusammenhang mit der Fachhochschule gehabt haben. Jetzt schauen wir uns einmal den Aufwand an, der im Land Steiermark für

die gewerblichen Berufsschulen und für die landwirtschaftlichen betrieben wird. Das ist auch sehr interessant. Ich habe diese 27.000 gewerblichen Lehrlinge mit der verkürzten Schulzeit auf 13 Wochen umrechnen lassen. Dann schaut das so aus:

Der Sachaufwand im Jahre 1993 beträgt für einen gewerblichen Schüler 10.000 Schilling, für einen landwirtschaftlichen Schüler 28.000 Schilling. Die Personalkosten pro Schüler oder Schülerin betragen im Jahre 1993 für einen gewerblichen Schüler 5600 Schilling, für einen landwirtschaftlichen Schüler 38.400 Schilling.

Wir müssen uns einmal die Frage stellen, inwieweit tatsächlich diese Unterschiede sachlich begründet sind, und man muß sich noch einmal eine Frage stellen, wieviel der Absolventen dieser 2700, die die landwirtschaftlichen Schulen besuchen, eigentlich dann in die Landwirtschaft gehen, und man müßte sich auch die Frage stellen, wieviel eigentlich aus der Landwirtschaft kommen. Persönlich habe ich den Eindruck, daß sehr viele aus anderen Bereichen kommen, nämlich von Gewerbetreibenden, und persönlich habe ich das Gefühl, daß dort nur ganz wenige tatsächlich wieder in die Landwirtschaft gehen. Ich sage Ihnen etwas: Ich bin für diese Schulen, aber die haben den Standard von englischen Privatschulen. (Abg. Dr. Lopatka: „Aber geh!“) Dann gehen Sie einmal in die Schlösser, und schauen Sie sich das an! (Abg. Dr. Lopatka: „Hätten die Schlösser verfallen sollen?“) Aber das auf Kosten der Bevölkerung! Ich sage Ihnen das nur! (Abg. Grillitsch: „Das erste Mal in einer Budgetrede, daß bei einem Finanzreferenten falsche Töne zu hören sind!“) Wissen Sie, Herr Abgeordneter Grillitsch, gestern haben Sie sich gegen die Einführung einer Jagdabgabe gewendet, einer Jagdabgabe, die in 30 Jahren nicht erhöht wurde, wo 800 Fälle der Jagdabgabe - man muß wissen, man muß mindestens 120 bis 130 Hektar haben - in Summe dem Land einen Nettoertrag von 18.000 Schilling bringen. Da kann ich Ihnen nur eines sagen: Ändern Sie entweder das Gesetz, daß wir mit dem Unsinn aufhören können, oder - ich kann Sie nur ersuchen - zeigen Sie soviel Widerstandskraft, daß wir das erhöhen. Ein Mitarbeiter hat mir ausgerechnet, daß, wenn man den Nettoaufwand, der für die Landwirtschaft eingesetzt wird, durch die Zahl dividiert, die bei der zuständigen Krankenkasse angemeldet sind, erhält jeder der Angemeldeten immerhin 30.000 Schilling pro Jahr. (Abg. Dr. Maitz: „Sie vergessen die Leistung der Landwirtschaft für den Tourismus!“) Ich vergesse keine Leistung, sondern ich zeige Ihnen nur die Zahlen! (Abg. Dr. Lopatka: „Vorwärts Genossen, wir müssen zurück!“) Ich glaube, wir können das ohne Emotion zu Ende bringen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren von der rechten Seite. Sie, die sich heute mit Sparappellen in die Öffentlichkeit stellen, haben vor wenigen Monaten den ersten Rechtsanspruch auf eine Förderung beschlossen. Und zwar hat ein Jungbauer einen Rechtsanspruch auf eine Förderung. Aber eines sage ich Ihnen: Ein Kranker, der in einem Krankenbett am Gang eines Spitals liegt, hat keinen Rechtsanspruch darauf, daß er in ein Zimmer hineinkommt. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn ich - (Landesrat Dr. Hirschmann: „Das ist wirklich demagogisch!“) Schau dir die Abstimmungsprotokolle an.

Wenn man sich dann – und das ist ja jetzt Ihre große Aufgabe – trotzdem mit dem Budget noch auseinandersetzen will, dann darf ich Ihnen sagen, welche Ausnahmen in diesem Budget zu den Richtlinien festzusetzen sind. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Das ist ja keine Tarockpartie!“) Ja, das ist keine Tarockpartie, Herr Kollege! (Landesrat Dr. Hirschmann: „Er hat so gut angefangen!“) Ist sie nicht, muß ich Ihnen sagen. (Abg. Dörflinger: „Seitdem Dr. Hirschmann dort oben sitzt, gibt es immer Zwischenrufe von der Regierungsbank!“) Es gibt also in diesem Budget Ausnahmen zu den Richtlinien. (Abg. Trampusch: „Herr Kollege, das sind ja nur Vorschläge für den Rationalisierungsausschuß!“) Und zwar gibt es Zusicherungen, Altlasten im Kindergartenbereich in der Höhe von 180 Millionen aus der Zeit von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth, glaube ich, oder? Damit sie abgedeckt werden, haben wir 20 Millionen als Ausnahme hingenommen. Wir haben ein Behinderertenprojekt „Alfa Nova“, das von engagierten Persönlichkeiten durchgeführt wird, einen Kostenrahmen von 70 Millionen mit 40 Millionen Darlehen unterstützt, das wird uns in den nächsten zehn Jahren mit jeweils 6 Millionen belasten. Und wir haben für Fachhochschulen, im Hinblick auf die vorhin zitierte Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes glaube ich verständlich, für den Herbst dieses Jahres 25 Millionen hineingenommen, und wenn Sie das – und deshalb habe ich den Vergleich mit den landwirtschaftlichen Schulen gebracht – in Ansatz bringen, weil das werden nächstes Jahr über 100 Millionen sein, dann werden Sie verstehen, daß das sehr, sehr wesentlich ist. Und wir haben als Ausnahmen die Zuwendungen zur Förderung des Viehabsatzes beträchtlich erhöht, weil das der realen Situation entspricht. Wir haben aber eines gemacht, ich kann mir vorstellen, daß der Landtag damit einverstanden ist, wir wollen die Förderung auf steirisches Vieh beschränken. Denn es ist Nonsens in Österreich, daß diese Viehexportförderung vom Landwirtschaftsministerium auf die Länder abgehoben wurde und wir jetzt damit konfrontiert sind, daß wir ununterbrochen Viehladungen aus Oberösterreich nach Graz bekommen, die wir dann mit steirischem Geld fördern. Wir haben aber auch als Ausnahme im Zusammenhang mit dem Hofburgbrand Maßnahmen vorgeschlagen in den Amtsgebäuden und im Landesmuseum Joanneum. Wir haben als Ausnahme, das werden Sie finden in Ihrem Voranschlag, 20 Millionen für regionale Arbeitsstiftungen, gerade im Hinblick auf die von mir zitierten Arbeitslosenziffern hineingenommen. Es sind die Landeslabors ausgestaltet worden, auch ein wesentlicher Teil, weil die Versuchs- und Untersuchungsanstalt dabei ist.

Zu den Krankenanstalten, in dem Ihnen vorliegenden Vorschlag sage ich noch einmal, finden Sie 2 Milliarden 938 Millionen. Sie haben die gleiche Zahl vor einem Jahr gefunden, Sie haben die gleiche Zahl vor einem Jahr beschlossen.

Wir haben in der Wohnbauförderung, das wird den Kollegen Schmid interessieren, weil das hat er ja sicher längst schon gesehen, die Erträge aus Zinsen, die uns in der Vergangenheit, also 1993, noch zugeflossen sind, 285 Millionen entsprechend den Vereinbarungen für 1994, dem Wohnbauförderungstopf zugeführt. Allerdings werde ich dem Ausschuß – so es einen

geben sollte – auf diese doch für Sie erklecklichen Mehreinnahmen aufmerksam machen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Können wir die Liste haben?“) Das haben Sie im Budget. Ja, haben Sie es nicht angeschaut? Na bitteschön! (Landesrat Dr. Hirschmann: „Sie wollen nicht, daß wir das anschauen!“) Sie haben ja mit mir verhandelt, und das haben Sie vierzehn Tage vorher bekommen. (Abg. Dr. Flecker: „Habt ihr keine Regierungssitzungen?“ – Landesrat Dr. Strenitz: „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht!“ – Landesrat Dr. Hirschmann: „Ja, das gilt für Sie!“) Jedenfalls, meine geschätzten Damen und Herren, noch ein paar Worte zur Pendlerbeihilfe, zum steirischen Verkehrsverbund, der ist ja auch hier enthalten. Sie waren ja alle mit mir so glücklich, daß wir ihn eingeführt haben. Der Gesamtaufwand beträgt 165 Millionen, der Bund – nur zur Information – 55 Millionen, die Stadt Graz 40, der Landesanteil sind 70 Millionen. Hinzu kommen Kosten in der Höhe von 6,5 Millionen für Fahrscheinausgabegeräte und 4,5 Millionen für den laufenden Aufwand der Verkehrsverbundgesellschaft. Wird uns interessieren, weil diese Ausgaben dann unmittelbar die Einnahmen aus der Mineralölsteuer tangieren werden.

Und jetzt zu den Einnahmen, nur eine Ziffer – ich will Sie nicht lange aufhalten –, und das ist ein wesentlicher Punkt, den ich natürlich auch dem Kollegen Hirschmann in den Verhandlungen mitgeteilt habe und der selbstverständlich allen Kolleginnen und Kollegen in der Regierung vorliegt. Die Ertragsanteile sind also um rund 120 Millionen – und das ist abgestimmt mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut – geringer als im vergangenen Jahr. Das ist also die Situation. Das, was ich Ihnen jetzt gesagt habe, liegt Ihnen vor.

Und jetzt kommen wir zu dem berühmten 4. und 5. November, wo verhandelt wird. Ich würde Ihnen gerne sagen, wie weit man aus meiner Sicht da gekommen ist. Wir haben uns darauf geeinigt, daß ein unabhängiges – sonst muß man dem widersprechen, das war jedenfalls mein Eindruck in der Verhandlung, ich verlasse mich aber auf meine Eindrücke nicht mehr vollständig –, ein unabhängiges Institut, eine Unternehmensberatungsfirma beauftragt wird mit der Durchforstung der Aufgaben des Landes Steiermark hinsichtlich der Struktur der Ausgaben. Befristung bis Mitte des Jahres, damit wir die Ergebnisse im September beziehungsweise Sommer in die Budgeterstellung einfließen lassen können.

Wir haben bei den Krankenanstalten, das soll man auch sagen, erstens einmal den gleichen Betrag hineingenommen und wären dann damit konfrontiert, daß die Krankenanstaltengesellschaft 250 Millionen Haftung durch das Land haben wollte für die Abfertigungsrückstellung, weil die KAGES diese 250 Millionen für Investitionen aufwenden will. Die Regelung, die ich da vorgeschlagen habe, war – ich weiß nicht, wie Sie es sehen – gar nicht so absurd. Ich habe gesagt, daß wir im Rahmen des ersten Halbjahres 1994 grundlegend mittelfristig neu zu gestalten haben unsere finanziellen Beziehungen beziehungsweise vertraglichen Grundlagen (Gesellschaftsvertrag und Übertragungsvertrag mit den Krankenanstaltengesellschaften). Warum? Weil es einen Übertragungsvertrag gibt, den wir seit zwei Jahren in der Regierung immer

außer Kraft setzen, weil die Mittel, die dort vorgesehen sind, die Ansprüche, die dort berechtigterweise, nehme ich jetzt einmal an, erhoben werden, nicht abdecken können. Ist aber auch immer beschlossen worden. Aber ich wollte Ihnen nur sagen, diese Frage der Haftung und die Frage der 300-Millionen-Kredite wollte ich bis Mitte des Jahres geklärt haben. Warum? Weil ich zwei Wochen vorher in dem Ausschuß war, der über die Investitionen beraten hat, und ich durchaus der Meinung war, daß die Herrschaften noch etwas Zeit brauchen werden.

Ein Wort zur Mineralölsteuer. Die Mineralölsteuer, die weitaus geringer ist als ursprünglich angenommen, wird 137 oder 142 Millionen im Jahr 1994 betragen. Sie wird verwendet, um den Verkehrsverbund abzudecken, und in Übereinstimmung mit dem zuständigen Ressort haben wir uns darauf geeinigt, Nahverkehrsprojekte in Bruck, in Weiz, in Kaindorf, bei der Regionalbahn Spielfeld und Radkersburg, Gleisdorf, Graz und Rottenmann durchzuführen. Wir haben des weiteren gesagt, daß die verbleibenden Landesmittel sicher vom Verkehrsreferat und vom Landesfinanzreferat mit den steirischen Gemeindeverbänden zu verhandeln sind. Sie wissen, daß es von seiten der Gemeindeverbände Wünsche gibt.

Wir haben ein wesentliches Problem wie Blumau behandelt. Es ist ja nicht so, daß bei uns immer und oft 1,3 Milliarden investiert werden sollen. Jetzt muß man sagen, daß der Baumeister Rogner damals den Zuspruch bekommen hat und gemeint hat, er wird eine Mittelbeteiligung durch das Land verlangen. Das war die Ausgangssituation. Man muß fairerweise dazusagen, daß in den letzten zwei Jahren von den Banken der Eigenkapitalanteil für derartige Projekte verdoppelt wurde. Die Banken haben auf Grund offensichtlich schlechter Erfahrungen das Risiko minimieren wollen. Jetzt war die Frage zu klären, wird sich das Land Steiermark mit 110 Millionen dort beteiligen oder nicht. So, wie es aussieht, werden wir den Privaten dort die Initiative überlassen und uns nicht beteiligen. Aber wir werden die 200 Millionen so, wie beschlossen, für die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Jetzt war es meine Aufgabe, und es ist nur ein Detail, aber ein nicht unwesentliches für die Atmosphäre, die Bedeckung dieser 200 Millionen darzustellen, und zwar budgetschonend nach Möglichkeit – füge ich jetzt hinzu. Es kommt einmal aus den Ressorts von der Frau Landeshauptmannstellvertreter Klasnic und dem Herrn Landesrat Pörtl. Da war an und für sich grosso modo Einigung. Dann war ich der Meinung, daß für 35 Millionen die Gemeinde Blumau ein Darlehen aufnehmen sollte und die Bedeckung dieses Darlehens aus den Bedarfszuweisungen des zuständigen Gemeindeferenten kommen sollte. Das hat dann zu dem martialischen Ausspruch geführt: Das ist nicht mein Wille. Er war martialisch, aber er war nicht sehr hilfreich, Herr Landeshauptmann. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich lasse mir das von Ihnen auch nicht vorschreiben!“) Habe aber dann selbstverständlich diesen Betrag auf die Hälfte heruntergenommen auf 17,5 Millionen – in zehn Jahren – muß man dazusagen –, das heißt 1,75 Millionen. Das war nicht durchzusetzen, obwohl die Bedarfszuweisungen des Herrn Landeshauptmannes Dr. Krainer 500 Millionen im Jahr darstellen. Ich wollte das nur hier klarstellen, damit man sieht, unter welchen Bedingungen

man gefördert wird. (Abg. Grillitsch: „Er hat die Rede vom Sonntag erwischt!“) Ja, am Sonntag werde ich sie halten, Kollege Grillitsch, bei Ihnen oben.

Vielleicht noch ein Punkt. Bad Gleichenberg, auch sehr wichtig, gestern wurde im außerordentlichen Teil der Regierung mit Willensübereinstimmung der drei in der Regierung vertretenen Parteien beschlossen, an der Versteigerung nicht teilzunehmen. Grazer Messe hat es keine Einigung gegeben. Kompromißvorschlag war eine Beteiligungsgesellschaft. Ich war der Meinung, wenn wir 45 Millionen der Grazer Messe zur Verfügung stellen und in Zukunft, weil sie ausgebaut werden muß, noch wesentlich mehr werden hingeben müssen. Dem alten Grundsatz: wer zahlt, schafft an, auch dort zum Durchbruch verholfen werden sollte. Das war nicht die Meinung meiner geschätzten Kollegen von der ÖVP. Der Kompromißvorschlag war eine Beteiligungsgesellschaft. Ich habe das immerhin als einen Versuch gewertet, eine Lösung zu finden. Nur ist es ein bißchen problematisch, wenn man zwei Hallen hat und die eine, die diese beiden verbindet, dann einer Beteiligungsgesellschaft gehört.

Veranstaltungen, Ehrungen, Nachbedeckung, Kreditsechstel, Studentenheim, EWR-, EG, alles Einigung, Förderung Viehabsatz könnte man sich einigen, haben wir uns noch nicht geeinigt. Vielleicht wichtig noch der Ankauf von Grundstücken für Wirtschaftsförderung. Glaube ich, ist schon sehr wichtig. Kann man der und der Meinung sein. Es gibt Grundstücke in Straß, Gleisdorf und Ilz. Alle sind gewidmet. Die zwei Grundstücke, das Land hat eine Option darauf. Die Preise wurden festgelegt, bevor sie gewidmet wurden. In Summe eine Riesensfläche, 100 Millionen. An und für sich hätten wir uns geeinigt, weil wir der Meinung waren, Geld für Grund ist sicher gut angelegt, und wenn wir keine Industriegründe haben, dann brauchen wir in Wahrheit auch nicht darüber reden, Gewerbebetriebe anzusiedeln. Sprungschance Ramsau, und im Sozialbereich eine Reihe von Projekten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich darlegen wollte, ist für mich die Tatsache, daß, wenn man ein bißchen gewollt hätte, hätten wir die Einigung praktisch gehabt. Ich habe zwölf Jahre in den Ausschüssen im Parlament verhandelt, und da spürt man, ob man zusammenkommt oder nicht. Ich habe 20 Jahre lang Lohn- und Gehaltsverhandlungen geführt, da merkt man mit der Zeit, ob man zusammenkommt oder nicht. Für mich – ich sage das auch hier sehr offen – war es dann ein politischer Gag, denn wenn man um 3 Uhr Nachmittag sagt, was sagen Sie dazu, wenn man die ganzen Spitalsbediensteten wieder zurückführt an das Land, dann kann ich ja wirklich nur sagen, darüber kann man reden. Positionspapier wurde auch keines vorgelegt. Also, in solchen Dingen, quasi aus der Hüfte heraus, wird ja wohl niemand annehmen, daß man das tatsächlich machen wird. Das war ein politischer Gag, der mit Hilfe – das sage ich Ihnen schon – des Verfassungsdienstes, der da sicher korrekt gehandelt hat, gemacht wurde. Nur eines sage ich Ihnen auch: Wenn man den Verfassungsdienst zu oft beansprucht, um gegen Mitglieder in der Regierung eigene Vorstellungen durchzusetzen, dann ist das so wie mit einem Zaubertrick: Wenn man den zu oft vorführt, dann verliert er sehr rasch an Glanz.

Lassen Sie mich noch einige Worte zu den 30 oder 20 Minuten vor Mitternacht überreichten Abänderungsantrag sagen. Was steht da in Wahrheit drinnen? (Landesrat Dr. Strenitz: „23.52 Uhr!“) 23.52 Uhr ist er vorgelegt worden. Man konnte ihn unter Umständen überfliegen. Da drinnen kommt zum Ausdruck, daß die Landesregierung die verfassungsmäßige Verantwortung, die ihr auferlegt ist, nicht wahrnimmt. Sie erstellt kein Budget, sie bringt keinen gültigen Budgetvoranschlag ein. Das heißt mit anderen Worten, daß die Regierung die Verantwortung dem Landtag zuschiebt. Es steht auch da: „Die Arbeiten des Landtages um die Erstellung eines Landesvoranschlages.“ Also, Sie werden die Arbeit haben nach den Wünschen der Mehrheit der Regierung. Was ist das Ziel dessen, wie erklärt man das? Das ist für mich überhaupt das Eigenartigste. Ich lese es Ihnen vor: Ziel ist es, die Ausgaben - jetzt kommt blah, blah, blah ... beginnend mit dem Landesbudget 1995, zu begrenzen. Das steht im Klartext da. Ziel ist es, die Ausgaben, beginnend mit dem Landesbudget 1995, zu begrenzen. Was ich jetzt nicht verstehe, warum Sie dann das Budget 1994 nicht beschließen. Das wollte ich Ihnen nur sagen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Ein Zwischenruf: Im Jahr 1994 müssen wir noch gegensteuern!“)

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich Ihnen sagen, daß es aus meiner Sicht keine sachlichen Hinderungsgründe für das Einbringen und für den Regierungsbeschluß zu diesem Budget gegeben hat. Ich kann Ihnen nur sagen, hüten wir uns alle miteinander vor einer weiteren Demontage der Politik. Die Budgeterstellung, Hohes Haus, ist keine Tarockpartie. Parteien können - auch einzelne - nicht triumphieren, wenn das Ansehen der Politik insgesamt sinkt. Daher mein Ersuchen: Setzen Sie sich im Finanz-Ausschuß - und das wollten Sie immer - intensiv auseinander, ändern Sie, soweit Sie das für notwendig erachten, aber beschließen Sie das Budget 1994. Für Ihre Bemühungen für 1995 stehen Ihnen mein Ressort und ich selbstverständlich voll und ganz zur Verfügung. Danke schön! (Starker Beifall bei der SPÖ. - 11.21 Uhr.)

**Präsident:** Nach der Darlegung des Herrn Landesfinanzreferenten zum Voranschlag des Jahres 1994 hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Gilbert Frizberg zu Wort gemeldet, und ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Frizberg (11.21 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir ein paar Vorbemerkungen. Der Herr Landesrat Ressel hat selber gesagt, er läßt sich nicht in Schönperchten und Schiachperchten einteilen. Er sieht nicht ein, daß er immer das eine machen soll. Heute hat er sich bei der Auseinandersetzung der Frage, was das Budget beinhaltet, darauf konzentriert, nur die Schönperchte darzustellen (Abg. Dörflinger: „Das ist die Wahrheit!“), was denn an einzelnen Projekten möglich wäre. Aber die ganzen Konsequenzen und die Frage, warum es nicht zustande gekommen ist, nämlich ein Regierungsbeschluß auf ein Budget, der sind Sie eher ausgewichen. (Abg. Dörflinger: „Du nimmst die Regierungsmitglieder nicht sehr ernst, muß ich sagen!“) Herr Landesrat, Sie

können nicht darüber hinwegtäuschen, auch nicht mit der Tatsache, daß Sie angeblich gegenüber Beamtenwünschen 2500 Millionen eingespart hätten, da hätten 'S beim Strenitz ein paar Anforderungsmilliarden mehr bestellen können, er hätte sich sicher dafür bereitgefunden. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß innerhalb von drei Jahren Sie das zweite Mal damit gescheitert sind, ein gemeinsames Budget in der Regierung durchzubringen. (Beifall bei er ÖVP.) Das sind die Grundlagen, weshalb wir hier heute debattieren. Ich sage im ersten Anlauf, weil auch 1992 hatten wir ein Budgetprovisorium, und letztendlich haben wir eine gemeinsame Lösung gefunden, und es war richtig so. Und damals hat der Herr Abgeordnete Flecker erklärt, wir brauchen das Budgetprovisorium, weil die strukturellen Fragen für die Zukunft nicht geklärt sind. Damals war dieses Argument recht, heute wird es uns recht sein. (Abg. Dörflinger: „Ihr habt euch auf die Flecker-Linie eingestellt!“)

Meine Damen und Herren, in Wahrheit haben wir heute ein Resignationsbudget vorliegen, und wenn um mehr als 80 Prozent oder 13,7 Milliarden Schilling die Verschuldung des Landes Steiermark von 1993 bis 1997 zunimmt, wie das in der mittelfristigen Budgetvorschau des Wirtschaftsforschungsinstitutes dargestellt wird, und das WIFO hat dabei eine straffe Ausgabenpolitik zugrunde gelegt, dann müssen bitte die Alarmklingeln läuten.

Wenn die Einnahmen, nicht so wie in der Vergangenheit, nunmehr bis 1997 mit einem durchschnittlichen Zuwachs von 3,4 Prozent einfach mit den Ausgaben nicht mithalten werden, und die Nachteile aus dem Finanzausgleich, die Konsequenzen der Volkszählung, der Steuerreform, die Belastungen aus Bundesbereichen heraus sind ja auch entsprechend beleuchtet worden, dann muß das bitte zum Nachdenken anregen. Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit als Landtag, hier dieser Verpflichtung auch nachzukommen. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dörflinger: „Dann tut es!“)

Eine Schuldenzunahme auf 30 Milliarden Schilling für das Land Steiermark kann man nicht so einfach hinwegreden. Eine Nettoneuverschuldung einmalig von 2,5 Milliarden Schilling wäre durchaus zu verkraften, dann, wenn in den nächsten Jahren zumindest die Entwicklung eingebremst wird, das ist aber laut Wirtschaftsforschungsinstitut nicht der Fall, sondern im Gegenteil. Das Wachstum der Verschuldung ist es, was uns Sorgen macht. Im Voranschlag 1993, wie gesagt, sind wir von 1,1 Milliarden ausgegangen, ich werde auf den Abschluß noch zu sprechen kommen. Ressel - Voranschlag 1993 2,5 Milliarden Schilling. Wirtschaftsforschungsinstitut 1997 3,2 Milliarden, und bitte mit einer Bruttoverschuldung sogar auf 6,2 Milliarden, und bitte ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß allein Landesrat Strenitz für die Krankenanstaltengesellschaft jährlich mehr als eine Milliarde zusätzlich braucht und zusätzlich noch Bundesbelastungen auf uns zukommen, die alle dabei nicht berücksichtigt sind.

Herr Landesrat Ressel, Ihre eigenen Bemerkungen zur Presse anlässlich der öffentlichen Vorstellung des Budgets waren von Hoffnungs- und Visionslosigkeit geprägt. Dazu zitiere ich die „Kleine Zeitung“: (Abg. Dörflinger: „Schau dir die Mehrheit an!“) „Als Hans-

Joachim Ressel von Wien nach Graz zurückkehrte, um das Amt des Finanzreferenten zu übernehmen, strotzte er vor Tatendrang. Alles wollte er neu machen. Null-Basis-Budget, Sonderfinanzierungen, Ausgliederungen und Privatisierung.“ Wie garstig, wenn ich denke, was einem da vorgeworfen wird. Und weiter: „Nach zwei Jahren macht Ressel den Eindruck, als habe er resigniert, denn Gestaltungswillen freilich hat der Kassenwart vermissen lassen.“ Herr Landesrat, das steht hier. Ich zitiere nach wie vor. „Ressel beschränkte sich darauf, die Budgetansätze einfach vorzuschreiben.“ (Landesrat Ing. Ressel: „Aus welchem Lexikon haben Sie diese Beschreibung?“) Ich sage da eines dazu bitte. Wenn allein ein Landesrat schon bereit ist, ein Landesrat Ressel, um nach Wien zu fahren, um für uns zu verhandeln, so bin ich dafür, und unsere Fraktion kann dem ausdrücklich zustimmen, daß er dann nicht mehr hier ist, weil immerhin unterscheiden Sie sich damit schon deutlich von einem Kollegen, der direkt an Ihrer Seite sitzt, der es nicht einmal für der Mühe wert befindet, nach Wien zu fahren und für die Steiermark zu verhandeln. Das ist der Unterschied, und da wollen wir Sie nicht aufhalten. (Abg. Trampusch: „Und wir halten Sie nicht auf, Vorschläge vorzulegen!“) Warum, Herr Landesrat, sollten eigentlich die Mitglieder der Landesregierung quasi einseitig auf Forderungen verzichten, weil Ihre Vorgangsweise war ja nicht so schön und hilfreich oder glücklich gewählt, wie Sie es heute versucht haben darzustellen. Im Frühsommer 1993 haben Sie Ihre Richtlinie versucht (Abg. Dörflinger: „Sage uns, wie das geht!“ – Landesrat Ing. Ressel: „Was heißt versucht – beschlossen!“), Sie haben es aber bei einem Appell zur Sparsamkeit in der Regierung bewenden lassen, insoweit, als Sie dann sämtliche Vorverhandlungen allein der Beamtenebene überlassen haben. Das Jahr 1993 haben Sie so verstreichen lassen, ohne sich nach Bündnispartnern zu erkundigen. (Landesrat Ing. Ressel: „Wenn man etwas beschlossen hat, dann hat man sich an den Fahrplan, der beschlossen wurde, zu halten!“) Ja, aber da muß man schauen, daß der Fahrplan auch kommt, bitte, Herr Landesrat. Und zu glauben, daß die Beamten, jeder einzelne Beamte, das macht, ich glaube, das ist ein bißchen wenig für einen Finanzreferenten, da müßten Sie sich ein bißchen umschauen, wie der Lacina das macht, da könnten Sie ein bißchen lernen. (Abg. Dörflinger: „Ist der so gut?“) Herr Landesrat, auch die vereinbarten Gespräche im Landtag haben Sie nicht wahrgenommen.

Wir haben anlässlich der Budgetdebatten vereinbart, daß die Gespräche mit den Finanzsprechern stattfinden, um die Ziele dieser Vorschau und dieser Richtlinien durchzusetzen. Es war Ihnen nicht der Mühe wert. Und dann legen Sie ein Resignationsbudget vor unter dem Motto: „Friß Vogel, oder stirb!“ Ja glauben Sie, daß diese Vorgangsweise allein bewirkt, daß alles automatisch passiert? Glauben Sie, daß Sie dann, wenn Sie noch dazu der Öffentlichkeit zuerst das Budget vorlegen und dann erst mit der Regierung in Schlußverhandlungen gehen, daß das die Art und Weise ist, wie man in dem Land was weiterbringt? (Abg. Trampusch: „Jetzt kennen wir den Grund der Ablehnung!“) Ich werde dem Herrn Landesrat Ressel sicher nicht so harte Worte nachsagen, weil er nicht hier ist. (Abg. Trampusch: „Wir sagen ihm alles!“) Aber eines möchte ich schon noch festhalten: Das Land

Steiermark ist das letzte Bundesland, was die Vorlage der Jahresabschlüsse betrifft. Wenn man einen Jahresabschluß 1992, was für die Folgen so wichtig ist, am Beginn der Schlußverhandlungen vorlegt, also nicht einmal die Verhandlungsgrundlagen vorher zustande bringt, und bitte, den Finanzreferenten, der dafür verantwortlich ist, stellt die SPÖ seit 1945, sie hätte also dieses System verbessern können, dann muß ich schon sagen, daß das auch nicht sehr hilfreich ist. (Abg. Trampusch: „Aber man hat ihm nie die Infrastruktur gegeben, weil die Budgetdaten will der Landeshauptmann immer früher haben als Landesrat Ing. Ressel!“) Ich finde es nur gut, Herr Klubobmann, wenn auch die anderen Regierungsmitglieder sich kümmern um die Budgetverhältnisse. Es wäre gut, wenn auch der Herr Strenitz nach diesen Budgetverhältnissen öfters nachfragen würde, dann hätten wir weniger Schwierigkeiten. (Abg. Trampusch: „Wir haben mehr Rechte für den Finanzreferenten verlangt; da sind Sie noch in Wien gesessen und haben den Lacina alles geheißel!“) Selbstverständlich, war ja notwendig! Wenn ich mich erinnere, was der als Verstaatlichtenminister verbochen hat, dann war es ja wirklich notwendig, den zur Ordnung zu rufen. Er ist nach oben gefallen, ein anderes Problem. (Beifall bei der ÖVP.) Aber kommen wir zurück zum Budget.

Angesichts dieser Vorgangsweise frage ich mich wirklich, wollte der Ressel nicht oder durfte er nicht? Wenn ich in den Unterlagen nachlese, die er selbst geschrieben hat, da ist in der Vorlage gestanden für 1994: Für den Landesvoranschlag 1993 konnte eine unvertretbar hohe Zunahme der Nettoverschuldung vermieden werden, die 3,3 Milliarden betragen hätte. Das sagt der Ressel selbst, daß das eine unvertretbar hohe Zunahme wäre. Warum ist das inzwischen in Vergessenheit geraten? Ich erinnere den Herrn Landesrat Ressel gerne an seine eigenen Aussagen zum Gesellschafterzuschuß für die KAGES. Da sagt er selbst zu diesen bekannten Wünschen der KAGES nach einem Gesellschafterzuschuß von 3,17 Milliarden, nach einer Landeshaftung von 300 Millionen, nach einer Pensionsrückstellungsgarantie über 230 Millionen: „Zu den oben genannten Ziffern muß festgestellt werden, daß eine Budgetierung in einem derartigen Ausmaß unter Bedachtnahme auf eine akzeptable Nettoneuverschuldung unmöglich ist.“ Das sind die Aussagen des Finanzreferenten. Sind die in Vergessenheit geraten inzwischen? (Beifall bei der ÖVP.) Immerhin hat es der Herr Finanzreferent für nötig befunden, in seinem eigenen Entwurf 2,938 Milliarden tatsächlich aufzunehmen, und auch er hat zumindest dokumentiert, daß nicht alles möglich ist und daß diese Entwicklung nicht so weitergehen kann. Aber warum traut er sich heute nicht, sich zu dem eigenen Budget zu bekennen? (Abg. Dörflinger: „Der Schmach ist nicht mehr gut!“) Wenn Sie, Herr Landesrat Ressel, in der eigenen Fraktion die von Ihnen selbst als notwendig erkannten Maßnahmen nicht durchführen können, dann kann ich Ihnen gerne eine Sanierungspartnerschaft anbieten. Eine Sanierungspartnerschaft vor allem für die Bereiche, die für die Explosion im Abgang im Budget verantwortlich (Abg. Dörflinger: „Schwarzblaue Sanierungspartnerschaft!“) sind. (Beifall bei der ÖVP.) Auch der Herr SPÖ-Vorsitzende, Landeshauptmannstellvertreter Prof. Schachner-Blazizek, hat sich gerade in letzter Zeit des öfteren

zu Wort gemeldet. (Abg. Dörflinger: „Er zitiert immer Schachner und Ressel! Fällt euch nichts ein?“ – Abg. Trampusch: „Bringen Sie Vorschläge, und tun Sie nicht Kaffeepadlesen, damit erreichen wir kein Budget!“) Erlauben Sie mir, etwas zu Ihrem Vorsitzenden zu sagen, Herr Klubobmann, auch wenn es Ihnen weh tut. Ich weiß, wenn man Ihren Vorsitzenden zitiert, dann wir es immer peinlich für Sie. (Abg. Trampusch: „Habt ihr einen Experten oder einen Wahrsager?“ – Abg. Kanduth: „Beides!“ – Abg. Trampusch: „Jetzt vertritt er aber nur den Wahrsager!“) Die Verschwendungsgleichgültigkeit, die der Herr SPÖ-Vorsitzende Schachner-Blazizek an den Tag legt, ist nämlich so demonstrativ, daß man ihn in der Frage Schuldenpolitik als echten Gesinnungstäter bezeichnen kann. Wenn ich allein erinnern darf, in den ersten paar Monaten als SPÖ-Vorsitzender sind bei ihm die Milliardenforderungen nur so gepurzelt. 21 Milliarden, da eine Milliarde, dort eine Milliarde. Gekommen ist davon nichts, und die ganze Geschichte ist sogar Ihren Genossen in Wien peinlich geworden. (Abg. Dörflinger: „Frizberg, ist das die Budgetrede vom Vorjahr?“) Darf ich Ihnen Herrn Finanzminister Lacina zitieren, der hat dazu festgehalten im Jänner 1993: „Das ist alles nicht so ernst zu nehmen. Hauptsache, das Wort Milliarde kommt vor.“ (Beifall bei der ÖVP.) Das ist die Meinung des Herrn Lacina über Ihren SPÖ-Vorsitzenden in der Steiermark. (Abg. Dörflinger: „Hat er über den Hirschmann geredet?“) Ich verstehe schon, Herr Dörflinger, Sie leiden darunter, daß die Glaubwürdigkeit Ihres Vorsitzenden ein bißchen schwach ist. Wenn man die letzte Umfrage anschaut, unser Landeshauptmann hat eine Glaubwürdigkeit von 70 Prozent, Ihrer von 19 Prozent. Ich gratuliere zu Ihrer Glaubwürdigkeit, Herr Vorsitzender! (Beifall bei der ÖVP.)

Das Problem für uns im Lande ist aber, daß solche Leute für die Schulden und die Konsequenzen daraus in der Belastung der nächsten Generationen dann aus ihrem politischen Amt einmal verschwinden, und diese Generationen können dafür büßen. Da können wir nicht mitspielen. (Abg. Trampusch: „Wenn man zuviel Kaffeepadles liest, liegt der kalte Kaffee dann im Magen!“) Das Kaffeepadles brauchen wir gar nicht, Herr Klubobmann. Es gibt so viele Presseausendungen von Ihrem Herrn Dörflinger, daß man allein daraus eine gewisse Richtung ablesen kann, nämlich die Richtung in die Rezepte der siebziger Jahre. (Abg. Dörflinger: „Jawohl! Wenigstens kannst du lesen!“) Jawohl, sagt der Herr Dörflinger! Jetzt werde ich Ihnen sagen, was der Herr Bundeskanzler davon hält.

Der Herr Dörflinger bekennt sich also zu den Rezepten der siebziger Jahre. Haben Sie gerade aus seinem Zwischenruf gehört. Zitat gefällig? Bundeskanzler Vranitzky, Juni 1993. (Abg. Dörflinger: „Kann man die Arbeitslosenrate der siebziger Jahre mit der heutigen vergleichen?“) Lassen Sie mich den Vranitzky zitieren oder ist es Ihnen peinlich? „Die plakativen Formeln der siebziger Jahre sind für die neunziger Jahre nicht angebracht.“ (Abg. Dörflinger: „Kann man das vergleichen?“) Merken Sie sich das, Herr Dörflinger! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dörflinger: „Gibt es die ÖVP überhaupt noch? Er zitiert immer Lacina, Schachner, Vranitzky und so weiter!“) Sie sind nämlich ein Vertreter der Schuldenpolitik, für die vor allem der kleine Mann heute noch zahlt. Aber

das rührt Sie nicht. Sie wollen eine Zeitungsmeldung, Herr Dörflinger, das ist Ihnen wichtiger. Hinter Ihnen die Sintflut. Selber alles annoncieren, alles, was gut klingt und teuer ist, aber alles blockieren, was tatsächlichen Fortschritt bedeutet. Auch Beispiele für die Blockade der SPÖ, der Landesrat Ressel hat den Verkehrsverbund angezogen. Ich kann mich erinnern, in der Vergangenheit, als die SPÖ noch ein soziales Gewissen hatte, hat sie sich auch zur Einführung eines Nahverkehrskonzeptes bekannt und es auch mitgetragen. Jetzt, wo es die Waltraud Klasnic durchführt, Blockade, wo es geht, keine Finanzen, paßt die Linie nicht, und letztendlich müssen Sie von Klima, Ihrem Bundesminister, zur Ordnung gerufen werden, damit man dort den Vertrag endlich unter Dach und Fach bringen konnte. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt weitere Beispiele: Trigon. Aber weil der Herr Dörflinger Olympia angesprochen hat. Jawohl, auch das blockieren Sie. Es könnte ja etwas Positives für die Obersteiermark herauskommen. (Abg. Trampusch: „Wir nehmen zur Kenntnis, daß wir die Olympiade in der Steiermark verhindern!“) Das werden Sie mit Ihren Genossen ausmachen müssen. Eines sage ich Ihnen, Herr Klubobmann Trampusch (Abg. Dörflinger: „Wer hat die Mehrheit? Ihr oder wir?“), mit Olympia haben Sie ein Projekt, das zweifellos etwas kostet. (Abg. Trampusch: „Ich garantiere, wir blockieren die Olympiade nicht im Rationalisierungs-Ausschuß!“) Auch 4 Milliarden oder sogar 5 Milliarden Schilling. Aber vergessen Sie nicht die positiven Folgen eines solchen Konzeptes gerade auch für die Obersteiermark. Ich könnte mir vorstellen, daß Ihre Eisenerzer Freunde eine Freude hätten, wenn dort zum Beispiel die Rodel- und die Bobolympiade stattfinden würde und Sie sich nicht auseinandersetzen müßten auf Grund Ihrer verfehlten Politik der Vergangenheit, mit Abwanderung konfrontiert zu sein. Darauf sollten Sie einmal eine Antwort geben, Herr Dörflinger. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist halt für die SPÖ sehr schwer, Regierung und Opposition ohne Verlust der Glaubwürdigkeit in einem zu sein. Das ist ein Weg, Regierung und Opposition gleichzeitig zu sein, den ein gewisser Bruno Pittermann schon eingeschlagen hat. Ob er der Erfolgreichste Ihrer Vorsitzenden war, mögen Sie selbst beurteilen. (Abg. Trampusch: „Herr Kollege, über Viktor Adler fällt Ihnen nichts ein?“) Aber es ist gerade der Parteivorsitzende der SPÖ, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek, der auch in Budgetfragen gefordert ist. Und dazu erlaube ich mir erneut zu zitieren aus der „Kleinen Zeitung“. (Abg. Trampusch: „Viktor Adler!“) Herr Trampusch, darf ich Ihnen ein Zitat vorlesen? Die Ressorts, in denen die Ausgaben davonlaufen werden, nämlich von Politikern Ihrer Partei verwaltet, steht da hier. Ich zitiere nur. Und da komme ich schon auf das zurück, was der Herr Landesrat Ressel hier aufgeführt hat. Es hat mich ein bißchen an völlig veraltete Ideologien erinnert, die da durchgekommen sind.

Auf der einen Seite weiß er ganz genau, und so gut hat er die Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes ja wohl hoffentlich gelesen, daß da drinnensteht, drei Bereiche sind es, die in der Ausgabenentwicklung uns wirklich Sorgen machen. Der Wohnbau, die Spitäler und der Sozialbereich. Den Bereich Wohnbau können wir abhaken, ich stimme mit ihm überein, mit dem einvernehmlich beschlossenen Wohnbauförderungs-

gesetz, mit der Finanzierung über die Verkäufe haben wir hier eine Bremse gezogen einerseits, und andererseits den Leuten trotzdem Zukunft gezeigt und den jungen Leuten vor allem ermöglicht, auch wieder Wohnungen zu haben. Ich bekenne mich dazu.

Warum können wir diesen Verbesserungen, diese Neuorientierung an den neuen Herausforderungen in Ihrem Bereich nicht machen? Sie legen sich nur quer, Sie wollen Strukturen konservieren, Sie wollen nichts wissen, was rund um uns los ist, und da können wir nicht mitgehen. Ich bin eigentlich schon entsetzt darüber, wie sich ein Gewerkschafter, wie der Landesrat Ressel, heute hier hergeben können zu dieser doch etwas im kleinen Karo gestrickten Auseinanderdividierung zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen. (Abg. Dörflinger: „Wenn ein Industrieller entsetzt ist, wurde etwas Gutes gesagt!“) Auf der einen Seite möchte ich schon korrigieren.

Er kennt sich nicht aus in der Steiermark. Weil hier in der Steiermark haben zum Beispiel unsere Patienten in den Spitälern einen Rechtsanspruch, behandelt zu werden, Herr Landesrat. Auch Sie sollten das nicht vergessen! (Beifall bei der ÖVP.) Sie hätten ihn ja korrigieren können. Er hat es hier geleugnet, ich weiß nicht, warum. Ich bekenne mich zu diesem Rechtsanspruch in den Spitälern, Herr Landesrat! Und umgekehrt, wenn in der Landwirtschaft (Abg. Trampusch: „Aber es geht um die Bedingungen!“) dann eine Förderung beschlossen wird, die einen Rechtsanspruch für unsere Jungbauern sichert, dann will er davon nichts wissen.

Man kann immer darüber diskutieren, welche Höhe richtig ist und dergleichen mehr. Wir haben aber kein Problem damit, uns zu diesem Rechtsanspruch zu bekennen. Jetzt weiß ich nicht, was die SPÖ will. Weil, wenn ich das richtig gelesen habe, was hier die Frau Abgeordnete Kaufmann Ihren Leuten verkauft, da sagt Sie, „die rotblaue Achse hat den Rechtsanspruch gemacht“, der Ressel sagt „gegen den Widerstand der SPÖ“. Einer von beiden hat den anderen nicht kontaktiert.

Also, vielleicht sprechen Sie sich auch innerhalb Ihrer Partei ein bißchen besser ab und lassen nicht die Frau Kaufmann etwas verkaufen, wogegen ja die SPÖ angeblich war. (Abg. Trampusch: „Aber über alles reden und nichts wissen ist nicht besser!“) Und auch dazu noch eine ganz konkrete Antwort auf die Rede des Herrn Landesrates Ressel. Wenn er sich hier darüber alteriert, daß die Landwirtschaftlichen Berufsschulen in alten Schlössern untergebracht wurden, die entsprechend restauriert wurden, Herr Trampusch, und Sie kennen ein solches, nämlich zum Beispiel in Neudorf, ja bitte, dann frage ich mich, entweder ist es ein Kulturgut, das wir erhalten wollen, entweder ist es ein richtiger Weg, daß wir versuchen, Schulen in solche Schlösser hineinzubringen, um sie auch in Zukunft nicht als reine Museen zu haben oder verfallen zu lassen, oder Sie hören auf, sich dazu zu bekennen. (Abg. Trampusch: „Ich muß Sie berichtigen: Ich kenne das Schloß nicht!“) Aber dann einen Vorwurf zu machen der Landwirtschaft, das ist schizophoren! (Abg. Trampusch: „Ich habe als roter Abgeordneter noch nie die Ehre gehabt, dort eingeladen zu werden!“) Darf ich mich entschuldigen, daß der Herr Trampusch von irgend jemandem nicht

eingeladen wurde. Aber, Herr Trampusch, ich kann Sie gerne beruhigen, die SPÖ war prominent vertreten, weil bei der Eröffnung war der Herr Schachner-Blazizek dabei, der gehört, glaube ich, zu Ihnen. (Landesrat Pöltl: „Er hat sogar ein Grußwort gesprochen!“) So, das Problem, weshalb hier die Sozialisten, die Sozialdemokraten, wie Sie sich jetzt nennen, nicht mitspielen können, ist, daß sie auf der einen Seite einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß sie nicht zur Federführung in diesem Land beauftragt wurden und andererseits das Problem haben, daß Ihnen die eigenen Schichten davonlaufen.

Und ich habe schon den Eindruck, daß angesichts dieser Tatsache, wie es in den Medien gestanden ist, alte Ideologien auferstehen sollen. Jetzt sage ich aber dazu, das Schuldenrezept ist so bekannt und gescheitert, wie die sozialistische Politik insgesamt der Vergangenheit angehört. Weltweit wird diese Belastungspolitik beerdigt. Nur der Herr Prof. Schachner will alte Ideologien auferstehen lassen.

Herr Dörflinger, nehmen Sie einmal zur Kenntnis, diese Ideologie ist bei Mitternacht angelangt. Bei Mitternacht fängt man bekanntlich bei Null von vorne wieder an. Merken Sie sich das endlich einmal. (Abg. Dörflinger: „So schaut eure Verhandlungstechnik aus!“) Schauen Sie, Herr Dörflinger, noch ein paar Zwischenrufe. Und ich bin ja sehr froh darüber (Abg. Trampusch: „Er hat die Budgetverhandlungen mit der Mondesfinsternis verwechselt!“), weil Sie leiden natürlich darunter, daß Ihr Parteivorsitzender, so wie beim „Mensch-ärgere-dich-nicht“, offensichtlich gerade aus der Bahn geworfen wurde und seiner Mannschaft erklären muß, warum er wieder beim Nullpunkt beginnen muß. Aber das ist Ihr Problem, und nicht das des Landtages! (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Prof. Schachner vergißt in der Art, wie er seine eigene Fraktion hier in Geiselhaft nimmt für alte Ideologien, zu denen sich der Herr Dörflinger, als sein Parteisekretär, ja bekennt, wie er ja heute wieder betont, daß diese der Vergangenheit angehören und daß wir gerade in der Steiermark noch für die Fehler, die mit dieser Ideologie begangen wurden, kräftig zahlen dürfen. Siehe Obersteiermark, die erst jetzt schon langsam wieder neue Hoffnung schöpfen darf, wenn wir die Entschlüsse, die in Richtung verstaatlichter Industrie gefallen sind, in Wien auch ernst nehmen können. (Abg. Gennaro: „Du wirst dich noch wundern, welche Hoffnungen die Betroffenen haben!“) Und da darf ich Ihnen schon eine Relation sagen, über die Sie selber nachdenken sollten, bevor Sie auf eine bedrängte Berufsgruppe, wie unsere Bauern, wie unsere landwirtschaftliche Bevölkerung, loshacken. Die Amag alleine, das sind 1500 Leute, kostet uns 20 Milliarden Schilling, bitte. 20 Milliarden Schilling, meine Herren! Im gesamten Bereich, den der Herr Ressel so stolz für die Arbeitsplatzsicherung in der Steiermark hier verkündet hat, sind ihm gerade 20 Millionen für die steirischen Arbeitsstiftungen eingefallen. (Beifall bei der ÖVP.) Das sind Probleme, mit denen Sie uns konfrontieren! (Abg. Trampusch: „Das heißt, wir müssen im steirischen Budget mehr vorsehen!“) Dem Herrn Prof. Schachner sollen aber auch eigene Genossen durchaus vorgehalten werden, vielleicht denkt er dann schneller um. Und ich zitiere Willy Brandt, den kennen Sie vielleicht auch gerade noch.

„Die Fortschreibung der Vergangenheit ergibt aber noch keine Zukunft.“ Merken Sie sich das bitte! (Abg. Trampusch: „So viele Sozialdemokraten zitieren und noch immer nicht gescheiter sein, das ist das Problem!“) Schaut's, ich verstehe ja, daß ihr nervös werdet. Aber ich müßt's halt einmal zur Kenntnis nehmen, daß ihr mit der reinen Scheintuerei nichts bewirkt's. Euer Parteivorsitzender Prof. Schachner-Blazizek, der agiert für mich wie ein Traktorfahrer, der sich selbst einredet, bloß weil er auf die linke Fahrbahn wechselt, daß er das vor ihm fahrende schwarze Regierungsfahrzeug einholen kann. (Abg. Trampusch: „Ja! Und das schwarze Regierungsfahrzeug steht auf dem Pannestreifen, das überhole ich mit dem Traktor immer!“)

Im Gegenteil, meine Damen und Herren, im Gegenteil! Der rote Traktor auf der linken Fahrbahn stellt sogar ein Verkehrshindernis dar, bitte. Ein Verkehrshindernis, und es droht Ihnen der rote Mopedfahrer hinten anzufahren, paßt's auf! (Beifall bei der ÖVP.) Ja, also jetzt muß ich Ihnen schon eines sagen, Herr Trampusch. Wenn der Wähler draußen merkt, was Sie hier treiben, kriegen Sie bei der nächsten Wahl auch noch ein Strafmandat dazu, gell? (Beifall bei der ÖVP.) Aber eines muß ich schon sagen, der Eindruck, der hier versucht wird zu vermitteln, daß man die alte Politik auf alle Zeit vorantragen kann, das ist das eigentlich Gefährliche, weshalb man nicht so einfach ein Budget beschließen kann. Ist eh nix passiert, tun wir so weiter. (Abg. Trampusch: „Jetzt waren die alten Ideologien, jetzt kommen die neuen Vorschläge!“) Obwohl wir wissen, daß die Tendenzen völlig falsch sind. (Abg. Trampusch: „Ich höre!“) Schauen Sie sich ein bißchen in der Welt um. Sie werden es noch erwarten, heute habe ich keine 20 Minuten Redezeitbeschränkung, und die Evi Karisch ist auch sehr brav, wie Sie merken. (Abg. Trampusch: „Jetzt kommen die neuen Vorschläge!“) Herr Trampusch! Wir leben in einem Umbruch der Systeme, in Migrationswellen. Die Vorgangsweise, ungeprüft die Vergangenheit fortzuschreiben, wäre nur dann gerechtfertigt, wenn in und um uns alles eitel Wonne und Sonnenschein wäre. Aber wie schaut denn die Wirklichkeit aus?

Mitten in Europa haben wir ganze Staaten und Staatensysteme, die auseinandergebrochen sind. Mitten in Europa haben wir Krieg, Hunger, Nationalitätenhaß, Migrationswellen von Hunderttausenden Flüchtlingen, denen man zu Hause jede Hoffnung auf Zukunft genommen hat. Auch Österreich hat allein mit den 74.000 Bosniern, die zu uns gekommen sind, natürlich auch gesellschaftspolitisch zu kämpfen. Von den Kosten von 2 Milliarden Schilling im Jahr will ich gar nicht reden. Da liegt das Problem wieder drinnen. Unser Wohlfahrts- und Sozialstaat Österreich ist, obwohl wir Erstauffangsländer sind, schwerfällig geworden, ist bürokratisch geworden, und wir können diese Probleme nicht ohne Änderungen und Neuerungen bewältigen. Wir müssen auch einen Umbruch bei den Wirtschaftsgrundlagen zur Kenntnis nehmen. Wir sehen uns in den wirtschaftlichen Grundlagen für die einzelnen Staaten gewaltigen Veränderungen gegenüber. Konträr zur Aufsplitterung im ehemaligen Ostblock wachsen die Volkswirtschaften, wie auch der Herr Landesrat Ressel gesagt hat, in Amerika zu einem großen Wirtschaftsraum zusammen – Stichwort NAFTA. Im westlich orientierten Europa – Stichwort

EU. In der Pazifik-Region, ausgehend von der Wirtschaftskraft in Japan. Wir haben in Wahrheit von der Telekommunikation, von den Verkehrsmitteln schon heute einen Weltmarkt geschaffen. Es gibt multinationale Organisationen, internationale Konzerne, weltweite Joint ventures. Die Verflechtung wird wirtschaftlich und finanziell von Tag zu Tag dichter. In diesem Wettbewerb der kontinentalen Wirtschaftsgrößen haben wir auch teilzunehmen. Wir haben Nachteile zu bewältigen, und gerade der Nachteil der Industriestaaten – und wir sind ein führender Industriestaat – liegt in der strukturkonservierenden Starrheit des aufgeblähten Sozial- und Staatsapparates einerseits und in den hochbesteuerten Arbeitskosten auf der anderen Seite. Wir haben mit neuen Wirtschaftspartnern auch zunehmend Konkurrenten, aber noch zu wenig Markt. Wenn bezogen auf 100 in der BRD die Arbeitskosten pro Stück in der Tschechei bei 5,3 Prozent, in Ungarn bei 8,8 Prozent, in Hongkong bei 16 Prozent, in Taiwan bei 22 Prozent sind – um hier nur einige Beispiele zu nennen –, dann können wir nicht alles so fortschreiben wie in der Vergangenheit. Wir müssen auf Produkte setzen, in denen die Arbeitskosten im Vergleich zur gesamten Wertschöpfung niedrig sind. Wir müssen wirtschaftliches Wachstum auch zugunsten anderer erzeugen, um auch dort einen zumindest bescheidenen Wohlstand zu bringen. Das ist auch Solidarität, Frau Kollegin Gross. Dort zu erzeugen, wo es ihn noch nicht gibt, und um gleichzeitig natürlich damit auch zukünftige Märkte zu schaffen. Letzteres durchaus auch im eigenen Interesse. Wenn wir zu unserem wirtschaftlich wichtigsten Partner, der Bundesrepublik, blicken, so ist auch dort die Sorge um die Entwicklung tiefe Grundlage für alle Entscheidungen. Es war Helmut Schmidt, der gesagt hat: „In der Schwerfälligkeit unserer Verwaltung liegt einer der Gründe unserer Strukturkrise. Auf längere Sicht liegt der Hauptgrund freilich in zunehmendem Verlust unserer Wettbewerbsfähigkeit infolge technischer Rückstände unserer Produktpaletten.“ Und weiter: „Die deutsche Strukturkrise ist keineswegs bloß ein Ergebnis hoher Produktionskosten, sondern sie ist auch eine Folge unseres Festhaltens am Althergebrachten, das für heute und erst recht für morgen nicht ausreicht.“ Es hat der Schweizerische Bankverein erst vor kurzem eine Studie über die Wettbewerbsfähigkeit der Nationen und der Regionen vorgelegt, und da ist ganz eindeutig festgehalten worden, daß die europäischen Regionen vor allem darunter leiden, daß sie in ihrer wirtschaftlichen Dynamik, in der Überwindung alter Strukturen, in der Innovationsgeschwindigkeit nicht mithalten können. Ich gehe auch durchaus mit dem Herrn Landesrat Ressel konform, wenn er die Empirikerstudie aus Bonn zitiert hat über die Standortkriterien. Ich habe schon Gelegenheit gehabt, zweimal darüber zu reden. Der Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit ist das Thema, auf das wir auch in unserer Politik aufpassen müssen, wollen wir nicht die Grundlagen unseres Sozialstaates gefährden. Wir haben in Österreich noch immer relativ gute Grundlagen. Wir haben in der Bundesregierung und im Bund eine Steuerreform beschlossen, die die private Kaufkraft erhöht und gleichzeitig die Wirtschaft entlastet. Die einen mit 13 Milliarden, und die Wirtschaft mit 4 Milliarden Schilling immerhin. Obwohl der Herr Landesrat Ressel gesagt hat, ein

Budget ist der Bundesregierung ausgekommen, so muß ich sagen, im Prinzip ist auf Bundesebene das Ziel der Konsolidierung durchaus Schritt für Schritt verfolgt worden, und es war auch erkennbar, wohin man geht. Aber dann muß man anders arbeiten. Wir haben andere Bereiche noch nicht gelöst. Pensionssicherung, Verteilung der Arbeit. Ich kann gerne darauf eingehen, daß wir hier selbstverständlich eine soziale Aufgabe haben, unseren Arbeitslosen, unseren Altersarbeitslosen, unseren Frauen, die Alleinerzieher sind und trotzdem arbeiten wollen, neue Problemlösungen anzubieten. Wir haben überhaupt kein Problem damit, genug Arbeit in unserem Land zu finden. Das Problem ist aber nur, daß wir die Arbeit nicht richtig erkennen, dort, wo sie ist. Es gibt genügend Studien: im Bereich der Dienstleistungen werden wir genug finden, im Bereich des Sozialen werden wir auch noch einiges an Arbeit zu bewältigen haben. Auch im Bereich Umwelt sind wir erst am Beginn dessen, was wir für die Zukunft an Problemlösungen zu bieten haben. Aber insgesamt setzen wir gerade in unserer Republik immer noch zu stark auf Prozeßinnovation, die Arbeitskräfte frei macht. Auf Prozeßinnovation, die Jobless bringen. Also auf Produktinnovation, die neue Arbeitsplätze schafft. Das gilt für die Wirtschaft ebenso wie für die Verwaltung. Wir müssen das nur rechtzeitig erkennen. Ich möchte dem Herrn Landesrat Ressel schon die Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes zur Konjunkturumfrage entgegenhalten, weil in dieser Studie, die erst in der letzten Woche vorgestellt wurde, steht, daß die Steiermark derzeit im österreichischen Durchschnitt sich entwickelt, und weiter: „Überraschen kann höchstens, daß der Einbruch der steirischen Wirtschaft im österreichischen Durchschnitt bleibt. Das hier fast exemplarische Zusammentreffen konjunktureller und struktureller Konjunktüreinflüsse auf die Steiermark hätte auch die Erwartung einer noch größeren Schrumpfung gerechtfertigt.“ Freuen wir uns doch, daß das nicht eingetroffen ist, und gehen wir daran, auch für die Zukunft wieder Möglichkeiten zu schaffen. Wir können nicht wegdiskutieren, daß hier strukturelle Probleme gerade auf die Steiermark zukommen, daß hier durch die Ostöffnung schonungslos offengelegt wird, daß die arbeitsintensiven Branchen hier Bedrängung erleben werden, daß die Grundstoffmärkte, unsere verstaatlichte Industrie, sehr stark bedrängt wird, daß insbesondere der Druck aus dem Osten hier für die Steiermark umkippt und erstmals mehr negative Auswirkungen haben kann. Aber wir werden nicht zur Kenntnis nehmen, daß sich Österreich auseinanderdividiert in einen reicher werdenden Westen, in einen durch die Ostöffnung stärker profitierenden Ostregionsbereich und in einen nicht damit mithalten könnenden Südbereich, zu dem auch wir zählen neben Kärnten und neben einem Teil Burgenlands. Wir werden genau aus diesen Gründen keine Verschuldung auf Kosten unserer Kinder machen können, bevor sie überhaupt die Chance hat, etwas zu machen. Dazu gibt es ein hochinteressantes Manifest, in dem Marion Gräfin Dönhoff schreibt unter dem Titel „Weil das Land sich ändern muß“. Es geht um die Entlastung der Zukunft.

Politik und Gesellschaft ignorieren weitgehend die Folgen ihres gegenwärtigen Handelns auf die fernere

Zukunft, wobei die fernere Zukunft inzwischen längst zur Gegenwart geworden ist. Die Folge ist deren bedrohliche Überfrachtung. Und weiter: Die Negierung der Zukunftsinteressen ist damit fast existenzbedrohend geworden. Die gesamte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung ist deshalb dringend auf ihre langfristige Zukunftsfähigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls umzugestalten. Das gilt für uns im Großen wie im Kleinen, im Ganzen wie im Detail. Es geht um Weichenstellungen, um Zukunftssicherung, nicht um Erbsenzählen, wenn wir vom Sparen reden.

Und unsere Verhaltensprinzipien werden wir auch einhalten, nur das versprechen, was wir auch halten können; Schachner-Blazizek gegenüber. Seriosität, nicht der Christbaum durch das ganze Jahr, Strenitz gegenüber. Folgewirkungen genau eruieren, Herr Spitalslandesrat. Dort helfen, wo notwendig, wie zum Beispiel in der Landwirtschaft mit den Problemen angesichts des freien Weltmarktes, für die Erhaltung einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft, statt ein Eifersuchtstheater aufzuführen, wer die Gelder verteilt, das interessiert die Leute wirklich nur sekundär, das können Sie mir glauben.

Und die SPÖ blockiert, sie resigniert zum Teil, sie spielt permanent Opposition oder zieht mit einem Bauchladen an Forderungen unter dem Motto „für jeden etwas, das sofort“ durch die Gegend. Wie es dann ausschaut, kann man ja überall dort nachvollziehen, wo sie wirklich Verantwortung trägt oder auch getragen hat. Und gerade der Landesrat Strenitz, der leider jetzt nicht mehr da ist, daher werde ich ihn leise verschonen, ist ja ein Landesrat, der Verantwortung nur von der einen Seite her kennt, dann, wenn es etwas zu verkünden gilt, dann ist ihm auch recht, daß ein Landtag plötzlich 1,9 Milliarden innerhalb einer halben Stunde beschließen soll, obwohl er vorher gesagt hat, die Politik hat hier keinen Einfluß, dann, wenn es ihm paßt, dann zeigt er dieses Gesicht, und wenn es ihm nicht paßt, dann jenes. Wir werden aber auch Verantwortung zeigen müssen gegen Bürokratienteilnehmungen. Und wenn der Herr Landesrat Tschernitz Sozialmanager haben will um 55 Millionen Schilling, so müssen wir ihm sagen, alles für die Menschen, nichts mehr für eine neue Bürokratie. Das, was nämlich dabei gespielt wird, ist die Gefahr einer Verstaatlichung der Nächstenliebe, wie Biedenkopf gesagt hat. Und das ist genau das Thema, wo wir gesellschaftspolitisch eigentlich nicht hin möchten.

Der Landtag wird daher für die säumigen SPÖ-Regierungsmitglieder einen Lehrbehelf entwickeln, eine Art Gratisschulbuch. Ich bin sonst nicht für Gratisschulbücher, das muß ich dazusagen, aber in dem Fall soll es uns das wert sein, daß wir dem Ressel Starthilfe geben, daß doch noch ein Budget zustandekommt und auch jeder seinen Kompetenzen nachkommt. Aber zur Sicherung eines Mindestspielraumes, zur Erfüllung der gesellschaftlichen und sozialen Verpflichtungen des Landes ist es notwendig geworden, dem Landesrat Ressel als Finanzreferenten in der Einbremsung der Zuwächse für die Ausgaben zu helfen. Dafür wird der Rationalisierungsausschuß auch eingesetzt werden. Der wird insbesondere dort eine Sanierungspartnerschaft anbieten und Richtlinien ausarbeiten, wo wir die einzelnen Leistungen entwickeln dürfen. Und

nachdem der Ermessensspielraum ohnedies schon so gering ist, wir wissen, daß die Pflichtausgaben ja heute bereits durch Kredite gedeckt werden, nicht nur die Ermessensausgaben, das ist alleine ein Alarmzeichen, muß ich dem Finanzreferenten durchaus zustimmen zu dem, was er selber in seinem Entwurf sagt. Nach Auffassung des Landesfinanzreferates wird es daher unumgänglich sein, künftig auf die landesgesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen besonderes Augenmerk zu legen, um einem überdimensionalen Ansteigen der daraus resultierenden Pflichtausgaben entgegenzuwirken. Jawohl, sage ich zu diesem Wort des Herrn Finanzlandesreferenten. Und dazu werden wir diesen Ausschuß einsetzen, und dazu werden wir ihm gerne helfen. Es geht natürlich eines auch nicht mehr, daß wir hier Gesetze beschließen, bei denen wir dann im Ausschuß als Bemerkung zu den Folgen lapidar stehen sehen, Folgekosten jährlich zwischen 5 und 297 Millionen Schilling. Wir haben das im Frühsommer dieses Jahres vorgelegt bekommen von einem Referenten, und wir haben sehr lange gebraucht, um das dann überhaupt als Gesetz durchzulassen, aber ich muß eines sagen, so eine Vorgangsweise, so eine Mißachtung dessen, was für Auswirkungen ein Gesetz hat, das werden wir uns für die Zukunft nicht leisten können, und wir werden Richtlinien ausarbeiten müssen, daß das von vornherein vermieden wird, bevor wir überhaupt soweit kommen.

Und wir werden auch entsprechende Obergrenzen für das Gesamtbudget, Obergrenzen aber auch für einzelne Bereiche beschließen müssen, in der Verantwortung, daß das Land nicht nur einem Bereich dienen darf. Und ich kann mir durchaus vorstellen, daß wir hier neue Kennziffern finden, Kennziffern, die vielleicht in anderen Bundesländern schon angewendet werden oder auch im Bund. Das kann sein die Kennziffer, Nettodefizit zur regionalen Wertschöpfung, das wäre eine Grundlage, über die wir diskutieren könnten. Das kann genauso sein die Frage, Ausgabenanstieg im Vergleich zur Ertragsanteilsentwicklung, weil dort eindeutig und direkt die Verknüpfung der Landeseinkommen gegeben ist und damit eindeutig abgelesen werden kann, wenn dieser Punkt fix bleibt. Verhältnis Ausgabenanstieg zur Ertragsanteilsentwicklung. Daß wir nicht in eine Schuldenentwicklung, in eine Schuldenquote kommen, die wir nicht mehr gegenüber der nächsten Generation verantworten können. Wir werden in diesem Ausschuß sicherlich die Gesamtsystematik betrachten müssen und auch Varianten einer mittelfristigen Entwicklung so darstellen, daß wir nach dieser Methode dann umgekehrt zum Beispiel auch für die Krankenanstaltengesellschaft sagen können, das ist der Horizont von drei bis fünf Jahren, mit diesem Geld, sei es 2,938 Milliarden Schilling, die könnt ihr haben, damit müßt ihr kalkulieren, aber damit müßt ihr auch euren Aufgaben nachkommen, ohne zu kürzen, um das klarzustellen.

Weil das Land sich ändern muß. Es geht uns um die Entlastung der Zukunft. Und hier ist auch festgehalten, erst wenn alle Möglichkeiten zur Einsparung ausgeschöpft sind, dürfen weitere Einnahmequellen erschlossen werden. Dazu eine Bemerkung, wiederum zum geforderten Gesundheitsschilling. Bitte, egal unter welchen Mascherln neue Belastungen kommen, zuerst bitte durchforsten und schauen,

welche Einnahmequellen laufen richtig, welche nicht, welche Einsparungen sind ausgeschöpft, welche nicht, und erst dann haben wir das Recht, über neue Einnahmequellen nachzudenken, und nicht so einfach vorzugehen, wenn es nicht paßt, holen wir uns das Geld herein, weil letztendlich muß das immer der kleine Mann zahlen, und dafür können wir uns nicht hergeben. Und wir sollten endlich gemeinsam anfangen, um mit Heiner Geißler zu sprechen, von der ständigen Risikodiskussion zur Chancendiskussion zu kommen.

Statt Schrecken zu verbreiten, Herr Klubobmann Trampusch, ist eine positive Strategie notwendig. Ich glaube, da werden Sie mit mir konform gehen. Ich hoffe es zumindest. (Abg. Trampusch: „Schrecken verbreiten tun Sie!“) Also, wenn ich mir angehört habe, was Sie an Arbeitslosenverlust prophezeit haben und dergleichen mehr, was Ihr Herr Schachner-Blazizek an Pressemeldungen herausgegeben hat, über das angebliche Konjunkturgespräch, statt sich dort selbst hinzugeben und sich anzuhören, was die Entwicklung ist, dann frage ich mich, wer hier das Schreckensgespenst an die Wand malt, in einer alten Ideologie, die langsam aber sicher überwunden gegolten hätte. (Abg. Trampusch: „In der Mathematik ist zweimal Minus aber auch nicht Plus!“) Nein, Sie haben recht, der Schachner hat schon zweimal ein Minus, und es gibt noch immer kein Plus, Sie werden schon die Rechnung kriegen dafür!

Wir brauchen ein langfristiges Konzept, statt einen populistischen, jedem alles versprechen, aber in Wahrheit jedem alles mit Zins und Zinseszinsen rückzahlen zu lassen. Wir brauchen längerfristige, aber jedes Jahr an die Entwicklung anpassende Perspektiven, die nichts versprechen, was wir nicht halten können. Wir brauchen nicht das teuerste Modell für Einzelsektoren, sondern eine breitestmögliche, in die Gesamtpolitik, in die Gesellschaft mit allen sozialen Möglichkeiten nach dem Subsidiaritätsprinzip integrierte Problemlösung. Es ist Zeit, gegen die Verantwortungslosigkeit in der Politik und bei gewissen Politikern vorzugehen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP. – 12.10 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Flecker (12.10 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Frizberg, die Kabarettreife des freien Teiles Ihrer Rede hat an sich schon der Herr Dr. Hirschmann, als er noch auf der Abgeordnetenbank gesessen ist, gehabt, nur war er etwas unterhaltsamer. (Abg. Dr. Frizberg: „Die Wahrheit tut immer dann weh, wenn man sie verheimlichen möchte!“) Jetzt haben Sie so lange geredet und können noch immer nicht zuhören! Aber das Fatale an der Geschichte ist, daß Sie mit einer derartig kabarettreifen Einlage in einem Atemzug die Probleme von Bosnien, von dem Leid der Menschen da unten und von dem Krieg nennen. Das werde ich persönlich als ein Zeichen Ihrer mangelnden Ehrfurcht vor den wirklichen Problemen, die es auf dieser Welt gibt.

Ich will, Herr Kollege Frizberg, auf einige Punkte eingehen, die Sie da angeschnitten haben. Vorweg: Sie haben das Provisorium 1992 angesprochen. Es

dürfte Ihnen ja damals und auch heute nicht entgangen sein, daß das Provisorium 1992 deswegen beschlossen wurde, weil diese Landesregierung erst im November 1991 zusammengetreten ist und man sich einvernehmlich auf ein Provisorium geeinigt hat und dann auch einstimmig ein Budget 1992 beschlossen hat. Das ist wohl ein großer Unterschied, ob man so einen Weg einvernehmlich mit einer Begründung geht oder ob man ihn in der Taktik einer Destruktion geht. Sie haben sich, Herr Kollege Frizberg, darüber beklagt, daß der Herr Landesfinanzreferent mit seinem Budgetentwurf an die Öffentlichkeit gegangen ist – was es da zu beklagen gibt, weiß ich nicht –, aber ich muß Ihnen sagen, ich habe den Eindruck, wenn ich Ihre Rede jetzt gehört habe, daß Sie das Budget nicht einmal aus der Zeitung kennen, denn Sie haben keinen einzigen konkreten Vorschlag zu diesem Landesvoranschlag gebracht.

Herr Kollege Frizberg, wir nehmen sehr gerne zur Kenntnis, daß Sie für Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich eintreten, ohne natürlich zu sagen, wo. (Abg. Dr. Karisch: „Sie haben nicht zugehört!“) Frau Kollegin Karisch, machen Sie nachher eine tatsächliche Berichtigung, das läßt sich eh nicht verhindern. Da ist der Punkt, wo wir uns ideologisch unterscheiden. Dazu stehen wir. Wir werden es nicht zulassen, daß im Sozialbereich gespart wird, schon gar nicht in Zeiten wie diesen, und wir können es nicht zulassen, daß die Gesundheitsversorgung in diesem Lande nicht auf einem Standard ist, wie dieses Land ihn sich verdient. (Beifall bei der SPÖ.) Ihr Weg, Herr Dr. Frizberg – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „40 Jahre habt ihr es zugelassen! Du warst ja selber als Hofrat dabei!“) Ich war nie im Krankenanstaltenwesen Hofrat! Was willst jetzt sagen, Michl, sag es jetzt! (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was ich sagen will: Wie schätzt du die Spitalpolitik in den letzten 40 Jahren ein?“) Es freut mich, daß du die Expertise von mir brauchst. Ich schätze die Entwicklung im Spitalbereich in den letzten 40 Jahren gut ein, weil sie auch von Sozialdemokraten bestimmt ist. Wir waren gerade dort, ich will Ihnen die Länge ersparen, Herr Kollege Frizberg, melden Sie sich später noch einmal.

Wieso fragt ihr mich die ganze Zeit? Ich kann ja nichts dafür, wenn ihr das Budget nicht lest und mich jetzt fragt, was da drinnen ist. Also haltet euch ein bißchen mit den Fragen zurück. (Abg. Dr. Maitz: „Fragen Sie die Primärärzte und Ärzte, was sie davon halten!“) Wir haben jetzt nicht Fragestunde, Herr Klubobmann Maitz! (Landesrat Dr. Strenitz: „Fragen Sie lieber die Patienten – durchaus positiv!“) Herr Klubobmann Maitz, sind Sie fertig mit Ihrem Zwischenruf? (Abg. Dr. Maitz: „Herr Oberlehrer, sprechen Sie weiter!“) Ich halte es nicht für so bedeutend, daß ich die ganze Zeit unterbrechen muß. (Abg. Dr. Maitz: „Fragen Sie den Trampusch, wie oft er beim Frizberg einen Zwischenruf gemacht hat!“) Sie bewegen sich durchaus in Ihrem Niveau, also es ist nichts Besonderes. (Landesrat Dr. Strenitz: „Trampusch hatte auch seine Gründe dafür!“) Herr Präsident, ich tue mir hart, da weiterzureden, es wird dann zu lange, wenn ich überhaupt nicht zu Wort komme.

Ich darf Ihnen folgendes sagen. Wir waren an sich bei der Peinlichkeit für Sie und bei einem ersten Thema, daß wir sagen, daß wir in Zeiten wie diesen

eine Kürzung der sozialen und der Gesundheitsstandards nicht zulassen, und dazu stehen wir. Wir gehen nicht, Herr Dr. Frizberg, Ihren Weg, daß wir sagen, du bekommst soundso viel Schilling, und damit mußt du auskommen. Da hat es viele Menschen gegeben, denen es schlecht genug mit dieser Philosophie gegangen ist, sondern wir sind (Abg. Dr. Maitz: „Ihr handelt nach dem System: Wünsch dir was!“) als jene Körperschaft, die auch die sozialen und gesundheitlichen Standards dieses Landes festzulegen hat, verpflichtet, Standards zu setzen, und nicht den Leuten auf friß oder stirb eine Standardminderung anzubieten. Dann kommt noch etwas, weil der Herr Dr. Frizberg die Milliarden des Dr. Schachner genannt hat. Herr Dr. Frizberg, das hängt auch zusammen mit der Politik der siebziger Jahre, ich und wir bekennen uns dazu, daß der Stadt als Investitionsgeber tätig ist. Wir bekennen uns dazu, daß die öffentliche Hand einschreiten muß, um Arbeitslosenziffern zu senken (Abg. Dr. Maitz: „Gemeinplätze!“), und daß Sie sich heute dagegen aussprechen (Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine demagogische Unterstellung!“), ist bei einer Arbeitslosenziffer von zur Zeit 8,5 Prozent, und das ist immerhin die zweithöchste in Österreich, eine typische Aussage. (Beifall bei der SPÖ.) Daß Sie das in Ihrer Profession als Unternehmer nicht sehr berührt, verstehe ich. (Abg. Dr. Maitz: „Mit Klassenkampf hat die Sache nichts zu tun!“) Ich habe Solidarität. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist Solidarität?“) Schön, daß du jetzt da sitzt! Ich frage mich, ob du es bist. Bist du solidarisch mit dem Herrn Haider? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Selbstverständlich!“ – Abg. Kanduth: „Glauben Sie, daß das Land durch eine überdimensionale Verschuldung die europäische Rezession einbremsen kann?“) Ich habe heute nicht Fragestunde, Herr Kollege Kanduth, so sympathisch Sie mir in dieser Riege sind! (Abg. Kanduth: „Glauben Sie das?“) Ich glaube, man kann mir sicher nicht vorwerfen, nicht tolerant zu sein. Ich darf Ihnen auch gerne die Antwort geben. Herr Abgeordneter Kanduth, die Bekämpfung einer europaweiten Rezession wird nie von einem allein erfolgreich geführt werden können. Aber wir alle gemeinsam müssen unseren Beitrag leisten, um diese Rezession zu bekämpfen, und wir als Steiermark sind ein Bestandteil. Wir können uns nicht ausnehmen von der gemeinsamen Politik. Und, Herr Abgeordneter Kanduth, weil Sie schon von einer unverantwortbaren Verschuldung dieses Budgets sprechen, sage ich es Ihnen gleich: Wir haben einen Schuldenstand, der lediglich – und ich sage bewußt lediglich – 40 Prozent über den Nettoeinkünften aus Ertragsanteilen und eigenen Abgaben liegt. Und wir haben eine Nettoverschuldung, die noch wesentlich über dem Zinsendienst liegt. Und Sie müßten oder wissen vielleicht ganz genau, daß das Eckdaten sind, wo man über die Verschuldung reden kann. Aber da fehlt Ihnen ja jeder Beweis, wenn Sie von einer Verschuldung reden. Sie reden einfach, Sie behaupten es einfach. Und damit hat sich's. (Abg. Dr. Maitz: „Bei der letzten Budgetdebatte haben Sie angekreidet, daß die Steiermark das verschuldetste Bundesland ist! Heute ist das anders?“) Und jetzt, meine Damen und Herren, darf ich Sie um soviel Solidarität bitten, daß Sie Ihre Zwischenrufe etwas kürzer halten, sonst komme ich nämlich nicht weiter. (Abg. Dr. Maitz: „Ist das heute anders?“) Nein, nein, da verkennen Sie die Situation!

Ich habe gesagt, daß die Frau Landeshauptmannstellvertreterin es zugelassen hat, es zugelassen hat, daß wir in der Wirtschaftskraft an letzter Stelle liegen, bitte. Aber Sie haben auch angeschnitten, daß wir angeblich mit der Rolle einer Opposition und der Rolle einer Miteinbindung in die Regierung nicht zurecht kämen, und haben dabei gesagt, daß der ÖVP die Federführung in dieser Regierung durch den Wählerauftrag gegeben worden ist. Das ist schon richtig. (Abg. Dr. Frizberg: „Das tut weh!“) Nur, der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat die Feder schon längst aus der Hand gegeben, weil man sieht es ja, wenn sich die Herrschaften in der Regierung – zumindest seit der Herr Hirschmann dort eingezogen ist – sich quer über die Bank durch ungute Zwischenrufe unterhalten, und man merkt, wie der Vorsitzende auf eine Einigung einwirkt. (Abg. Dr. Maitz: „Vor dem Hirschmann fürchten Sie sich sehr!“) Dort ist überhaupt kein Wille mehr da, eine Gemeinsamkeit zu haben (Abg. Dr. Maitz: „Sie fürchten sich!“) und irgendeine Federführung zu machen. Und dann muß man noch sagen, Sie sind als eine Koalition, eine Koalition der Obstruktion, weil wir sind bereit – (Abg. Dr. Maitz: „Das ist für die SPÖ günstig!“) Ich mache gerne mit jemandem ein Duett, der singen kann, aber nicht mit Ihnen!

Wir sind bereit – (Abg. Dr. Maitz: „Diese Arroganz wird Ihnen auch nicht nützen!“) Ich habe es Ihnen schon einmal gesagt, Herr Klubobmann, und ich sage es Ihnen das letzte Mal, wenn Sie mir Arroganz unterstellen. Herr Klubobmann, es fällt mir schwer, Ihnen gegenüber nicht arrogant zu sein.

Wir, meine Damen und Herren, sind bereit, für ein Budget und für die Auswirkungen eines Budgets die Verantwortung zu übernehmen. Sie haben sich in Wirklichkeit bei einem Provisorium begnügt. Aber erlauben Sie mir doch, einige Worte noch zum Hergang bis zum heutigen Tag zu sagen. Und ich darf noch einmal wiederholen, daß am 22. März 1993 die Landesregierung einstimmig bitte diese Richtlinien für das Budget des Jahres 1994 beschlossen hat. Und es war schwer genug, und das hat der Herr Landesfinanzreferent gesagt, dieses Budget richtlinienkonform zu erstellen, da die Anträge seiner Kollegen weit über den von Ihnen selbst beschlossenen Limits gelegen waren. Die Anträge der einzelnen Regierungsmitglieder hätten das bekannte Nettodefizit von 4,7 Milliarden Schilling ergeben. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Aus welchem Bereich in meinem Ressort?“) Sage ich dir gleich. Der beantragte Mehraufwand war bei der ÖVP-Fraktion 1,5 Milliarden Schilling, bei der SPÖ-Fraktion 0,375 Milliarden Schilling und bei dir, lieber Michael Schmid, 16 Millionen Schilling. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wo?“) Ist marginal, wahrscheinlich im Wohnbau und in der Raumordnung. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist die Rechtsabteilung 8!“) Du warst eh brav.

Die Korrektur dieser Anträge im Sinne der beschlossenen Richtlinien läßt uns heute über ein Budget sprechen, das ein Nettodefizit von 2,5 Milliarden hat und damit um 700 Millionen hinter der Budgetvorschau liegt. Und der Herr Kollege Frizberg hat die Budgetvorschau in seiner Argumentation immer zitiert, offenbar hat er nicht einmal in das Budget hineingeschaut, daß wir da wesentlich besser liegen.

Daß es heute einige Herrschaften der ÖVP/FPÖ-Fraktion gibt, die in einem ominösen Rationalisierungsausschuß neuerlich Richtlinien für einen Landesvoranschlag ausarbeiten wollen, kann an zweierlei liegen. Erstens einmal daran, daß der Herr Landesrat Hirschmann damals noch nicht in der Regierung war und so erheblich dazu beigetragen haben dürfte, daß in wichtigen Fragen dieses Landes einstimmige Beschlüsse zustande gekommen sind, und zweitens scheinen manche in der FPÖ wieder das Oberwasser zu bekommen, deren Kommunikationsfähigkeit mit dem eigenen Regierungsmitglied im März 1993 nicht unbedingt gegeben war. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Tut das weh?“)

Meine Damen und Herren, ich wiederhole: Es gibt einen einstimmigen Regierungsbeschluß über die Budgetrichtlinien 1994, und die heutige Regierungsvorlage wird diesem Beschluß gerecht. Die Overtüre zu den Budgetverhandlungen ist bekannt. Gemeinsame Beschlüsse der ÖVP und der FPÖ in der Frage Ennstrasse, mangelnde Pakttreue in der Frage der STEWEAG, Päckelei bei der Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrates bei der STEWEAG, Päckelei beim Präsidenten des Landesrechnungshofes (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Entschuldige dich beim Aufsichtsrat!“), gemeinsame Beschlüsse der ÖVP/FPÖ-Fraktion gegen Spitalsinvestitionen in der letzten Sitzung. Gemeinsame Wiedergutmachung an den Herrn Dkfm. Bosch durch das Zuschancen eines Gutachtens (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Entschuldige dich!“), wechselseitige Verbeugungen zwischen den Herren Krainer und Haider und letztlich immer wiederkehrende Erklärungen von Mandataren der ÖVP und der FPÖ in der Öffentlichkeit, daß man die Ausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich kürzen soll. Gott sei Dank sind wir nicht dieser Meinung. (Beifall bei der ÖVP.)

Architekt dieser Rechtskoalition ist der Herr Landeshauptmann (Abg. Dr. Maitz: „Bisher haben Sie immer gesagt, es ist der Hirschmann!“) in seiner Begnügbarkeit mit sich selbst und mit seiner Position. (Unverständlicher Zwischenruf.) Naja, ihr wollt Kärnten gegen die Steiermark abtauschen – tut es!

Die Verhandlungen der Regierung haben volle zwei Tage gedauert, davon hat die Regierung selbst vielleicht 40 Minuten getagt. Ein Zeichen dafür, wie sehr der Herr Vorsitzende dieser Regierung selbst um eine Einigung in dieser Regierung bemüht war. In den Verhandlungen selbst kam kein einziger Einsparungsvorschlag von der ÖVP/FPÖ-Fraktion. (Abg. Dr. Maitz: „Im Gegensatz zu Ihnen bekenne ich mich dazu!“) Ja, dann erzählen Sie uns nachher die Einsparungsvorschläge, Sie können sich ja melden. Das wäre dann der erste. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das hat sogar in der Zeitung gestanden!“) Es hat sich ausschließlich um Vorschläge zu Mehrausgaben gehandelt, in Wirklichkeit, wie der Herr Finanzreferent gesagt hat, gab es am 5. November um 24 Uhr keinen einzigen ernsthaften Streitpunkt, als der Herr Landeshauptmann den Versuch einer Einigung mit den inzwischen Legende gewordenen Worten „es ist nicht mein Wille“ abschchnitt und einen wohl lange vorbereiteten Mehrheitsantrag der gemeinsamen Fraktion zur Abstimmung brachte. In diesem Antrag stellt die Regierung dem Landtag anheim, ein Provisorium zu beschließen, das

ist schon einmal ein Zeichen der Arroganz (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Arroganz war schon der jahrelange Klubzwang!“), mit dem diese Mehrheit in der Regierung mit dem Hause umgeht, und es erinnert mich ein bißchen an eine von Otto Schenk erzählte Geschichte vom kleinen Bezirksgericht, bei der einer angeklagt wird; weil er einem anderen gegenüber das meistgebrauchte klassische Zitat verwendet hat und sich wie folgt verteidigt: Ich habe ihn nicht gezwungen, ich habe es ihm nur anheimgestellt. (Abg. Dr. Frizberg: „Das Zitat heißt: Wie der Schelm denkt, so ist er!“)

Meine Damen und Herren! Sie wissen ganz genau, daß Ihr Wunsch nach einem Provisorium nicht nur der Wirtschaft, sondern vor allem den Menschen dieses Landes schadet und daß Sie damit auch den nächsten Krach hier provozieren haben. Sie provozieren Krach, statt Verantwortung zu zeigen. Ich glaube, wir brauchen nur die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Budgeterstellung im Landtag anschauen, um Ihnen nachweisen zu können, daß Sie sich mit Ihrer Leichtfertigkeit des Handelns nicht am Boden der Verfassung befinden. Ich zitiere den Paragraphen 16 Absatz 1: „Dem Landtag ist spätestens acht Wochen vor Ablauf des Finanzjahres von der Landesregierung der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes für das folgende Jahr vorzulegen.“ Absatz 2: „Der Landtag berät und beschließt über die Aufbringung der nach dem Voranschlag erforderlichen Mittel.“ Letztlich Absatz 3: „Wenn die Erledigung des Voranschlages nicht vor Beginn des Voranschlagsjahres möglich ist, so ist dem Landtag vorbehalten, die Landesregierung für einen bestimmten Zeitraum zur Fortführung des Landeshaushaltes im Rahmen des Voranschlages für das vergangene Jahr zu ermächtigen.“

Eine Regierungsvorlage ist formell da, auch wenn sich die Mehrheit in der Regierung vor der Verantwortung dafür drückt. Im Absatz 2, den ich gerade zitiert habe, ist die von uns immer so angesprochene Budgethoheit des Landes geregelt. Ihre heutige Taktik zeigt, wie sehr Sie in dieser Frage Sein und Schein zu trennen wissen. Der Absatz 3 legt fest, daß ein Provisorium nur dann beschlossen werden kann, wenn die Beschlußfassung des Landesvoranschlages im heurigen Jahr nicht mehr möglich ist, meine Damen und Herren. Das ist vor allem wohl dann gegeben, wenn ein Regierungsentwurf nicht oder zu spät vorgelegt wurde. Wir aber haben eine Regierungsvorlage. Wir sind im Zeitplan und können Ende November im Finanz-Ausschuß beraten und Anfang Dezember im Hause beschließen, wenn Sie den Mut haben, zu beraten und Änderungsanträge einzubringen. Ich darf doch annehmen, daß jeder Abgeordnete dieses Hauses mündig und in der Lage ist, in Eigenverantwortung den Voranschlagsentwurf zu beraten und darüber Beschlüsse zu fassen. Ein anderer Weg würde Ihnen ja selbst Unfähigkeit attestieren.

Und, meine Damen und Herren, der von Landesrat Ressel eingebracht Voranschlag stellt eine ideale Grundlage für diese Beratungen dar. Von Überschuldung kann keine Rede sein. Ich habe es dem Herrn Kollegen Kanduth bereits gesagt und habe darauf hingewiesen, daß der Schuldenstand nur 40 Prozent über den Nettoerträgen liegt und etwa die Hälfte der Bruttoerträge aus dem Budget beträgt und

daß die Nettoverschuldung noch wesentlich über dem Zinsendienst liegt. Bekanntlich ist das Problem einer sinnvollen Verschuldung erst dann gegeben, wenn der Zinsendienst die Nettoverschuldung erreicht. Die Nettoverschuldung beträgt 2,5 Milliarden, der Zinsendienst 1,1 Milliarden. Die Nettoverschuldung, meine Damen und Herren, liegt um 700 Millionen unter der Budgetvorschau und ist durch die Auflösung von zugeführten Rücklagen aus dem Jahr 1992 um weitere 500 Millionen zu senken. Sie liegt dann unter Hinzurechnung der außerbudgetären Ermächtigungen von 1993 nur um 200 Millionen Schilling über dem Nettodefizit von 1993. Diese 200 Millionen Schilling können wir dann lukrieren, wenn Sie, meine Damen und Herren, damit einverstanden sind, daß wir die Rücklage aus dem Rundfunk- und Fernsehschilling auflösen. Aber dagegen wehren Sie sich ja schon jahrelang. Das heißt, wenn wir diese Rücklage auch noch auflösen würden, hätten wir das gleiche Nettodefizit wie im vorigen Jahr. Aber, meine Damen und Herren von der ÖVP/FPÖ-Fraktion, Sie wollen nicht beraten, Sie wollen nicht beschließen, keine Abänderungsanträge stellen, weil Sie entweder keine haben oder die Verantwortung dafür nicht übernehmen wollen. Sie torpedieren die Verantwortung vor den und für die Menschen in diesem Lande. (Abg. Dr. Frizberg: „Wir heißen nicht Strenitz!“) Ich will aber gar nicht davon reden, daß Sie möglicherweise daran scheitern, vor dem Budget den Mund zu voll genommen zu haben und jetzt das Fehlen der nötigen Sachkenntnis dafür entdecken.

Meine Damen und Herren! Sie reden von neuen Strukturen und sollten wissen, daß der tatsächliche freie Ermessensspielraum in diesem Budget 4 Prozent beträgt. Sie retten sich in einen ominösen Rationalisierungsausschuß, der seiner Bezeichnung wesensfremd ist, weil ratio Vernunft heißt. (Beifall bei der SPÖ.)

Den äußerst flexiblen Vorsitzenden haben Sie bereits ausgesucht. Seine Beliebigkeiten für Karrieren sind bekannt. Sie wollen dort Richtlinien bis zum Frühjahr erarbeiten, die schon ein Jahr vorher einstimmig beschlossen wurden. Sie spekulieren offenbar damit, daß bis zum Frühjahr alles vergessen ist. Sie sind sich dessen bewußt, daß Sie durch die Gründung dieses neuen Ausschusses nicht nur die Vereinbarung zur laufenden Gesetzgebungsperiode brechen, was Sie tun, weil solche Ausschüsse, die nicht in der Geschäftsordnung des Landtages geregelt sind, auf Grund der Vereinbarung nur einvernehmlich gegründet werden können. Also, Sie brechen diese Vereinbarung. Sie nehmen auch einigen anderen Ausschüssen die Kompetenzen weg. Sie wissen ganz genau, daß für derartige Arbeiten der Finanz-Ausschuß zuständig wäre. Den wollen Sie nicht. (Abg. Dr. Maitz: „Es spricht der Herr Oberlehrer!“) Der Herr Klubobmann Vesko hat gerade angedeutet, warum Sie das dort nicht haben wollen, aus parteipolitischen Gründen. In Wirklichkeit soll dieser Ausschuß unter anderem die Arbeit tun, die auch der Herr Landeshauptmann nicht zu tun bereit ist, nämlich eine Verwaltungsreform herbeizuführen. Seine Unterschrift unter die Regierungsvereinbarung hätte ihn dazu angehalten, aber genauso, wie die Sonderfinanzierung für die Spitäler, die ebenfalls in dieser Vereinbarung gesichert war, wird das nicht gehalten,

was in dieser Vereinbarung unterschrieben wurde. Ich habe schon anlässlich meiner letzten Rede darüber laut nachgedacht, was die Unterschrift des Herrn Landeshauptmannes noch wert ist. Sie widersprechen mit diesem Ausschuß auch Ihrem eigenen Mehrheitsbeschluß in der Regierung, weil dort mehrere gemischte Ausschüsse vorgesehen waren. Jedenfalls besteht kein Zusammenhang zwischen dem Budget 1994 und dem Rationalisierungs-Ausschuß. Glauben Sie mir, daß man für 1994 einen Ausschuß, der bis März oder wann tagt, keine Strukturänderungen machen kann. Das ist das gleiche Argument, wie Sie es in der Spitalsdebatte vor einer Woche gebracht haben, wo Sie gesagt haben, der Herr Landesrat Dr. Strenitz soll über die KRAZAF-Zuschüsse verhandeln, wo Sie genau wissen, daß die KRAZAF derzeit geltendes Gesetz ist und Ende 1994 ausläuft. (Abg. Dr. Maitz: „Damit es später besser wird, muß man sich jetzt bemühen!“) Hören Sie mir zuerst zu! (Landesrat Dr. Strenitz: „Wir haben den Herrn Landeshauptmann darum gebeten, in der LH-Konferenz das zu tun!“) Herr Klubobmann Maitz! (Abg. Dr. Maitz: „Jetzt kommt eine Abkanzelung!“) Herr Klubobmann Maitz, das hat aber bitte alles nichts mit dem Budget 1994 zu tun, und daß Sie das nicht verstehen, bestätigt mich in der Ansicht, die ich gestern - (Abg. Dr. Maitz: „Jetzt kommt die Abkanzelung!“) Das hat der Zankl gestern gemacht, brauche ich gar nichts mehr zu sagen! (Abg. Dr. Maitz: „Mit guten Voraussetzungen kann man leicht polemisieren!“) Sie halten es nämlich wie bei der Spitalsdebatte, indem Sie wider besseren Wissen so tun, als könne man für 1994 durch das Gesetz gegebene Voraussetzungen einfach ignorieren, und das wird Ihnen sicher nicht gelingen. Und das wird Ihnen sicher nicht gelingen. (Abg. Dr. Maitz: „Ihre Zensuren interessieren mich nicht!“) Das alles tun Sie aber nur, um nicht die Verantwortung für das zu übernehmen, was Sie gesagt haben. Bringen Sie bitte einen einzigen dezidierten Abänderungsantrag zum Budget 1994 ein, der uns auf der Ausgabenseite Millionen erspart. Wir laden Sie zur Arbeit und Sachdiskussion im Finanz-Ausschuß ein. Wenn Sie das nicht tun, deklarieren Sie sich als Koalition der Obstruktion gegen uns, die wir bereit sind, Verantwortung zu tragen. (Abg. Dr. Maitz: „Sie werden im Rationalisierungs-Ausschuß sitzen. Wir können dann weiterreden!“) Wir wollen ja arbeiten im Finanz-Ausschuß, und wir wollen ein Budget. Nur, ihr traut euch nicht darüber reden, weil ihr euch nicht auskennt oder weil ihr nicht wollt. Und an der Spitze dieser unheiligen Koalition steht der Herr Landeshauptmann Krainer, bereit, sich mit dem Titel des Landeshauptmannes zu begnügen und dafür selbst den Pakt mit dem Haider einzugehen. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Maitz: „Jetzt kommt die Parteitagspassage!“ - Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Koalitionspakt!“)

Meine Damen und Herren, es wäre an Ihnen, sich zu besinnen, und insbesondere die ÖVP und ihr Landeshauptmann werden ihrem christlichen und sozialen Flügel der Partei gegenüber erheblichen Erklärungsbedarf haben, warum Sie diesen Pakt eingegangen sind unter der Parteiführung des Herrn Haider und warum Sie Ihre Pflicht zur ehrlichen Arbeit dabei ignorieren und Ihren Pakt darüberstellen. (Abg. Dr. Karisch: „Habt ihr an die Zukunft gedacht?“) Liebe Frau Dr. Karisch! Wir weinen euch keine Träne nach.

(Abg. Dr. Maitz: „Ihr habt eigentlich nie an die Zukunft gedacht!“) Aber ihr bestätigt jetzt das Vorhandensein einer Koalition, indem ihr sie verteidigt. Frau Dr. Karisch, es hat nie die Gefahr gegeben, daß sich die SPÖ mit einem Haider, dessen Zitate ja bereits Legenden sind, verbündet. (Abg. Dr. Maitz: „„Profil“ lesen!“) Lesen Sie zum Beispiel die neue „Furche“. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist eine katholische Zeitung. Ich glaube dem Bischof!“) Da sagt der Herr Haider: - (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Kollege Flecker, Sie können eine Kopie des Koalitionspaktes haben!“) Ihr habt schon wieder Angst. (Abg. Dr. Maitz: „Der neue Popanz, den der Herr Kollege Flecker aufbaut, interessiert mich nicht!“ - Präsident Dr. Klausner: „Hohes Haus! Ich bin durchaus für Zwischenrufe. Aber nur für Lärm, der den Redner hindert, bin ich nicht. Ich ersuche, ihn reden zu lassen!“)

Danke, Herr Präsident. Das ist die panische Angst davor, wieder ein Zitat des Herrn Haider geliefert zu bekommen, das einen selber in dieser Koalition demaskiert. Aber ihr seid schon alles gewohnt. Das neueste Zitat Haider: „Links der Mitte heißt, daß hier der leistungsunwillige parasitäre Teil des Landes angesiedelt ist“, ein Beispiel, wie man hier umgeht. Und dann sagt er noch, „dort ist auch der linke Bereich der ÖVP angesiedelt“. Das weiß ich nicht, ob das stimmt. Aber es paßt ganz gut zu eurem Pakt.

Meine Damen und Herren, der Herr Landeshauptmann hat anlässlich der Konjunkturgespräche im Grazer Congress gesagt, daß er der großen Koalition eine Steuerreform nicht zugetraut hätte. Das zeigt seine Einstellung zur Form der großen Koalition. Ich ersuche Sie aber trotzdem, sich den Weg, dieses Budget nicht einmal beraten zu wollen und nicht einmal arbeiten zu wollen, zu überlegen. Denn wenn Sie nur in Ausschüsse gehen, vertagen, keine Verantwortung übernehmen wollen, dann schaden Sie nicht nur den Menschen dieses Landes, dann schaden Sie nicht nur sich selbst, sondern dann schaden Sie dem Ansehen der Politik allgemein. Und das sollten wir an sich nicht wollen. (Beifall bei der SPÖ. - 12.46 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Präsident Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

**Abg. Mag. Rader (12.46 Uhr):** Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Der Herr Flecker hat wieder, wie schon in der letzten Landtagssitzung, so auch diesmal versucht, eine persönliche Beleidigung anzubringen. Das scheint er in jeder Sitzung zu tun, weil sonst ist er nicht zufrieden. Ich hätte in Erinnerung einer Bemerkung, die er im Zuge seiner Rede gemacht hat, gute Lust, ihm etwas anheim zu stellen. (Beifall bei der FPÖ.)

Zwingen kann ich ihn ja sowieso nicht im Sinne der Bemerkung, tue es auch nicht. Ich habe in den letzten Tagen einmal eine Bemerkung gelesen, die ich mir in der Zwischenzeit habe ausheben lassen, die viel treffender als jedes andere Zitat als Antwort für den Herrn Flecker gelten kann, und ich will mich daher ausschließlich mit diesem Zitat beschäftigen. Es lautet nämlich: „Wir müssen einer Entpolitisierung der Politik entgegenwirken, wollen wir glaubwürdig und

ein Gegengewicht zum einfallslosen Populismus sein. Daß es einigen schwerfällt, kann ich gut verstehen", sagt der Autor, „vor allem jenen, die eine Politik der Ideenlosigkeit und der Versäumnisse zu verantworten haben.“ Und so geht es weiter. „Es ist eine Folge dieser Ideenlosigkeit, daß man auf politische Forderungen mit einer persönlichen Hetzkampagne ohnegleichen antwortet.“ Ich glaube, das ist alles, was zum Herrn Flecker zu sagen ist. Und ich möchte natürlich dem Hause nicht vorenthalten, wer der Autor dieser Bemerkung ist. Der Autor ist Kurt Flecker am 2. Dezember 1992 in diesem Hause.

Meine verehrten Damen und Herren, Sie haben schon bei den ersten drei Reden auch durch die zwar innerlich etwas aggressive, äußerlich aber sehr zurückhaltende, nahezu resignative Rede des Finanzreferenten die Grundlagen dessen erläutert bekommen, worüber wir hier reden. Ich möchte nur noch einen Schritt weiter zurückgehen, als alle bis jetzt gegangen sind. Wir haben bereits 1989 sehr breit darüber diskutiert, wie die Verschuldung gestoppt werden muß, und zwar auf Grund eines Berichtes des Bundesrechnungshofes aus dem Jahre 1985, also vor acht Jahren. Der Rechnungshof wies mit Nachdruck bereits 1985 darauf hin, daß einer weiteren Verschuldung Einhalt geboten werden muß. Und was ist geschehen? Wir haben gemeinsam eine Finanzvorschau beschlossen, die die Entwicklung darstellen soll. Und diese Finanzvorschauen haben seit damals nie etwas anderes gezeigt als jetzt – nie etwas anderes. Und der vorherige Finanzreferent, der im Moment jetzt das Präsidium leitet, ist ja noch viel deutlicher bei seinen Budgeteinbegleitungsreden gewesen als der jetzige Finanzreferent. Ich erinnere mich nämlich an das Budget 1990, wo am 27. November 1990 der damalige Finanzreferent völlig richtig gesagt hat, daß die vorherige, für die Jahre 1991 bis 1993 erstellte und in der letzten Sitzung des Landtages vorgelegte Budgetvorschau nur als Alarmsignal verstanden werden kann. Es wurde aber überhört. Auch bei der Antragstellung für das Budget blieben alle Sparappelle des Finanzreferates von den Abteilungen, aber auch von den Abgeordneten und Regierungsgliedern unbeachtet. Wenn die Kuh hin ist, soll auch das Kaibl hin sein. Das war offensichtlich das Leitmotiv aller Anträge. Das, meine Damen und Herren, war vor drei Jahren. Und wenn wir uns jetzt anschauen, wie in der Zwischenzeit die Verschuldung des Landes Steiermark gestiegen ist, und ich habe es auf einer Grafik aufzeigen lassen, dann sehen wir eine deutliche Entwicklung seit 1975 hinauf bis zum Jahr 1991. Die Ziffern des Jahres 1992 pflegt der Herr Finanzreferent ja an sich immer mündlich zu verkünden, aber schriftlich auf den Tisch gelegt hat er sie bis jetzt nicht. Aber soweit ich von diesen Verkündigungen weiß, ist die Verschuldung auch nicht zurückgegangen. Und wir sind im Jahre 1991 etwas über 16 Milliarden gelegen. Und in allen Zeitungen Österreichs können Sie lesen, daß wir das verschuldetste Bundesland Österreichs sind. Und in dieser Situation haben wir wieder, Gott sei Dank, eine neue Finanzvorschau auf den Tisch bekommen. In dieser steht, und ich habe das schon das letzte Mal zitiert, daß die Neuverschuldung das wirkliche Problem des steirischen Landeshaushaltes ist, und dann kommt der berühmte Satz: Der Schuldenstand würde sich dadurch in den Jahren 1993 bis 1997,

also in den nächsten vier Jahren, um fast 14 Milliarden Schilling auf etwas mehr als 30 Milliarden Schilling am Ende des Vorschauzeitraumes erhöhen.

Wir sind hier bei 16 Milliarden Schilling, und, meine Damen und Herren, das wären 30 Milliarden. Und wenn Sie angesichts dieser Situation meinen, nichts tun zu müssen, dann haben Sie die Verantwortung für dieses Land längst abgegeben. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, ich will jetzt zugestehen, daß wir und insbesondere auch die Sozialdemokratie im Moment in einer ganz spezifischen Situation sind. Und ich will daher alles nicht überbewerten. Sie haben am Sonntag einen Parteitag – (Abg. Dörflinger: „Samstag!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Am Sonntag mußt du in die Kirche gehen!“) Samstag! Es ist natürlich schwierig, wenn man die Funktionäre am Sonntag nicht einmal mehr zu einer Parteiveranstaltung kriegt. Das ist auch eine Frage der Identifikation. Aber wie auch immer, ich weiß daher, daß Sie in diesen Tagen vor dem Parteitag besonders pointiert formulieren müssen. Schön! Wir wollen das zugestehen. Und jemand, der „back to the roots“ will, wie ich gelesen habe in der „Kleinen Zeitung“, muß natürlich den Klassenkampf wieder aufleben lassen, weil das sind die „roots“ dieser Bewegung. Wie auch immer. Wie erklärt ihr aber sehr vieles, weil ich meine, nämlich am Montag, lieber Kollege Dörflinger, werden wir hoffentlich anders weiterreden können. Und ich vertraue darauf, weil wir in diesen Dingen in Wahrheit bis jetzt immer eine sehr übereinstimmende, sehr einheitliche Meinung gehabt haben. Ich kann mich gut erinnern, meine Damen und Herren, das letzte Budget, das wir beschlossen haben – Herr Kollege Vollmann, ich zitiere dich anschließend, paß ein bißchen auf! (Abg. Vollmann: „Bitte gern!“) Das letzte Budget, das wir gemeinsam beschlossen haben vor den Wahlen mit noch absoluter Mehrheit, war schon eines, das geprägt war von der Überlegung, wir müssen um Himmels willen eingrenzen, es kann so nicht weitergehen. Und ich kann mich gut erinnern, ich habe damals das Budget ja abgelehnt und sehr deutlich auch die Budgetvorschau und Entwicklung auf den Tisch gelegt, wie seit damals immer Jahr für Jahr, ich komme mir schon vor wie ein Wanderprediger, der immer wieder dasselbe sagt, und damals am 7. Dezember 1990 haben sich demonstrativ zum Schluß der Budgetberatungen die Parteiobmänner aller zu Wort gemeldet, um Erklärungen für die Zukunft abzugeben, der Herr Landeshauptmann, aber auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek. Ich möchte gerade in dieser Situation diese Bemerkung in den Raum stellen, weil ich glaube, daß wir uns auf diese Bemerkung einigen können, alle, aus allen Parteien. Er hat gesagt, er möchte noch sagen, daß wir mit diesem heurigen Budget für das nächste Jahr sicherlich nur mit einem Unikat rechnen können. Das ist eine nicht wiederholbare Sache, das ist eine Verpflichtung, in der Zukunft besonders sorgfältig umzugehen. Man kann sich in der Budgetpolitik vielleicht einmal eine Zacke nach oben – um das so zu formulieren – leisten. Und dann sagt er weiter: „An der Spitze wird es natürlich das Problem der beiden großen Kräfte sein, daß wir die Budgetneuverschuldung wieder in den Griff bekommen.“ Ich habe dann dazwischengerufen, das habe ich schon öfter gehört, und dann sagt er: „Das mag sein, bedeutet

aber nicht, daß es einmal eine solche Zacke geben kann, aber auch geben muß. Die Frage ist, ob uns im weiteren eine Konsolidierung gelingt.“ Meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.) Ein Applaus für Schachner wäre angebracht.

Das Budget 1990 ist als einmalige Zacke beschlossen worden, das Budget 1991 war dieselbe Zacke, aber die Versprechen, es im nächsten Jahr besser zu machen, hat es gegeben. Wir haben sie geglaubt. Auch das nächste Budget wurde beschlossen. Die Zacke war noch höher, aber das Versprechen, etwas zu ändern, hat es gegeben, wir haben es geglaubt. Bis zum heutigen Tag, meine Damen und Herren. Wenn wir also in den letzten zehn Jahren uns immer versprechen, daß wir die Verschuldung eindämmen, wenn der Rechnungshof seit neun Jahren sagt, so geht es nicht weiter, wenn alle Budgetvorschauen sagen, bitte, wir stehen am Plafond. Wir sind zwar jetzt schon die Verschuldetsten, aber dann geht es noch einmal um eine Verdoppelung weiter, dann muß Schluß sein, dann müssen Maßnahmen gesetzt werden, so weh sie auch tun mögen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Und ich kann es auch verstehen, daß es natürlich politisch reizt in dieser Situation durch das Land zu gehen und jedem zu erzählen, was wir für Böslinge sind, was wir jedem wegnehmen. Ich rechne auch damit, daß wir in den nächsten Monaten für jeden Verstorbenen in den steirischen Spitälern noch persönlich politisch verantwortlich gemacht werden, weil das angeblich nur am Budget liegt. Ich verstehe natürlich auch, daß der Kollege Flecker sagt, wir brauchen wirtschaftlich unbedingt einen Budgetbeschuß, sonst bricht alles zusammen. Ich verstehe, daß der Kollege Schrittwieser der Meinung ist, in Leoben oder in Bruck behaupten zu können, daß 120 Arbeitsplätze nicht gesichert sind, nur weil dieselben Ziffern im Budget stehen wie vorher. (Abg. Schrittwieser: „Neu aufgenommen!“) Ich verstehe natürlich vollkommen, daß man überall durch die Gegend geht, daß der Kollege Heibl die Bauwirtschaft zusammenbrechen sieht, ich sehe, daß die Frau Kollegin Minder so tut, als würden plötzlich die Kinder im Landeskrankenhaus versterben, weil hier irgendwelche Sozialinitiativen in Gefahr sind. Ich verstehe auch, daß man die Sozialinitiativen animiert, bei uns zu demonstrieren. Selbstverständlich, es werden nicht die letzten Demonstrationen sein in den nächsten Wochen. Wir werden alle durchstehen, das sage ich Ihnen auch in aller Deutlichkeit. Und ich verstehe auch, daß der Kollege Dörflinger – (Landesrat Dr. Strenitz: „Renovierung des Kreißsaales, Renovierung des OP auf der Frauenklinik ausgesetzt!“) Ich verstehe auch, daß es politisch reizt – (Landesrat Dr. Strenitz: „Bei 3600 Geburten ist die Renovierung des Kreißsaales ausgesetzt!“ – Abg. Dr. Maitz: „Das Spiel mit der Angst!“ – Präsident Dr. Klausner: „Hohes Haus! Ich bitte, die Querunterhaltungen zu unterlassen. Herr Präsident!“) Danke, Herr Präsident! (Abg. Tasch: „Der Landesrat Strenitz soll auf seinen Platz gehen!“)

Meine Damen und Herren! Ich würde vorschlagen, wir machen weiter. Ich war dabei zu sagen, daß ich für diese politische Vorgangsweise Verständnis habe, daß es Sie reizt. Am Sonntag ist Parteitag. Ich verstehe, daß

in den Wochen vorher diese Vorgangsweise verwendet wird. (Abg. Dörflinger: „Samstag!“) Oder Samstag! Weißt du, lieber Kollege Dörflinger, ich gehöre einer Partei an, wo die Funktionäre auch sonntags zu Veranstaltungen gehen, und nicht zu Hause bleiben. Gott sei Lob und Dank! (Beifall bei der FPÖ.)

Aber, meine Damen und Herren, wir sind an einem Zeitpunkt angelangt, wo wir Maßnahmen setzen müssen. Und jetzt hätten wir natürlich das tun können, was in der Zwischenzeit vorgeschlagen worden ist. Nämlich das, was wir in den letzten Jahren immer getan haben, zu sagen, also bitte, diese eine letzte Zacke noch, es ist so schon die siebte, diese eine letzte Zacke noch, die machen wir, und dann werden wir alle Leistungen durchforsten, und im nächsten Jahr ist alles anders. Meine Damen und Herren, das ist ja seit 1990 probiert worden, immer wieder, Jahr für Jahr, und nichts ist geschehen. Also kann es nur, lieber Kollege Dörflinger, die Situation sein, daß man hergeht und sagt: So, und dieses Budget 1994 wird erst beschlossen werden, wenn wir durch Beschlüsse dieses Landtages klargestellt haben, daß die Trendumkehr stattfindet. Und zwar jetzt mit diesem Budget und in den folgenden. Und da kann es keine Beschlußfassung geben, die sagt, es wird schon im nächsten Jahr sein. Es haben ja alle bitte in der Vergangenheit die Problematik gesehen, die auf uns zukommt. (Abg. Dörflinger: „Bei der Trendumkehr habe ich keinen Applaus gehört!“ – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Verstanden!“) Auch verstanden!

Zum Beispiel der Herr Kollege Dörflinger. (Abg. Vollmann: „Eine Budgeteinsparung auf dem Kopf der Bevölkerung, das werdet ihr nicht beschließen!“) Der Herr Kollege Dörflinger hat die Problematik dieses Budgets in den – (Abg. Vollmann: „AMAG!“) Wir brauchen nicht bis zur AMAG gehen. Bleiben wir doch im Lande. Wir brauchen nicht zur AMAG gehen. Der Kollege Dörflinger hat zum Beispiel in der letzten Budgetdebatte im vergangenen Dezember zum Sozialbudget etwas wahnsinnig Wichtiges und Richtiges gesagt, das ich jetzt aufgreifen möchte. Er sagt da ganz einfach, wie es um die Frage der Förderungen, auch der Sozialförderungen, gegangen ist: „Es muß klar sein, daß man sich auch dort nach der Decke strecken muß, daß man auch dort akzeptieren muß, daß man die Regeln, die wir jeder Sozialinitiative geben, die wir dem Sozialbudget geben, die wir dem Baubudget geben, die wir dem Wohnbaubudget geben, auch dort zählen und auch dort eingehalten werden, weil die Leute sonst ganz einfach das Geld ausgeben, das ihnen gerade paßt. Und im nächsten Jahr kommen sie daher und sagen, mein Gott, sie sperren uns ein, wenn wir nicht zahlen, oder wir gehen in Konkurs, und das wäre furchtbar. Und wir buttern dann vom Land her nach. Das ist irgendwie“, so sagt Dörflinger vor einem Jahr, „fast eine kleine Form der Erpressung, die wir uns eigentlich alle zusammen nicht bieten lassen sollten.“

Meine Damen und Herren, das ist es, jawohl, und das machen wir jetzt. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Ob dir das im Moment paßt oder nicht paßt, das machen wir jetzt. (Abg. Dörflinger: „Ich stehe dazu!“) Und ich bin der Überzeugung, daß wir in Wahrheit alle gemeinsam einer Meinung sind. Meine Damen und

Herren, unser nächster Schritt lautet daher nicht, die durchaus emotionalisierte Phase, die wir jetzt haben, das ist halt einmal so in der Politik, fortzusetzen und dort im Finanz-Ausschuß eine Show abzuziehen, möglicherweise noch mit einem Beschluß des Landtages, daß er medienöffentlich stattzufinden hat, weil solche Blödheiten gibt es ja auch gelegentlich, sondern wir gehen jetzt ganz gezielt und schrittweise vor. Es geht ja nicht darum, ob jetzt dort eine Zahl ein bisserl nach oben, nach unten, nach rechts oder nach links verändert wird, sondern das haben wir alle auch gleichzeitig und gleichzeitig gesagt, und ich könnte euch eure Zitate stundenlang vorlesen, tue es nicht, ihr könnt es ja selber machen, das, was wir brauchen, ist eine Strukturänderung. Und wenn diese Strukturänderung klar ist, dann können wir dieses Budget beschließen und die nächsten Budgets vorbereiten. Und dazu brauchen wir einen Ausschuß, und das sage ich jetzt in aller Offenheit, weil früher Kollege Vesko mit seinem Zwischenruf schon zitiert worden ist, ich habe volles Vertrauen auch zur Sozialdemokratie, weniger Vertrauen zum Herrn Flecker. Und ich möchte diese Unterlage und diese Arbeit nicht in einem Ausschuß sehen, in dem der Herr Flecker beweisen kann, daß ohne ihn nichts geht und ohne ihn alles, was wir tun wollen, Mumpitz ist, meine Damen und Herren.

Und daher werden wir die Show, die Sie vorhaben in den nächsten Tagen im Finanz-Ausschuß, nicht stattfinden lassen. Nein, natürlich nicht. Denn wir werden uns nicht mit den Einzelziffern in den nächsten drei Tagen beschäftigen, sondern wir werden uns schrittweise über die Strukturen dieses Landes, mit den Strukturen der Leistungen und mit dem Einbau aller guten Vorarbeiten für die Verwaltungsreform, die auf dem Tisch liegt, beschäftigen. Wir haben uns dafür einen sehr knappen Zeitraum vorgenommen. Bis Ende des Monats Februar, vielleicht Anfang März, ich weiß, wie kurz das ist, noch dazu, wo wir in der Zwischenzeit die Weihnachtsfeiertage haben, werden wir es schaffen müssen, und wir werden auch probieren, die Geschichte hinzukriegen. Meine Damen und Herren, bei dieser Arbeit brauchen wir, und das sage ich vorweg, ein Maximum an Gemeinsamkeit. Und es darf in diesem Rationalisierungs-Ausschuß kein Thema tabu bleiben, kein Ressort tabu bleiben, keine Leistung tabu bleiben, sondern wir müssen alles gezielt durchschauen, wo wir uns etwas leisten können, wo wir umstrukturieren müssen und wie wir künftig weitermachen können. Meine Damen und Herren, natürlich ist es so, daß nicht alles im Jahr 1994 umgesetzt werden kann. Das weiß doch jedes Kind. Aber bis zur Beschlußfassung zum Budget 1994 muß die Trendwende klar sein, muß die Strukturveränderung klar sein, damit wir guten Gewissens das Budget 1994, wie immer es dann ausschaut, beschließen können und auch alle nötigen Maßnahmen dort schon einleiten. Meine Damen und Herren, Sparsamkeit allein, das ist nämlich das, was wir beim Budget der drei Beratungstage erzielen könnten, ist schon längst zu wenig geworden. Sparsamkeit oder nur sparsam verwalten, und ich gehe davon aus, daß das alle Ressortchefs tun, reicht nicht. Das hat uns in diese neue Situation hineingebracht. Daher, meine Damen und Herren, möchte ich auch jetzt und von dieser Stelle aus die Mitglieder der

Fraktion der Sozialdemokratischen Partei herzlich in aller Öffentlichkeit bitten, und ich sage bewußt bitten, es geht nämlich um unser Land, und nicht um politische Erfolge, bei dieser Arbeit konstruktiv mitzuarbeiten. Wir werden es alle notwendig haben. Auch wenn Sie es nicht tun, werden wir uns nicht hindern lassen, um das auch knochentrocken zu sagen. Aber ich bitte Sie wirklich mitzumachen im Sinne auch eines Zitates, welches in diesem Hause schon verwendet worden ist und das ich gerne als Schlußpunkt meiner Rede setzen will, nämlich ein Zitat von Kardinal Dr. Franz König, mit dem ich mich inhaltlich identifiziere. Ich verwende es aber nicht nur deshalb, weil ich mich identifiziere, sondern weil es hier schon einmal verwendet worden ist. Das Zitat lautet: „Schimpfen allein nützt nichts. Mittun ist besser als nur mitbetroffen sein“. Und ich lade den, der dieses Zitat verwendet hat, ein, sich danach zu halten, nämlich der stellvertretende Klubobmann der Sozialdemokratischen Partei, Kollege Vollmann. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 13.05 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages über und komme zum Tagesordnungspunkt

**2. Antrag, Einl.-Zahl 747/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Frizberg, betreffend die Einsetzung eines „Ausschusses zur Rationalisierung der Leistungen des Landes Steiermark (Rationalisierungs-Ausschuß)“ zur Feststellung der Rationalisierungsmöglichkeiten aller Leistungen, die das Land Steiermark erbringt, sowie die Umsetzungsmöglichkeiten von Vorschlägen zur Verwaltungsreform.**

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

**Abg. Korp (13.06 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Als sogenannter Neuling hier in diesem Hause habe ich mich natürlich sehr intensiv mit der Textierung des Antrages auf Einberufung eines Rationalisierungsausschusses hier in diesem Hause beschäftigt und bin dabei zu folgenden persönlichen Feststellungen gekommen:

Um der Budgetsituation des Landes Herr zu werden, beschäftigen sich namhafte Vertreter von der rechten Seite des Hauses jetzt intensiv mit dem Verschuldungsgrad im Lande und schlagen dazu die Einsetzung eines sogenannten Rationalisierungsausschusses vor. Dies selbstverständlich in dem vollen Wissen, daß es dafür einen ressortzuständigen Finanz-Ausschuß gibt, natürlich auch im Wissen, daß in einem derartigen parlamentarischen Gebilde kein Budget gemacht werden kann. Das weiß sogar ein Neuling. Soweit zur Interpretation der Sachlage aus persönlicher Sicht. Besonders befremdlich dabei aber ist, verehrte Damen und Herren, daß in diesem Antrag der steigende Schuldenberg mit der Randlage der Steiermark und der Belastung durch die verstaatlichte Industrie begründet wird. Dies als entscheidend für die gegenwärtige Finanzsituation des Landes hinzustellen, läßt sogar beim blauäugigsten Betrachter der

Szene die Frage aufkommen, hat sich etwa in fast fünf Jahrzehnten absoluter ÖVP-Mehrheit etwas Gravierendes an der geographischen Lage des Landes geändert? Haben die Antragsteller, wenn von der großen Belastung durch die verstaatlichte Industrie gesprochen wird, tatsächlich vergessen, daß wir eine Situation hatten, die es skrupellosen Geschäftemachern ermöglichte, lange Zeit unbehelligt und in bestimmten Fällen noch mit naiver Unterstützung des Landes ihre Geschäfte zu machen, wie es uns in jüngster Zeit so drastisch vor Augen geführt wurde? Haben Sie das vergessen? (Unverständliche Zwischenrufe.)

Oder, verehrte Damen und Herren, Sie können mich sowieso nicht aus der Ruhe bringen, probieren Sie es gleich gar nicht, wo blieb etwa die von Ihnen heute so leidenschaftlich angesprochene Zukunftsvorsorge, als es etwa darum gegangen wäre, den großen Komplex der Wohnbauförderung zeitgerecht in geordnete Bahnen zu lenken? Landesrat Ressel hat das ja bereits heute hier sehr deutlich erwähnt. Wo blieb, verehrte Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses, Ihre zeitgerechte Ratio, als es allein in diesem so wichtigen und großen Ausgabenkomplex darum gegangen wäre, Landesgelder nicht wie einen Wildbach über das Land rauschen zu lassen? Wo blieb Ihre Ratio? Und wenn Sie heute mit einer schwammigen Argumentation einen Rationalisierungsausschuß verlangen, der obendrein, verehrte Damen und Herren, als Beleidigung eines außerordentlich kompetenten und außerordentlich bemühten Finanzlandesrates angesehen werden kann, dann paßt das genau in das Bild, das Sie vor einer Woche hier geboten haben im Zusammenhang mit der Spitalsdebatte (Abg. Kowald: „Aufgezogen haben sie dich genug!“), danke für das Kompliment, nämlich ein Verzögerungsspiel, ein Hinausschieben, das weiß sogar ein Neuling, notwendiger Investitionen, das auf reichlich tönernen Füßen steht und dieses dem Land ungleich mehr Schaden als Nutzen bringt. (Abg. Kowald: „Sage es frei, lies es nicht herunter!“)

Schauen Sie einmal, Herr Kollege, ich habe, bevor ich da hereingekommen bin, eines gelernt, nämlich die klare Unterscheidung zwischen parlamentarischer Streitkultur und dem Niedermachen, wie Sie das zum Beispiel betreiben. (Abg. Kowald: „Dann lies es nicht hinunter, rede einmal frei!“ – Abg. Tasch: „Ich sage: Besser als ein roter Schmäh ist die ÖVP!“)

Werte Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses, niemand von uns – ich sage es noch einmal, Herr Kollege Tasch – hat Aladins Wunderlampe, niemand von uns, und wider besseres Wissen haben die schwarzblauen Zampanos in den Hut gegriffen. (Abg. Dr. Maitz: „Sehr sachlich!“) Und was kam heraus? Ein sogenannter Rationalisierungsausschuß sozusagen als Ultima ratio des vermeintlich letztmöglichen Problemlösers einer verfehlten Mehrheitspolitik. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Die Mehrheit hat bis jetzt die ÖVP und SPÖ gehabt!“) Ja, ja, Herr Landesrat, Sie dürfen mir ruhig einsagen. Sie dürfen mir von hinten ruhig einsagen. Ich höre am rechten Ohr so schlecht. Ich habe ein Ohr, links von der Mitte, da höre ich viel besser.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir meinen, daß man mit der Wortbedeutung „ratio“ aus strategischen Gründen nicht zu leichtfertig umgehen

sollte. Rationalisieren heißt allemal auch objektivieren, Herr Kollege. Sind Sie wirklich bereit zu objektivieren? Ich frage Sie. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „40 Jahre SPÖ-Finanzpolitik!“ – Landesrat Tschernitz: „Aber immer überstimmt worden!“) Hätte diese, verehrte Damen und Herren von der rechten Seite, von Ihnen heute beschworene Ratio immer Platz gegriffen, würde die Steiermark heute wirtschaftlich nicht so dastehen, daß wir etwa im Falle des EG-Beitrittes das Bundesland mit den meisten förderungswürdigen Gebieten sind. Verehrte Damen und Herren! (Abg. Schützenhöfer: „Der Tschernitz wird jetzt auch zum Klassenkämpfer!“)

Verehrte Damen und Herren! Ich meine daher, hören wir doch auf, wegen eines verschwindend kleinen Budgetspielraumes hier ein Polittheater zu veranstalten. Legen Sie Ihre konkreten Vorschläge endlich auf den Tisch, sofern Sie welche haben, Frau Dr. Karisch.

Sagen Sie uns, wo Sie einsparen wollen, und bringen Sie das dort vor, wo es hingehört, nämlich im Finanz-Ausschuß. Dort sollten unter Anwendung aller verfügbaren intellektuellen und materiellen Ressourcen Probleme transparent gemacht werden, um so zu einem Budget zu kommen, das von allen im Landtag vertretenen Parteien auch mitgetragen wird. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Machen wir einen Koalitionszwang!“) Das ist es, verehrte Damen und Herren. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Alle müssen mitstimmen!“) Herr Landesrat, das ist es, wenn Sie mich fragen, was unsere Bevölkerung, die wir hier alle zu vertreten haben, wirklich interessiert, und sonst nichts. Das sollten alle hier in diesem Hause zur Kenntnis nehmen. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.15 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Maitz (13.15 Uhr):** Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann unmittelbar an meinen Vorredner anschließen, der gesagt hat, hören wir auf mit dem Polittheater. Ja, hören wir auf mit dem Polittheater, machen wir in dem effizienten Kreis von zehn Abgeordneten, Spitzenbeamten und Experten jene Arbeit, die uns zusteht für dieses Land und für die Menschen in diesem Land, nämlich Korrekturen für kurz-, mittel- und langfristige Leistungen des Landes hier zu erarbeiten. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Kollege Flecker hat heute nach der Bedeutung des Wortes Rationalisierung gefragt. Ich möchte ihm die Brockhaus-Diktion sagen, und vielleicht ist das für uns alle sehr nützlich. Rationalisierung ist „die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung des Erfolges durch zweckmäßige Gestaltung von Arbeitsabläufen“. Oder vielleicht ist ihm das dtv-Lexikon lieber: „Rationalisierung ist die Ersetzung herkömmlicher Verfahren durch verstandesmäßig durchdachte zweckmäßigere Verfahren“. (Abg. Dr. Karisch: „Das ist es!“) Ethisch würde das auch heißen: Der sittliche Handel wird von Vernunftgründen geleitet, und das – (Abg. Dr. Flecker: „Manche müssen sich in den Duden retten, um etwas Vernünftiges zu reden!“) Das ist wieder die typische

„Flecker-ische“ Art, Politik zu machen. Wenn ihm das Sachargument ausgeht, dann geht er zu persönlichen Verunglimpfungen über. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Das ist keine Verunglimpfung. Es zeichnet dich aus, daß du nachschaust!“) Die Abgeordneten Maitz, Rader, Vesko und Frizberg haben heute einen Antrag eingebracht, der sehr deutlich sagt, worauf dieser Ausschuß in seiner Arbeit heraus will. Feststellung der Rationalisierungsmöglichkeiten aller Leistungen des Landes, „aller“ ausdrücklich. Systemänderungen in jenen Bereichen, wo neue Wertungen notwendig sind. Ressort für Ressort erbrachte Leistungen durcharbeiten, um zu sehen, wo Schwerpunkte und wo möglicherweise tatsächlich nicht mehr notwendige Bereiche vorhanden sind. Es geht uns natürlich darum – und da kann man jeder Legendenbildung sofort entgegentreten –, das hohe Leistungsniveau des Landes in den wesentlichen Bereichen für 1994 und für die Zukunft zu sichern. Selbstverständlich sind auch Anstrengungen zu unternehmen, um im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten des Landes struktur- und konjunkturpolitische Impulse zu setzen. Gezielte Schwerpunkte, Signale und Akzente sind gefragt, auch neue Initiativen und neue Aufgabenstellungen. Aber über die muß grundsätzlich gesprochen werden. Kurzfristig sehen wir schon, daß im Jahr 1994 der Knalleffekt nicht zu erreichen sein wird. Aber einige Weichenstellungen, die uns mittelfristig für 1995, 1996 und 1997 das ersparen, was wir heute in der Grafik auch gesehen haben, eine unverantwortliche Erhöhung des gesamten Schuldenstandes des Landes. Und, meine Damen und Herren, Sie haben gefragt, warum dieser Ausschuß? Natürlich – (Abg. Dr. Flecker: „Wer hat das gefragt?“) Der Herr Korp hat das gefragt! (Abg. Dr. Karisch: „Sie hören nicht zu!“) Natürlich effizient mit vier Abgeordneten der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP und zwei Abgeordneten der Regierungspartei FPÖ mit Heranziehung von Experten und Spitzenbeamten, die selbstverständlich über die Regierungsmitglieder auch zur Verfügung stehen werden. Diesmal haben wir im Landtag die Möglichkeit, die Aufgabe und die Pflicht. Das wird nicht leicht sein, das wird sehr schwierig sein, vor Beschlußfassung des Landesbudgets gemeinsam Schwerpunkte und Prioritäten festzulegen. Und zwar nicht im nachhinein einen guten Vorsatz zu fassen, heuer machen wir es noch so, und nächstes Jahr wird alles anders. Wir werden diesmal von vornweg dran sein und werden eine Arbeit leisten, wo wir dem Finanzreferenten und der gesamten Landesregierung Vorschläge erstatten, um verantwortungsbewußt gemeinsam eine Zukunft für das Land und die Menschen in diesem Land zu prägen, und nicht in eine Sackgasse sozialistischer Schuldenwirtschaft zu schlittern. (Beifall bei der ÖVP. – 13.20 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dörflinger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dörflinger** (13.20 Uhr): Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Die heutige Debatte und die Tatsache, daß die konkreten Vorschläge, wie das neue Budget auf Grund der Meinungsbildung in der FPÖ/ÖVP-Fraktion ausfallen wird, nicht erfolgt sind, im Gegen-

teil, kein einziger konkreter Punkt darliegt, wie Sie das Budget anders haben wollen; im Gegenteil, kein einziger konkreter Vorschlag gebracht wurde, wie Sie das Budgetdefizit reduzieren wollen und Sie noch dazu, meine Damen und Herren von der ÖVP/FPÖ-Fraktion, der Antrag – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wir werden das nachholen!“) Ihr seid jetzt noch hinten, ihr müßt noch ein bißchen warten, Herr Klubobmann, der Antrag, den Sie in der Tagesordnung ausgeschickt haben an uns, differiert sehr deutlich von dem Antrag, den Sie heute einbringen, in dem Sie noch weitere Rückzieher machen, indem Sie überall dort versuchen, mit dem Feuerlöscher herumzurennen, wo Sie selber das Feuer angezündet haben. Es bestärkt uns in der Meinung, daß wir zwar erstens diesen Demolierungs- oder Rationalisierungs-Ausschuß, wie immer Sie es haben wollen, nicht verhindern können werden, weil Sie das mit Ihrer Mehrheit tun und Ihre Mehrheit einsetzen werden. Das steht Ihnen auch zu, und das können Sie auch tun, wir wollen aber im Interesse des Landes und im Interesse derer, die zum Teil dahinten gesessen sind, aber auch im Interesse derer, die sich an uns gewendet haben und die sich auch an Sie gewendet haben, ich nehme da die Universitätsprofessoren Beitzke, Müller, Zach und Urban heraus, die krebskranke Kinder auf ihrer Station liegen haben, die schwer herzkranken Kinder auf ihrer Station liegen haben. (Abg. Grillitsch: „Hören Sie auf!“) Kollege Grillitsch, ich sage dir jetzt einmal sehr deutlich: Ich würde dir nicht wünschen, daß du einmal ein Kind dort liegen hast und angewiesen sein müßt darauf. Das ist ein Zynismus, der unüberbietbar ist. (Abg. Dr. Cortolezis: „Dann soll der Strenitz gehen, wenn er das bis heute nicht zusammengebracht hat!“) Der Abgeordnete Cortolezis wird sich auch wieder beruhigen. Im Interesse derer, die hoffen, daß in dem Land trotz schwarzblauer Koalition – (Abg. Dr. Cortolezis: „Versagen und noch einmal Versagen!“ – Abg. Trampusch: „Die Wahrheit tut weh!“ – Glockenzeichen des Herrn Präsidenten Dr. Klauser.) es kann sich jeder zu Wort melden, aber ich weiß nicht, wie ihr in der Fraktion abgestimmt habt, wer noch reden darf und wer nicht –, im Interesse all derer, die hoffen (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Die Kinder nicht sterben müssen!“ – Abg. Dr. Flecker: „Ihr seid leichtfertig!“), daß in dem Land noch etwas weitergeht, im Interesse derer, etwa Jugend am Werk, die tagtäglich für Kinder arbeiten, daß man in dem Land Investitionen, die notwendig sind, Unterstützungen, die notwendig sind, daß man Leuten hilft, die draußen zum Teil ehrenamtlich arbeiten und Aufgaben übernehmen, die dafür sind, daß man diesen Leuten hilft und sie nicht durch ein Budgetprovisorium blockiert. Und nicht durch ein Budgetprovisorium in eine Situation hineinkommt, wo viele Vereine gefährdet sind, wo Investitionen gefährdet sind. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Grillitsch: „Herr Kollege Dörflinger!“) Kollege Grillitsch, zeitweise weiß ich nicht, ob du nicht verstehen willst oder nicht verstehen kannst. Dann hör einmal genau zu, melde dich zu Wort und sage das, was du dir denkst, und schreie nicht immer so laut heraus. (Abg. Grillitsch: „Ich verstehe schon!“ – Abg. Trampusch: „Es ist unverantwortlich, daß mit den Schwächsten und Ärmsten Parteipolitik betrieben wird!“ – Präsident Dr. Klauser: „Hohes Haus! Ich mache darauf aufmerksam, daß die Querunterhaltungen überhaupt nicht

verstanden werden können, wenn so viele gleichzeitig reden. Machen Sie bitte Zwischenrufe. Ich ersuche Sie aber, diese Querunterhaltungen einzustellen!") Herr Präsident, ich verstehe die Aufregung. Wenn Sie mich ausreden lassen würden, könnte ich Ihnen erklären, was unsere Fraktionen Ihnen für ein Angebot macht. Daß Sie dieses Angebot vielleicht nicht hören wollen, ist Ihr Problem, aber nicht unseres.

Der Kollege Trampusch hat mir jetzt etwas vorbeigebracht, weil der Vorwurf parteipolitischer Agitation und Argumentation erhoben wurde. Darf ich Ihnen etwas vorlesen: Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes verläuft seit Anfang 1993 negativ und lag zur Jahresmitte zudem recht deutlich unter dem Bundesschnitt. Insbesondere im Industriebereich sind die Produktionswerte real um über 10 Prozent, die Zahl der Beschäftigten um nahezu 8 Prozent zurückgegangen. Zudem muß der Umstand, daß bis dato keine Einigung über den Landeshaushalt 1994 erzielt werden konnte, als zusätzlicher Unsicherheitsfaktor gewertet werden. Wissen Sie, wer das geschrieben hat? Das ist keine SPÖ-Parteiaussendung, und auch kein SPÖ-Mandatar hat das geschrieben, sondern der Ausschuß für Baukoordinierung in der Steiermark. Und jeder von Ihnen weiß, wer in diesem Ausschuß sitzt. Und machen Sie es doch nicht so, daß das eine parteipolitische Aktion ist, sondern schauen Sie sich die Sorgen der Leute draußen an, schauen Sie sich an, was es dort konkret an Bedenken gibt. Und wir machen Ihnen nun ein Angebot und einen Vorschlag: Sie setzen mit Mehrheit diesen Rationalisierungs-Ausschuß ein. Sie machen dann in diesem Rationalisierungs-Ausschuß mit Ihrer Mehrheit jene Vorschläge, die die Trendumkehr, die der Herr Präsident Rader gefordert hat, einleitet. Niemand wird Ihnen böse sein. Dann machen Sie diese Vorschläge, aber spielen Sie doch nicht mit dem Budget des nächsten Jahres herum, wenn Sie genau wissen, daß innerhalb eines vertretbaren Zeitraumes dieses Budget nicht so abgeändert werden kann, daß es wirklich etwas bringt. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Weißt du, was ein Provisorium ist?“) Ich werde es mir im nachhinein von dir erklären lassen. Sie setzen mit Mehrheit diesen Rationalisierungs-Ausschuß ein, das werden wir nicht verhindern können. Sie werden, wie der Herr Präsident Rader, und ich habe mit Interesse vermerkt, daß es da keinen Applaus der ÖVP-Fraktion gegeben hat, in diesem Rationalisierungs-Ausschuß die totale Trendumkehr für die Budgets beschließen. Wir alle sind uns klar, daß das nicht in drei oder vier Monaten geschehen kann, auch wenn Sie Ihre Mehrheit einsetzen. Das heißt, daß wir mit einem Budgetprovisorium mit den Ansätzen des Jahres 1993 das nächste halbe oder dreiviertel Jahr leben müssen. Und dieses Leben mit diesem Budgetprovisorium bedeutet weniger Investitionen, bedeutet Probleme für Vereine, bedeutet Probleme für viele. Deshalb unser Vorschlag und der Beschlußantrag, den ich Ihnen vorbringe: (Abg. Dr. Flecker: „Weil die Herrschaften nicht arbeiten wollen!“ – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das können Sie sich ersparen, Kollege Flecker!“) Ich stelle mit Interesse fest, daß die schwarzblaue Landtagsmehrheit, die sich immer darüber beklagt hat, daß man am Budget nichts verändern kann, daß die Regierung ein Budget einbringt, daß das alles nur eine Alibi-geschichte ist, sich jetzt massivst dagegen wehrt (Abg.

Dr. Flecker: „Daß wir arbeiten!“), dieses Budget selber bestimmen, verändern und bearbeiten zu können. (Abg. Dr. Flecker: „Alles nur Taktik!“) Wir, die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses, lädt Sie ein, daß wir uns zusammensetzen. Machen wir nicht einen dreitägigen Finanz-Ausschuß, machen wir einen sechstägigen, machen wir einen zehntägigen, machen wir einen vierzehntägigen Finanz-Ausschuß. Arbeiten wir von sieben Uhr in der Früh. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wenn du mit den krebskranken Kindern anfängst!“) Daß du natürlich damit wieder daherkommst, ist klar. Das ist in etwa das Niveau, auf dem du dich seit neuestem bewegst. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du hast das Niveau mit deiner Rede vorgegeben!“) Setzen wir uns zusammen, gehen wir Punkt für Punkt dieses Budget durch, sagen Sie, wo Sie es anders haben möchten, sagen Sie, wo Sie einsparen wollen, sagen Sie, wo die Ansätze zu hoch sind. Dann brauchen wir nebenher nur mehr eine kleine Additionsmaschine, mit der wir zusammenrechnen. Wir kommen dann auf ein Budgetdefizit, das Ihnen genehm ist und Ihnen richtig erscheint.

Und, meine Damen und Herren, so einfach, wie sich der Herr ÖVP-Obmann Krainer in seiner turnusmäßigen Rundfunkansprache das macht, kann es wohl nicht sein. Wir können den Steirerinnen und Steirern nicht vorgaukeln, daß keine Leistungen eingeschränkt werden, daß nichts verkommt, was ohnedies schon da war, daß wir ihnen sogar zusätzlich versprechen, daß neue Maßnahmen kommen, und auf der anderen Seite senken wir das Budgetdefizit.

Original, ÖVP-Obmann Krainer am Sonntag in der Werbesendung des ORF: „Es muß das hohe Leistungsniveau des Landes in allen Bereichen abgesichert werden. Es geht nicht – wie ebenfalls behauptet – um den Abbau von Leistung, sondern um die langfristige Sicherung von Leistungen.“ Und jetzt bitte: „Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um im Rahmen der – (Abg. Dr. Maitz: „Er hat nicht von den krebskranken Kindern gesprochen!“) Ich tue mir mit dem Klubobmann Maitz so schwer. Der geht immer raus, redet die ganze Zeit und sagt nichts, und von der Bank macht er Zwischenrufe. Es hindert Sie niemand daran, heraußen nicht nur zu reden, sondern auch etwas zu sagen. (Abg. Dr. Maitz: „Sie stellen sich hin und fangen an, die Leute abzukanzeln!“) Das hat euer Parteiohmann gesagt. Wieso regt ihr euch da so auf? Hat er das mit euch nicht abgesprochen oder was?

Dritter Punkt, meine Damen und Herren: ÖVP-Obmann Krainer (Abg. Riebenbauer: „Landeshauptmann Krainer!“) in der ORF-Werbesendung am Sonntag: „Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten des Landesbudgets Strukturen konjunkturpolitische Impulse zu geben, also einerseits zur Belebung, Ankurbelung und Stärkung der Konjunktur, andererseits zur Förderung von Innovation und Investition beizutragen.“ Punkt vier: Alles mit reduziertem Budgetdefizit, mit Einsparungen, mit Trendumkehr, wie sie der Herr Präsident Rader gefordert hat. Es sind durch gezielte Schwerpunktsetzungen Signale und Akzente für wichtige, auch neue Initiativen zu setzen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist es, ja!“) Ja, meine Damen und Herren, es wird Ihnen niemand glauben, daß Sie mit weniger Geld mehr Initiativen fördern werden, als das vorher der Fall war.

(Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was war beim Wohnbau?“) Der Herr Landesrat Schmid ist ein sehr dankbarer Einwerfer. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Mit weniger Geld mehr machen!“) Ich erinnere ihn an die Argumentation, als der Herr Landeshauptmann Schachner und der Herr Landesrat Ressel hinausgegangen sind und den Forderungsverkauf propagiert haben, da gab's von Ihrer Seite Vorwürfe von tosendem Gelächter bis zu unrealen Vorstellungen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Von mir!“) Von deinem Koalitionspartner war dies der Fall. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Bitte halte dich an die Wahrheit!“) Heute bist du sehr froh, daß du das Geld verbrauchen kannst, und wir sind froh, daß Geld in den Wohnbau hineinfließt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Mit weniger Landesmitteln mehr geleistet!“) Um die Aufregung zu beenden, darf ich jetzt den Beschlußantrag der SPÖ-Fraktion vorlesen. Ich bitte Sie noch einmal trotz erheblicher nervlicher Anspannung, der Sie offensichtlich ausgesetzt sind, nachzudenken, ob es nicht sinnvoll wäre, die konkreten Vorstellungen, die Sie offensichtlich nicht haben oder uns nicht sagen wollen, in dieses Budget einzubringen. Wir bieten Ihnen an, in Form eines Beschlußantrages, den wir heute auf den Tisch legen: Machen wir eine Finanz-Ausschußsitzung, die mehrere Tage dauert. Sagen Sie den Steirerinnen und Steirern konkret, wo Sie sparen wollen, wo Sie reduzieren wollen, wo Sie einsparen wollen, dann führt sich die ganze Propaganda sowieso ad absurdum, wie Sie behaupten. (Abg. Schinnerl: „Jetzt auf einmal seid ihr bereit. Früher wart ihr nie bereit!“) Folgender Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages haben vor einer allfälligen Beschlußfassung über ein Budget-provisorium alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, um vor allem im Interesse der steirischen Bevölkerung ein Budget 1994 zu beschließen. Gerade wegen der durch ein Budget-provisorium entstehenden Probleme für den Sozial- und Gesundheitsbereich, die steirische Wirtschaft und die steirischen Bauern ist diese Vorgangsweise unumgänglich. Zu diesem Zweck ist eine mehrtägige Finanz-Ausschußsitzung anzuberaumen, um die Regierungsvorlage zum Landesvoranschlag 1994 zu beraten und das Ergebnis dieser Beratung dem Hohen Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen. In dieser Finanz-Ausschußsitzung ist zu jedem einzelnen Voranschlagsansatz eine Abstimmung herbeizuführen, dabei ist es allen Fraktionen eröffnet, ihren Vorstellungen entsprechend, die Abänderungsanträge einzubringen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, das, was Sie im Vorjahr an Kritik an der Budgeterstellung gesagt haben, ernst nehmen, dann müssen Sie diesem Antrag heute zustimmen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.35 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schützenhöfer (13.35 Uhr):** Meine Damen und Herren!

Ich möchte dem Kollegen – ich sage trotz allem Kollege – Dörflinger sagen, mein Vater war aus politischen Gründen mehrfach entlassen. Ich sage Ihnen,

wir haben als Familie mitgemacht, wie das ist zwischen arm und reich, wie Sie hier heute geredet haben auf Kosten der sozial Schwachen, wie Sie hier heute eine Politik der verbrannten Erde zum Ausdruck gebracht haben. Herr Abgeordneter Dörflinger, das ist zutiefst widerlich. (Beifall bei der ÖVP.) Das sage ich Ihnen. (Abg. Dörflinger: „Wenn wer verbrennt, seid ihr das!“) Ich sage Ihnen eines, wenn von Sozialabbau die Rede ist, Kollegin Minder (Abg. Minder: „Ihr redet nicht, ihr handelt danach. Gegen die sozial Schwachen!“), wenn von Sozialabbau die Rede ist, dann sage ich Ihnen etwas, dann gehen bei mir die Antennen hoch, dann schrillen die Alarmglocken. (Abg. Minder: „Bei uns schon lange!“) Aber ich sage Ihnen eines, Herr Abgeordneter Dörflinger von der SPÖ, nicht wir sind es, die Sozialabbau betreiben (Abg. Dörflinger: „Wer dann?“), sondern wir sagen, daß wir die Chance des Landtages wahrzunehmen haben, um einem Finanzreferenten und anderen Regierungsmitgliedern, wie zum Beispiel dem Spitalsreferenten, den die große Mehrheit von Ihnen längst nicht mehr in diesem Amt wünscht (Abg. Dörflinger: „Hellseher!“), wie wir wissen, rechtzeitig sagen zu können, es muß Schluß sein mit einer Politik des Schuldenmachens. Es ist ein Generationenvertrag, den unsere Kinder und Kindeskiner nicht unterschrieben haben. (Abg. Trampusch: „Wie lange lebt ihr noch von morgen?“) Aber diese Politik führt dazu, daß wir heute verbrauchen, was die dann zu zahlen haben. Damit muß Schluß sein, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Vollmann: „Ihr hättet euch mit eurer Mehrheit 45 Jahre lang durchsetzen können!“)

Ich wollte mich gar nicht melden, aber, meine Damen und Herren, ich habe es mitgemacht, und ich weiß, was Sozialabbau ist. Das kann ich Ihnen versichern. Ich bin hier immer gestanden und habe mich etwa zur Verstaatlichten bekannt. Auch zu der Zeit, als das in meinen Reihen gar nicht so einfach war. Aber ich muß zur Kenntnis nehmen, daß die sozialistische Politik in der Verstaatlichten dazu geführt hat, daß wir Hunderte von Milliarden hineingepumpt und trotzdem Massenentlassungen zur Kenntnis zu nehmen haben. Das ist die wahnsinnige Ideologie, der Sie verfallen sind, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben in die Verstaatlichte seit 1970 100 Milliarden gepumpt, und wir haben allein in der Steiermark in diesem Zeitraum von 36.000 Arbeitsplätzen 20.000 verloren, es sind noch 16.000. Ja, das kann doch nicht die Politik sein, auf die wir uns in der Zukunft verstehen. Wir müssen korrigieren und eingreifen, um wirklich für die Arbeitnehmer dieses Landes und für unsere Bevölkerung etwas zu tun. Ich sage Ihnen noch eines dazu. Ich mache mir Sorgen, denn wir werden in den OECD-Staaten 35 Millionen Arbeitslose im nächsten Jahr haben. Wir werden im nächsten Jahr in Österreich an die 7,5 Prozent Arbeitslose haben, das sind an die 300.000 Menschen. Na, wer erinnert sich noch an Anton Benya, der gesagt hat, ab 3 Prozent wird es problematisch? Aber, meine Damen und Herren von der SPÖ, wir müssen uns zusammereihen, daß wir gemeinsam etwas zustande bringen. Nur eines darf ich Ihnen schon sagen, weil Sie von Sozialpolitik reden. 1984, es war nicht einer aus der SPÖ, haben wir darüber zu reden begonnen, ob es ein Mindesteinkommen geben soll. Da bin ich ausgelacht

worden, auch von der linken Seite, auch vom ÖGB, auch vom ÖGB-Präsidenten, und ich habe im eigenen Bereich nicht nur Verständnis geerntet. (Abg. Gennaro: „Die Klasnic hat auch keine Freude gehabt!“) Heute haben wir den 12.000-Schilling-Mindestlohn im wesentlichen verwirklicht. Ich bin dankbar, aber ich hätte mich gefreut, hätten Sie mich früher unterstützt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Minder: „Wir wären dankbar, wenn ihr uns in sozialen Belangen unterstützen würdet!“) Oder das Problem, Kollegin Minder, der älteren Arbeitslosen. Ich habe erwartet auf ein Wort der Ermunterung von der linken Seite des Hauses, als ich gemeint habe, daß wir in Österreich bei den älteren Arbeitslosen eine hausgemachte Arbeitslosigkeit haben. Es sind zwölf Länder untersucht worden, da sind wir mit 39 von Hundert, die in Beschäftigung stehen, die älter als 50 Jahre sind, an der Spitze. In der Schweiz sind es 85, in Deutschland sind es 60. Und ich habe gesagt, wir müssen das Problem zu lösen beginnen, wenn die noch im Job sind. Wir müssen uns bemühen, daß sie in der Arbeit bleiben. Versuchen wir, eine mutige Umverteilung von der Arbeitslosenversicherung hin etwa auch zu einem Abfertigungsfonds. Da hat mir die Unterstützung von Ihnen gefehlt, weil es Ihnen nur darum gegangen ist, immer dem einen das Geld aus der Tasche zu ziehen und es dem anderen zuzuschieben. Wir alle zahlen. Wir alle müssen mithelfen, daß wir diese Probleme in den Griff bekommen. (Beifall bei der ÖVP.) Und, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang noch einen dritten Punkt. (Abg. Trampusch: „Du hast recht. Die Rede hältst du normal vor dem Wirtschaftsbund – nicht da!“) Herr Kollege Trampusch, als ich vor ein paar Monaten begonnen habe zu sagen, okay, machen wir mit der Solidarität ernst, beginnen wir oben, sagen wir jenen, die eine Million oder mehr im Jahr verdienen, sie sollen einhalb Prozent ihres Bruttoeinkommens abgeben, da haben wir 4 Milliarden in zwei Jahren, damit saniere ich kein Budget, aber es ist ein Zeichen der Solidarität gesetzt, damit ich von der Mitte und unten, wenn es ernst wird, auch etwas verlangen kann, da hat mir die Unterstützung der Gewerkschaft gefehlt. Da hat mir die Unterstützung der Sozialisten gefehlt. Was wollen Sie von Sozialabbau reden? Wir müssen doch irgendwann anfangen, die Probleme ernst zu nehmen, und irgendwann beginnen, sie zu lösen, indem wir eigene Vorschläge hier debattieren, beschließen und auch durchsetzen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) Ich sage Ihnen zum Schluß nur eines: (Abg. Dörflinger: „Wo sind die Vorschläge?“) Ich habe Ihnen gerade drei genannt. Ich habe immer geglaubt, Sie sehen nichts. Sie hören auch nichts. (Abg. Dörflinger: „Bei den Primärärzten war es Klassenkampf!“)

Darf ich Ihnen daher zum Schluß nur eines sagen: Ich schätze den Herrn Landesrat Ressel durchaus, und ich bin überzeugt, er wird irgendwann lernen, ein Budget zu machen. Bis jetzt waren die drei, die er gemacht hat, nicht die, die wir uns vorstellen. (Abg. Dörflinger: „Wenn ihr ihn laßt, dann schon!“ – Abg. Dr. Maitz: „Wenn der Schachner ihn läßt, dann schon!“) – Abg. Trampusch: „Laßt es ihn machen!“) Herr Kollege Trampusch, ich erinnere mich gut, und wissen Sie, ich bin kein Akademiker und vertrage es, wenn man mich belehrt, als der Landesrat Ressel hier mit der Kuglermaschine gestanden ist. Da habe ich mir

gedacht, das ist relativ protzig, wenn der uns sagt, schieben wir zwei blaue hin, schieben wir drei rote dazu – ergibt vier schwarze weniger. Ha, ha, ha, das ist unser Budget. Na gut, habe ich mir gedacht, einmal geht es, aber was macht er das nächste Mal? Er hat uns die Grundrechnungsarten beigebracht. Er hat uns hier belehrt und 56 Freunde, eins und eins ist zwei. Jetzt muß er aber zur Kenntnis nehmen, daß sein Budget ein Fleck ist – ein Fünfer. (Abg. Trampusch: „Jetzt brauchen wir einen Ausschuß, um das festzustellen!“) Er muß jetzt, nachdem wir im Landtag Rahmenrichtlinien beschließen werden, und hat die Möglichkeit, die Schularbeit zu wiederholen. Wir werden im März oder April festzustellen haben, ob wir ihm ein Genügend geben, kommt er durch oder ist das nicht der Fall. Denn eines, meine Damen und Herren, und das diskutiere ich gerade mit meiner kleinen Tochter zu Hause, muß ich schon sagen: Auf Dauer, und das ist ja eine Binsenweisheit, und das sollten auch der Finanzreferent und andere Regierungsmitglieder aus der linken Reichshälfte irgendwann einmal begreifen, kann ich nicht zwei Schillinge ausgeben, wenn ich nur einen habe, wenn ich nicht mein Kind und das Kindeskind belasten möchte. (Abg. Gennaro: „Mir kommen die Tränen!“ – Abg. Dr. Karisch: „Das ist auch zum Weinen!“) Und um diese Binsenweisheit geht es. Denn, wie manche in der SPÖ, ich pauschaliere nicht, agieren, meine Damen und Herren, wir haben es in der verstaatlichten Industrie und in anderen Bereichen, und das tut mir persönlich weh, gesehen, wohin das führt, erinnert mich doch an Konrad Adenauer, der einmal gesagt hat: „Alles, was die Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, daß sie es von anderen haben wollen“. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP. – 13.45 Uhr.)

**Präsident Dr. Klauser:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

**Abg. Gross (13.45 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu Ihrem Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses auf Rationalisierung der Leistungen des Landes Steiermark habe ich mich an etwas erinnert, nämlich, daß wir anlässlich einer Budgetdebatte, und das ist gar nicht einmal so lange her, nämlich erst im Dezember 1992, unter anderem zur Gruppe 9 folgende Beschlüsse gefaßt haben, und zwar Dreiparteianträge: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, keinerlei Regierungssitzungsbeschlüsse zu fassen und etwa auch Regierungsvorlagen in den Steiermärkischen Landtag einzubringen, die neue finanzielle Ausgaben bewirken, ohne gleichzeitig eine dementsprechende realistische Finanzierung beziehungsweise Bedeckung vorzuschlagen. Und dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Weiters haben wir in dieser Sitzung auch folgenden Dreiparteiantrag angenommen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zukünftig keinerlei außerbudgetäre Finanzierungslösungen vorzuschlagen, wenn nicht gleichzeitig dafür auch eine außerbudgetäre Bedeckung vorhanden ist. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Und wie ist die Landesregierung und sind wir, der Landtag, mit diesen Anträgen umgegangen? Vorlagen

und Anträge haben sich neben neuen Gesetzen abgewechselt. Ich weiß gar nicht, wie viele. Der heute gestellte Antrag, betreffend die Einsetzung eines Rationalisierungs-Ausschusses, hat die Nummer 747/1. Dann kann man sich so ungefähr vorstellen, wie viele Stücke es davor waren. Nicht alle haben Kosten verursacht, aber ich kann mich nur an einzelne Anträge erinnern, aus denen zumindest eine Querdeckung erkennbar oder ersichtlich war. Jetzt, bei der Einbringung des Budgets, kommen auf einmal einige drauf, daß das alles nicht mehr finanzierbar ist? Kollege Schinnerl, zu Gesprächen waren wir immer bereit, nicht nur jetzt. Einer der wenigen, dem diese Anträge ein wirkliches Anliegen waren, war meines Erachtens Landesrat Ressel, denn er hat, und er hat es selbst zitiert, im Sitzungsantrag vom 20. März 1993, betreffend die Richtlinien für die Erstellung des ersten Entwurfes zum Landesvoranschlag 1994, unter anderem festhalten lassen, daß die Landesfinanzabteilung aufgefordert wird, alle unbegründeten, über die Festlegungen hinausgehenden Voranschlagswünsche im Zuge der Bemühungen um den Haushaltsausgleich entsprechend den Richtlinien zu kürzen. Dieser Antrag wurde übrigens auch einstimmig angenommen. Abweichend von diesen von der Regierung beschlossenen Budgetrichtlinien waren er und Frau Landeshauptmannstellvertreter Klasnic sich unter anderem über die Finanzierung einer neuen Therme in Blumau einig – ein Mittel zur regionalen Wettbewerbsfähigkeit, wie Landesrat Ressel es formulierte. Gescheitert ist das ganze daran, wie bereits Landesrat Ressel gesagt hat, daß der Herr Landeshauptmann nicht bereit war, aus seinen ihm als zuständigem Gemeindeferenten zustehenden Verfügungsmitteln die nächsten zehn Jahre pro Jahr 1,75 Millionen Schilling für dieses Milliardenprojekt zur Verfügung zu stellen. Der Herr Landeshauptmann, er ist leider nicht mehr da, hat in seiner Erklärung vor dem Steiermärkischen Landtag am 18. Oktober 1991 gesagt, und ich zitiere ihn: „Wir müssen auch für das steirische Grenzland neue Initiativen setzen. Zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur dieses Raumes, der durch die Veränderungen im Osten und im Südosten Europas markant beeinflusst wird.“ Zitatende. Der Herr Landeshauptmann hat damals sogar vorgeschlagen, gemeinsam mit dem Bund und den betroffenen Bundesländern einen „Südostfonds“ zu schaffen. Dann verstehen wir aber wirklich nicht, daß es nicht sein Wille sein kann, mit diesen 1,75 Millionen Schilling einen Beitrag für den dort überaus benachteiligten Arbeitsmarkt zu leisten. Ich möchte noch einmal die Rede des Herrn Landeshauptmannes zitieren: „Es gilt, alles zu unternehmen, um unsere Landeshauptstadt als geistiges, kulturelles, wirtschaftliches, gesellschaftliches und politisches Zentrum im Südosten noch attraktiver zu machen.“ Dann müßte es aber doch ganz in seinem Sinne gewesen sein, daß sich Landesrat Ressel und Frau Landeshauptmannstellvertreter Klasnic im wesentlichen über das wichtige Infrastrukturprojekt „Europahalle“ bei der Grazer Messe einig waren, auf das Wirtschaftstreibende und Kulturinteressenten schon so lange warten. Herr Landesrat Ressel hat als budget-schonende Finanzierung vorgeschlagen, daß die Hälfte des Betrages von 45 Millionen Schilling zusätzlich aus dem Budget und die andere Hälfte aus der

Rücklage des Rundfunk- und Fernsehschillings kommt. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Wir sind uns einig, daß 45 Millionen gebraucht werden. Nur, aus welchem Topf, da war die Einigung nicht da!“) Es gibt aber noch etwas: Auch zeitgemäße Brandschutzeinrichtungen für unser Schloß Eggenberg könnten übrigens aus dieser Rücklage kommen. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Das ist ein anderes Thema!“) Die Entnahme wäre im Sinne gemeinsam gefaßter Regierungsbeschlüsse ohne weiteres möglich, und die Notwendigkeit einer solchen Anlage hat uns ja der Brand in der Wiener Hofburg gezeigt.

Meine Damen und Herren, Kollege Ressel und Frau Landeshauptmannstellvertreter Klasnic waren sich nach wirklich intensiven Verhandlungen auch über die Verwendung von Mitteln aus der Mineralölsteuer für Investitionsmaßnahmen im Straßen- und Schienenverkehr einig. Diese sollten für die Finanzierung von Nahverkehrsprojekten im Bereich von unter anderem – wie Landesrat Ressel bereits ausgeführt hat – Bruck an der Mur, Weiz, Kaindorf, Spielfeld, Bad Radkersburg, Gleisdorf, Rottenmann, Graz verwendet werden. Ganz im Sinne des Ausbaues der Infrastruktur, wie es uns Bundesminister Klima in Deutschlandsberg anlässlich der Präsentation der Süd-Ost-Spange gesagt hat, ein großes Attraktivierungsprogramm des öffentlichen Nahverkehrs inklusive dem Ausbau von Radwegen in der Steiermark und zum Ausbau für das ländliche Wegenetz. Diese Zweckbindung habe ich zwar in Deutschlandsberg nicht von Klima gehört, aber auch dafür. Wobei aber auch für den ländlichen Wegebau nicht nur aus der MÖST Mittel vorgesehen waren, sondern zusätzliche Mittel auch im Voranschlagsentwurf vorgesehen sind. Herr Landesrat Pörtl kennt sicher die Zahlen. Uns ist bewußt, wie wichtig diese Mittel auch angesichts der bevorstehenden EU-Diskussion beziehungsweise des EU-Beitrittes für die Landwirtschaft sind. Ergänzend zu den Budgeterstellungsrichtlinien wurden in Richtung EG denkend zusätzliche Mittel für die Landwirtschaftsförderung, wie zum Beispiel Viehexporte und Biomasseanlagen, im vorliegenden Voranschlagsentwurf vorgeschlagen.

Ebenfalls ergänzend zu den Budgetrichtlinien hat Herr Landesrat Ressel im vorliegenden Entwurf der Landesregierung und dem Landtag vorgeschlagen, zusätzlich 20 Millionen Baukostenzuschüsse für den Bau von Kindergärten vorzusehen. Wenn ich an die Diskussion in den Ausschüssen und im Plenum des Landtages zum sogenannten Kindergartenvolksbegehren denke, dessen Ziel „Jedem Kind sein Kindergartenplatz“ auch vom Landtag – und zwar mit den Stimmen aller Fraktionen – befürwortet wurde, da bin ich dann schon neugierig, was man hier einzusparen gedenkt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal aus der Rede des Herrn Landeshauptmannes vom 18. Oktober 1991 einen Abschnitt zitieren, Sie können es gerne auch im Protokoll nachlesen. Zitat: „Im Interesse der bestmöglichen medizinischen und sozialen Betreuung werden wir verstärkte finanzielle Anstrengungen, insbesondere auch des Bundes, zur Spitalsfinanzierung und Pflegeversicherung einfordern müssen und das steirische Spitalinvestitionsprogramm fortsetzen. Gesundheits-

vorsorge und Hauskrankenpflege sind als besonders zukunftsorientierte und menschliche Formen der Betreuung zu forcieren.“ Ende des Zitates.

Wenn ich unter dieser Prämisse an die Diskussionsbeiträge der letzten Landtagssitzung zu den dringlichen Anfragen denke, dann frage ich mich, wie paßt denn das alles zusammen? In den Verhandlungen zum Budget 1994 hat die SPÖ eingefordert: Keine Kürzungen im Sozialbereich, keine bei der gesundheitlichen Versorgung sowie bei den arbeitsplatzrelevanten Ausgaben und auch bei der Landwirtschaft. In einer Zeit, wo trotz leichter Verlangsamung nach wie vor ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, auch da sind wir uns heute einig gewesen, und die aktuellen Prognosen der WIFO und der IHS einen Anstieg auf 7 Prozent Arbeitslosigkeit für ganz Österreich für 1993 prognostizieren, die Arbeitslosenquote für 1994 sogar auf 7,5 Prozent steigen soll, muß man – bitte – alle Möglichkeiten von gemeinsamen Förderungsaktionen zur Beschäftigungssicherung, wie sie von Bundeskanzler Dr. Vranitzky, Vizekanzler Busek, Dr. Josef Krainer und Landeshauptmannstellvertreter Dr. Peter Schachner vereinbart wurden, ausnützen und nützen. Im dritten Quartal 1993 war die Beschäftigung in fünf der neun Bundesländer rückläufig. Die stärksten Beschäftigungsrückgänge sind dabei in Oberösterreich, aber dann kommt schon unsere Steiermark, in der es im dritten Quartal 1993 eine Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent gab. Das sind auf jeden Fall um rund 130.000 Arbeitslose zuviel. Daher ist es auch so wichtig, daß die zusätzlich vorgesehenen Mittel für diverse Beschäftigungsprogramme, wie das Frauenbeschäftigungsprogramm für arbeitslose Frauen, die bereits länger als zwölf Monate arbeitslos sind, sowie für Wiedereinsteigerinnen, das Jugend-Beschäftigungsprogramm, die Start-II-Aktion, der Bildungsscheck und anderes mehr, finanziell gesichert werden.

Im Bereich Soziales stehen Tagesmutterprojekte, die sozialökonomischen Projekte und vor allem die Finanzierung des Grazer Frauenhauses, die mir einfach ein inneres Anliegen sind, um nur einige zu nennen, die im Falle eines Budgetprovisoriums gefährdet wären.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe noch immer, daß angesichts der Probleme in unserer Steiermark, wo rasches Handeln einfach erforderlich ist, alle Kräfte dieses Hauses für diese Probleme mobilisiert werden, und nicht Parteientaktik im Vordergrund stehen darf.

Kollege Schützenhöfer, mein Vater ist auch gekündigt worden, nicht einmal, zweimal. Und nicht aus politischen Gründen, sondern das erste Mal, als er 55 war und es qualifiziertere und jüngere gegeben hat. Das zweite Mal, als er 57 war, weil die Firma abgebaut hat und er einer der letzten war, die in diese Firma gekommen sind.

Soziale Sicherheit, verbunden mit einem Höchstmaß an Beschäftigten, und forcierte Ausbildungsmöglichkeiten sind Ziele, die wir Sozialdemokraten weiterhin anstreben, um einer Zweidrittelgesellschaft eine eindeutige Absage zu erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Korrekturen, Kollege Maitz, Korrekturen ja, aber bitte nicht auf Kosten der weniger Bemittelten, der Arbeitslosen, der Frauen, der Jugend und der weniger

qualifizierten Älteren – auch nicht in einem Rationalisierungs-Ausschuß. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.59 Uhr.)

**Präsident Dr. Klausner:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (13.59 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben den Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion, die derzeitige Budgetsituation dadurch zu bereinigen, daß wir den Budget-Ausschuß als Instrumentarium dafür verwenden, das Budget 1994 Position für Position durchzugehen, um dort die notwendigen Einsparungen zu treffen. Und ich kann Ihnen sagen, nein danke. Ich sage Ihnen auch, warum nein danke, Herr Kollege Flecker.

Wir haben uns zwei Jahre lang bemüht, in diesem Finanz-Ausschuß nur einen Finger breit an diesem Budget zu ändern, und sind an der Mauer Flecker immer wieder beinhardt zurückgeschneilt. Und gerade derselbe Flecker steht hier mit Unschuldsmiene wie ein Lämmchen da und sagt, dann werden wir das alles durchgehen, und dann werden wir das Budget schon hinkriegen. Schnecken, meine Damen und Herren, weil wir wissen, welcher Geist in diesem Manne steckt. Er ist ein Regierungsvertreter, und das bleibt er. (Abg. Trampusch: „Die Rechnung stimmt nicht. ÖVP und FPÖ haben die Mehrheit!“) Die Rechnung stimmt, Kollege Trampusch. Du gehörst auch mit zu diesen Verhinderern. Ich bedaure es. Eins und eins ist zwei, auch bei uns. Nur, ihr habt es noch nicht ganz verstanden. (Beifall bei der FPÖ.)

Kollege Trampusch, ich habe mit Bewunderung einmal in diesem Hause deinen Aufschrei der – ich möchte nicht sagen – geknechteten Kreatur, ich meine das jetzt sinnbildlich, deinen Aufschrei, jetzt dürfen wir endlich etwas sagen, nachdem dich die ÖVP so gepiesackt hat, gesehen und mir gedacht, klass, da ist jetzt jemand, der bereit ist, endlich einmal die Käfigtüren aufzumachen, auszuputzen und neuen, frischen Wind hineinzubringen. Leider Gottes muß ich feststellen, daß ihr in den zwei Jahren zu den Strukturbehauern geworden seid und nur in sehr beschränktem Ausmaß bereit seid, Änderungen durchzuführen. (Abg. Trampusch: „Ich schätze dich sehr. Jetzt sind wir aus dem Käfig draußen, und ihr seid mit der ÖVP drinnen!“) Ich werde dir etwas sagen: Wir haben in dem Käfig momentan nicht Platz. Jetzt möchte ich einen Schritt weitergehen, und ich werde alles dafür tun, daß ich in keinen Käfig hinein muß, weder in den einen noch in den anderen. Und ich sage euch noch etwas, liebe Freunde von der sozialdemokratischen Fraktion: Solange wir erreichbar waren und solange man gesagt hat, da können wir auch etwas durchsetzen, hat es überhaupt keine Probleme gegeben. Jetzt, wo euch die Felle ein bißchen davonschwimmen, nicht einmal euch, sondern wo der Herr Landeshauptmannstellvertreter glaubt, daß seine Chancen, Landeshauptmann zu werden, auf den Nullpunkt gesunken sind, und das ist ja das Grundübel der Nation hier in diesem Lande (Beifall bei der ÖVP.), zu dem Zeitpunkt habt ihr ein bißchen umgedreht – ist verständlich, und dies nehme ich zur Kenntnis. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Durchgedreht!“) Das kann ich nicht beurteilen, denn soweit bin ich noch nicht.

Ich möchte aber noch etwas anderes sagen, weil der Kollege Dörflinger gerade zurückgekommen ist, was mich auch freut, etwas ganz Besonderes: Die Art und Weise, wie man hier gesundheitsgeschädigte Kinder politisch ins Spiel bringt, ist eine üble Sache, Kollege Dörflinger, ich bin noch lange nicht fertig, und Zusammenhänge herstellt zwischen einem Budget und der Versorgung oder Gesundung oder Pflege dieser Kinder, halte ich für verabscheuungswürdig. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Und ich stehe nicht an zu sagen, daß wir eigentlich immer davon ausgegangen sind, daß ein Dörflinger, der ein gewisses Engagement im Spitalsbereich immer bekundet hat, sicherlich im Hinblick darauf, daß der Herr Landesrat Strenitz ja auch innerparteilich irgendwann einmal abzulösen sein wird, was man jetzt wahrscheinlich einzementiert hat, Herr Landesrat, Sie können sich also sicherlich auch bei uns bedanken – politisch, daß derjenige zumindest nicht diese Art der Medizin versteht. (Abg. Trampusch: „Solange das eure größte Sorge ist!“) Meine Sorge ist das nicht, ich sage es nur, ich habe damit keine Probleme, und es betrifft mich auch nicht, daß ich aus Ihrem Munde eine derartige Junktimmierung nicht erwartet habe. Ich bin durchaus der Meinung, daß man politisch anderer Ansicht sein kann und das auch mit aller zu Gebote stehenden Form, einmal heftiger, einmal weniger heftig, aber doch sagen kann, deutlich nuanciert, auch mit der nötigen Schärfe. Aber Untergriffe in die tiefste Lade der Polemik habe ich eigentlich bis dato immer nur vom Kollegen Flecker gehört, und es beunruhigt mich daher, daß Sie auch in diese Linie hineinschlagen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Flecker: „Man muß halt Verantwortung tragen!“) Herr Kollege Flecker, Sie sind ein eigenes Thema. Mir ist es lieber, wenn Sie gar nicht da sind, denn dann brauche ich gar nicht darauf eingehen. Ich habe ja eine politische Erfahrung, denn die Situation ist so, daß der Kollege Flecker soeben Bezirksobmann in meinem Bezirk geworden ist, was mir einen ungeheuren Zuwachs an Stimmen bringen wird. Ich kann mich also nicht beklagen.

Aber nun zurück zum Thema: Herr Landesrat Strenitz, ich glaube für mich in Anspruch nehmen zu können, daß ich mir bis zum heutigen Tag redlich Mühe gegeben habe, sowohl in den Parteienverhandlungen als auch in dem Hickhack um Ihre ins Schußfeld geratene Person, mich sehr zurückgehalten habe, bedaure aber außerordentlich, Ihnen mitteilen zu müssen, daß ich unter der Argumentationslage, wie sie nun von den Sozialdemokraten hier von dieser Plattform aus gebracht wurde, kein Interesse daran habe, Ihre Wünsche und Vorstellungen, die Sie uns immer mit dem nötigen Maß an Überzeugungskraft und mit dem Versuch, für Ihre Institution etwas zu tun, ein bißchen auf Sparflamme stellen werde, weil wir jetzt andere Aufgaben haben werden. Wir haben nämlich in Zukunft die Aufgabe, in einem Rationalisierungsausschuß alle Maßnahmen zu durchforsten. Und es freut mich, daß der Kollege Korp es geschafft hat, das Wort „rationalisieren“ so klar zu definieren. Ich weiß nicht, aus welchem Buch er es herausgenommen hat. Ich habe es bei Engels nicht gefunden, ich habe es bei Marx nicht gefunden, und im Duden steht etwas anderes drinnen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Trampusch: „Wir haben ein paar, die kennen mehr als drei

Bücher!“) Ich gebe zu, daß meine Leseerfahrung mit den linken Journalistenschreibern und sonstigen Personen etwas beschränkt ist, und gebe dieses Manko hier öffentlich zu. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du hast den Trotzki nicht gelesen!“)

Ich möchte aber zum Schluß eines sagen: Wir werden in diesem Rationalisierungsausschuß alle Maßnahmen, die dieses Land finanziell getroffen hat, sei es durch Gesetz, sei es durch Verordnung, sei es wodurch immer, alle Punkte, Schritt für Schritt durchforsten. Und wir werden in der Zwischenzeit mit einem Budgetprovisorium das Land weiter und die Institutionen des Landes und alles andere, was aus diesem reichen Fundus in den vergangenen Jahren füllhornmäßig ausgeschüttet wurde, von der linken Reichshälfte genauso wie von der Volkspartei, sehr intensiv prüfen und Maßnahmen aufzeigen.

Eines kann ich euch aber sagen: So intensiv, wie die Sozialdemokratie auf das Geschehen der Finanzkraft unseres Landes und vor allem unseres gesamten Österreichs eingegriffen hat, das möchte ich mir in Zukunft ersparen, weil wenn wir beispielsweise die 130 Milliarden, die wir sinnlos in die verstaatlichte Industrie hineinrationalisiert haben, betrachten und damit erkennen müssen, daß wir jetzt die Hälfte weniger Arbeitsplätze haben, so sinnlos werden wir es sicherlich nicht tun. Wir werden es mit Maß und Ziel tun, um einen Schlüssel zu finden, der Strukturen verändert, neue Wege geht. Es werden sicherlich auch einige zum Handkuß kommen. Das ist mir ganz klar. Aber es wird notwendig sein, Veränderungen herbeizuführen, damit wir uns dem Fiasko, dem wir entgegensteuern, wo wir dann nämlich gar nichts mehr zahlen können, vorab zu entziehen haben. Und dazu dient dieser Rationalisierungsausschuß. In diesem seid ihr natürlich herzlichst eingeladen mitzuarbeiten, selbst auf die Gefahr hin, daß der eine oder andere polemische Kinderschreck, Kohlenklau oder was immer ihr sonst noch in petto habt, auf uns zukommen wird. Danke. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 14.08 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Kollege Dörflinger gemeldet. Bevor ich ihm das Wort erteile, darf ich mitteilen, daß wir uns auf Grund der letzten Sitzung heute in der Präsidialkonferenz über die Handhabung der Frage der tatsächlichen Berichtigungen unterhalten und übereinstimmend festgestellt haben, daß tatsächliche Berichtigungen sich auf Behauptungen beziehen müssen, die von einem Vorredner aufgestellt wurden, und daß wir im Steiermärkischen Landtag die Geschäftsordnung des Nationalrates anwenden, die lautet: Eine tatsächliche Berichtigung hat mit der Wiedergabe der zu berichtenden Behauptung zu beginnen und hat dieser Behauptung dann einen berichtenden Sachverhalt gegenüberzustellen. In diesem Sinne erteile ich dem Kollegen Dörflinger das Wort.

**Abg. Dörflinger (14.09 Uhr):** Ich bedanke mich für die Lernfähigkeit auch des Präsidenten. (Präsident Mag. Rader: „Verehrter Herr Kollege Dörflinger, das ist genau diese Vorgangsweise, die ich in der letzten Sitzung angewendet habe!“)

Der Herr Klubobmann Vesko, den ich persönlich sehr schätze und das nach seiner Wortmeldung

genauso tue, hat mir vorgeworfen, ich hätte – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist keine tatsächliche Berichtigung!“) Kann sich ein Regierungsmitglied auch zu einer tatsächlichen Berichtigung melden? Dann würde ich vorschlagen, daß der Herr Landesrat Schmid sich dazu meldet. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wer hat es denn hineingebracht?“) Nicht ich habe krebskranke oder sonstige Kinder hineingebracht, und ich sage eine sehr persönliche Bemerkung dazu. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wer sonst?“) Sie haben mit dem Herrn Landesrat Schmid unten getratscht und offensichtlich nicht gehört, was ich gesagt habe. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Ich tratsche zwar gern, aber das war nicht ich!“) Also ich sage jetzt ein sehr persönliches Wort. Ich habe persönlich Erfahrungen gemacht in meinem engsten persönlichen Kreis mit dem Krankenhaus. Ich würde das nie in eine politische Debatte hineinwerfen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Warum tun Sie das?“) Dann lassen Sie es mich sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Sie haben es hineingebracht!“) Nicht ich habe das hineingebracht, sondern ich habe versucht, was dann unter den tosenden Zwischenrufen Ihrer Fraktion und der ÖVP-Fraktion untergegangen ist, einen Leserbrief vorzulesen, der von vier sehr ehrenwerten, sehr angesehenen, sehr engagierten und hochqualifizierten Medizinerinnen an die „Kleine Zeitung“ und an die „Neue Zeit“ geschrieben wurde, der dort auch veröffentlicht wurde, und ich habe diesen Leserbrief als einen Anlaß dafür genommen, um zu sagen, überlegen wir uns, ob wir ein Provisorium machen oder ob wir das Punkt für Punkt durchgehen, um die Besorgnis der Leute zu zerstreuen. Und ich lese Ihnen den Leserbrief vor, damit ist die tatsächliche Berichtigung beendet. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ist das eine Berichtigung?“) Nein, das ist mein Recht, und das sollen Sie auch hören.

Als letzte medizinische Instanz für schwerstkranke Früh- und Neugeborene, für Kinder mit Tumoren und Leukämie, für Kinder und Jugendliche mit Herzfehlern, Lungenerkrankungen und Mokokvisidose betrachten wir den Beschluß des Steiermärkischen Landtages, betreffend die weitere Vorgangsweise und die damit geplante Unterbrechung des Projektes „LKH 2000“ – (Abg. Dr. Maitz: „Sie haben dafür gesorgt, daß diese Briefe geschrieben wurden!“) hören Sie zu! – mit größter Besorgnis. Die bauliche Adaption soll die zur Zeit bestehenden unvermeidbaren Infektionsrisiken beseitigen, Raum für großzügigere Mitaufnahmen von Müttern schaffen sowie Platz für dringend notwendige medizinische Neuentwicklungen bereitstellen.

Jede nochmalige Überprüfung des Bauvorhabens durch externe Gutachter kann nur eine Bauverzögerung (Abg. Dr. Maitz: „Wie lange gibt es diesen Zustand bereits?“) sowie Verlust von Steuergeldern an ausländische Gutachter bedeuten. Die derzeit bestehende Dimension des Projektes mit allen geplanten Detaillösungen an der Kinderklinik wurde in mühevollen Verhandlungen zwischen den leitenden Ärzten der Klinik und den Vertretern der Technischen Direktion der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. erarbeitet. Von seiten der Technischen Direktion wurden dabei die Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit dermaßen konsequent vertreten, daß es zwischen dieser und den Ärzten der Klinik wiederholt zu vertieften Diskussionen um Baulösungen gekommen ist.

(Präsident Mag. Rader: „Herr Kollege Dörflinger, ich kann mich nicht erinnern, daß der Herr Kollege Vesko eine diesbezügliche Bemerkung zu diesem Thema gemacht hat. Die Berichtigung, daß du das nicht gesagt hast, scheint angebracht. Wir haben auch in der Präsidialkonferenz übereinstimmend festgestellt, keinesfalls kann eine tatsächliche Berichtigung dazu verwendet werden, um zu einer zusätzlichen Wortmeldung zu kommen. Das scheint jetzt der Fall zu sein. Wir nehmen zur Kenntnis, daß du die Frage der schwerkranken Kinder nicht in die Debatte gebracht hast, das Haus hat etwas Falsches gehört!“) Okay. (14.14 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Strenitz.

**Landesrat Dr. Strenitz (14.14 Uhr):** Meine verehrten Damen und Herren!

Es hat in den vergangenen Minuten sehr heftige Diskussionen gegeben, auch emotional. Ich möchte vorweg mit aller Klarheit und Deutlichkeit feststellen, daß niemand irgendjemandem den Vorwurf macht oder gemacht hätte, es wäre irgendjemand böswilligerweise dabei, krebskranke Kinder sterben zu lassen. Niemand tut das. Ich bitte Sie aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ein paar Minuten zuzuhören, weil ich Ihnen mit den Worten und mit dem Beschluß des Vorstandes der KAGES, nicht mit meinen Worten, sondern mit den Worten und mit der Beschlußfassung der KAGES vom vorvergangenen Montag die Folgen des Budgetprovisoriums schildern möchte. Der Vorstand hat sich an diesem Montag bis nach Mitternacht mit den neuen Gegebenheiten auseinandergesetzt und schreibt folgendes: Ich nenne zunächst die Summe der notwendigen Einsparpositionen auf Grund des Budgetprovisoriums. Im investiven Bereich 611 Millionen minus, wobei darin allerdings nur 240 Millionen KAGES-Mittel stecken, der Rest auf Grund des bekannten Finanzmix Bundesgelder, KRAZAF-Gelder, Personalbereich: minus 170 Millionen, medizinischer Bereich, sprich Medikamente, minus 40 Millionen, Instandhaltungen minus 10 Millionen. Und ich bitte noch einmal um Aufmerksamkeit dafür, das sind nicht meine Worte, sondern das ist der Beschluß des Vorstandes der KAGES auf Grund der neuen Situation. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Können wir das schriftlich haben?“) Jetzt erlauben Sie mir, die Maßnahmen im einzelnen zu schildern. Es ist eine sehr lange Liste, und ich nenne nur die größten Positionen. Es heißt: Im Bereich der medizinischen Investitionen wird im kommenden Jahr einschließlich der Universitätskliniken kein einziges neues medizinisches Gerät oder Verfahren installiert werden können, immer unter der Voraussetzung Budgetprovisorium. (Abg. Dr. Frizberg: „Das ist schon wieder dieselbe Tour!“) Ich fahre fort: Im Bereich der Universitätsklinik für Radiologie: Sanierung der ersten Etappe des Erdgeschoßes mit den Folgen, wenn die zum Teil überalteten Geräte ohne entsprechende bauliche Sanierung ausgetauscht werden müßten, würde das schlussendlich zu einem verlorenen Aufwand infolge Doppelinstallation kommen. Ferner Universitätsfrauenklinik: erste Baustappe, Aussiedelung des Labors als Vorbereitungs-

maßnahme für den Neubau des Entbindungs- und Operationsbereiches. Es heißt hier wörtlich: „Insbesondere der Entbindungs- und Kreißsaal der Universitäts-Frauenklinik befindet sich in einem Zustand, der einer modernen und patientenorientierten Geburtshilfe Hohn spricht. Es gibt Hygiene-probleme, und es sind jährlich – (Abg. Dr. Karisch: „Warum?“) Weil wir die Gelder von Ihnen nicht bekommen. (Abg. Dr. Maitz: „Dieselbe Summe wie 1993!“) Nein, es hat auch der Herr Landesrat Ressel sehr richtig gesagt, es fehlen die 230 Millionen Rückstellungsgarantie für die Abfertigungen, und es fehlen die 300 Millionen Kreditemächtigung, die dem Land insgesamt keinen Schilling kosten. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist die gleiche Farce, die Sie das letzte Mal gebracht haben!“) Aber lassen Sie mich bitte weiterlesen, denn es ist das Sparprogramm auf Grund Ihres Beschlusses. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist genau diese Panikmache!“) Dermatologische Universitätsklinik: Errichtung eines OP-Saales, Augenklinik: erste Baustufe: OP-Saal. Universitätskinderklinik: Sanierung und Zubau. Das ist – (Unverständlicher Zwischenruf.) Sie verwechseln einen Beschluß des Vorstandes. (Präsident Mag. Rader: „Meine Damen und Herren, ich bitte, den Herrn Landesrat ausreden zu lassen. Allerdings erlaube ich mir die Anmerkung, daß der Tagesordnungspunkt lautet: Einsetzung eines Rationalisierungs-Ausschusses, und nicht vorweggenommene Budgetdebatte!“) Dann frage ich aber, geschätzter Herr Präsident, warum die anderen Damen und Herren über die Spitäler in einer solchen intensiven Weise gesprochen haben. (Abg. Dr. Karisch: „Mit den krebserkrankten Kindern haben wir nicht begonnen!“) Ich lese Ihnen zu Ihrer geschätzten Information – nochmals gesagt – den Beschluß des Vorstandes vor. Die Herren Direktoren Fankhauser, Cesnik und Thanner gehören mit Sicherheit nicht unserer Partei, sondern Ihrer Partei an. (Abg. Dr. Maitz: „Das sind die gezielten Aktionen. Solche Lügen werden ins ganze Land geschickt!“ – Abg. Grillitsch: „Er kann seine Unfähigkeit darstellen!“) Ich fahre fort. Folgen dieser Bremsspur: Universitätskinderklinik: Sanierung und Zubau, das sind jene Teile, auf die sich der Leserbrief dieser vier Professoren bezogen hat. (Abg. Dr. Maitz: „Die man vorher falsch informiert hat!“) Ferner Universitätsklinik für Psychiatrie: Sanierung des Objektes Lungenabteilung als künftige Heimstatt der Psychiatrie. Sie wissen, daß es seit kurzem zwei Kliniken gibt, die in einem Gebäude mit einer extremen Engpaßsituation untergebracht sind. Ferner fallen diesem Kürzungsprogramm zum Opfer: die Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten, Umbau des Infektionsgebäudes, denn dorthin sollte die HNO mit ihrer derzeit kaum noch tolerierbaren Raumsituation umziehen. Ich füge hinzu – und auch das sind die Worte des Vorstandes –, daß Sie hier insgesamt fünf Kliniken schaden. Sie schaden fünf Kliniken, weil im Zuge eines großen Ringtausches Kinderklinik, Psychiatrie, Strahlentherapie, Neurologie, HNO und 4. Med Verbesserungen erhalten würden. (Abg. Dr. Maitz: „Jetzt bricht die Welt zusammen. Was habt ihr 20 Jahre lang gemacht?“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „40 Jahre SPÖ-Spitalspolitik!“) Ich lasse einzelne Bereiche aus und komme noch auf periphere Häuser zu sprechen. (Abg. Grillitsch: „Reden Sie zum Thema!“) Nach dem

Beschluß des Vorstandes leiden unter Ihrem schwarzblauen Sparstift folgende Bauvorhaben: Landeskrankenhaus Bad Aussee, Sanierung der Sonderklasse und der Sanitäranlagen der allgemeinen Klasse; Landeskrankenhaus Feldbach, Radiologisches Institut inklusive Computertomographie; Landeskrankenhaus Judenburg, Zubau – beinhaltend den Gyn-OP-Bereich, Sonderklassebereich für die Abteilung für Chirurgie und innere Medizin (Abg. Dr. Maitz: „Ein Zehnjahresprogramm können Sie vorlesen. Das ist alles unwahr!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „40 Jahre alles verfallen lassen – 40 Jahre SPÖ-Arbeit!“), LKH Wagna – Sanierung der Männerstation allgemeine Klasse; LKH Hörgas – Errichtung eines Werkstättengebäudes sowie Sanierung der Zufahrtsstraße inklusive Bushaltestelle; LNKH Graz – Sanierung des E-Gebäudes; LKH Stolzalpe, operatives Zentrum Haus 1. Und gerade daran müßten Sie interessiert sein. (Abg. Dr. Maitz: „Kein Wort wahr!“ – Abg. Grillitsch: „Ist das zur Tagesordnung?“) Es ist die Verlesung dessen, was der Vorstand der KAGES auf Grund Ihres Sparstiftes planen muß. Gerade an der Stolzalpe, Kollege Bacher, sollten Sie interessiert sein. Es sind diese Bereiche auf zwei Häuser aufgeteilt, und sie sollten in einem funktionell zusammengefaßt werden. (Präsident Mag. Rader: „Meine verehrten Damen und Herren! Ich darf feststellen, daß um 13.05 Uhr, weil anscheinend eine Unklarheit besteht, wo wir uns jetzt im Moment befinden, der Herr Kollege Präsident Dr. Klausner mitgeteilt hat, daß wir zum Tagesordnungspunkt 2. kommen, nämlich die Einsetzung eines Rationalisierungs-Ausschusses, und die Debatte über den Tagesordnungspunkt 1. bereits beendet ist. Ich würde vorschlagen, daß wir den Herrn Landesrat Strenitz selbstverständlich ausreden lassen, aber ich bitte, daß wir uns auf den Tagesordnungspunkt beschränken!“)

Der Beschluß des Vorstandes umfaßt einige weitere kleinere Projekte, wie zum Beispiel in den Häusern Leoben, Eisenerz, Feldbach, Knittelfeld, Mariazell, Wagna und LNKH. Er umfaßt die Personalwohnhäuser in Graz, Leoben und Hartberg, die nicht in Angriff genommen werden können. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist die Horrorvision, die ihr verbreitet!“) Er umfaßt den Ankauf eines neuen Objektes zur Unterbringung des Kriseninterventionszentrums und verschiedene weitere Wirtschaftsinvestitionen. Meine Damen und Herren, ich sage nochmals: Das ist weder mein Beschluß noch meine Interpretation, sondern das ist der Beschluß des Vorstandes auf Grund Ihres blaueschwarzen Sparstiftes. (Abg. Dr. Maitz: „Von Ihnen verursacht. Angst und Schrecken verbreiten!“) Ich sage noch etwas dazu, meine Damen und Herren, es geht nicht um meine Wünsche, es geht um den Anspruch der Steirerinnen und Steirer. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „40 Jahre haben die Steirer unter euch gelitten!“) Und das ist auch nicht die Position der steirischen Sozialdemokratie. Die steirische Sozialdemokratie strebt (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das hast du schon in der vorigen Woche gesagt!“) hier ein weiteres positives Voranschreiten im Interesse der steirischen Patienten an. (Beifall bei der SPÖ. – 14.25 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Wir kehren zurück zum Tagesordnungspunkt 2. Es handelt sich um die Einsetzung des Rationalisierungs-Ausschusses. Ich nehme

an, daß der Herr Landesrat all diese Unterlagen dem Ausschuß zur Verfügung stellen wird und wir dort darüber reden werden.

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

**Abg. Vollmann** (14.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich werde weder einen Semmeringtunnel bauen, noch werde ich mich in dieses – verzeihen Sie mir – Theater, das heute hier zum Teil aufgeführt wird, einmischen. Mich hat eigentlich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer veranlaßt, weil wir anscheinend etwas gemeinsam haben: Väter, die in den dreißiger Jahren arbeitslos waren, die Problematik der Arbeitslosigkeit damals kennengelernt haben. Ich gehe auch auf seinen Inhalt der Wortmeldung in weiterer Folge nicht ein, weil er diese Rede schon vor dem Forum der Arbeiterkammer gehalten hat – inhaltlich – und es ja bekannt ist, was er gesagt hat. Aber was mich dazu veranlaßt hat, ist eigentlich, daß ich im vergangenen Jahr, als meine Mutter verstorben ist, in meinem Geburtsbuch, das es damals noch gegeben hat, einen sehr vergilbten Zettel gefunden habe, wo handgeschrieben ein Gedicht des Begleiters meines Vaters, wie sie von Hof zu Hof gegangen sind und dort gearbeitet haben, gefunden habe, und zwar in Neumarkt in der Steiermark, geschrieben am 7. Oktober 1930 von einem Willi Beimrohr. Ich bin gerne bereit, das Original auch vorzulegen, so es nicht geglaubt wird. Es heißt: „Arbeiterlos“. „Wie schön, wie herrlich ist die Welt, so lieblich anzuschauen. In Berg und Tal, in Flur und Feld kann sich der Mensch erbauen. Doch aber ach was hat denn nur ein Arbeitsmann von der Natur? Von Jugend an ins Arbeitsjoch gespannt, hat weder Freude er noch Lust gekannt. Nur fleißig rackern, das ist seine Pflicht. Nur Pflicht auf Pflicht, denn Rechte kennt er nicht. Muß täglich ringen um das liebe Brot, und als Begleiter kennt er nur die Not. Bis sich auf ewig schließt sein bleicher Mund, so geht ein Arbeitsmann zugrund. Mein lieber Mann, sie sind zu alt. Wir brauchen junge Kräfte, so sagt man eines Tags zu ihm. Jagt ihn aus dem Geschäfte. Nun wandert er, grad wie ein Hund. Vom Hof jagt man den Vagabund. Und trostlos muß er seiner Wege zieh'n, nicht Mitleid und Erbarmen schenkt man ihm. Ins Arbeitshaus, da sperrt man ihn hinein, er soll ein arbeitsscheuer Stromer sein. Und die, die ihn zuerst soweit gebracht, von denen wird er nun verhöhnt, verlacht. Bis hinter'n Zaun, er stirbt grad wie ein Hund, so geht ein Arbeitsmann zugrund. Die Spindel schnurrt, es saust das Rad, nicht rasten die Maschinen. Von morgens früh bis abends spät muß er dem Geldsack dienen. Und ist er auch vom Schlaf ganz blind, zuhaus da hungern Weib und Kind. Und rastlos strengt er seine Kräfte an, damit er sich noch wach erhalten kann. Da plötzlich tönt ein herzerreißend Schrei, die Kameraden eilten schnell herbei. Zerrissen und zerschunden liegt er da, er kam den Rädern der Maschin' zu nah. Ein leises Flüstern geht von Mund zu Mund, so geht ein Arbeitsmann zugrund.“

Meine Damen und Herren, warum ich dieses Gedicht vorgelesen habe, das mich innerlich sehr berührt hat, und verstehen Sie mich nicht falsch, ist, weil ich glaube, daß wir noch immer nicht begreifen,

wie nahe wir den Problemen dieser Zeit sind – 40 Millionen Arbeitslose. Und, meine Damen und Herren, wünschen wir uns alle gemeinsam, ganz gleich, auf welcher Seite des Zaunes wir stehen, nicht, daß diese Zeiten zurückkommen. Probleme haben wir fürwahr genug. Bitte versuchen wir, diese Probleme mit dem Ernst zu erledigen, den unsere Landsleute, die Steirerinnen und Steirer, von uns erwarten, damit nicht 63 Jahre später hier einer meiner Nachfolger im Landtag steht und ein solches Gedicht vorlesen muß, das sicherlich der Tatsache der damaligen Zeit entspricht. Ich bitte Sie darum, denken wir daran, daß wir hier nicht parteipolitisches Theater zu spielen haben, sondern uns den Problemen des Landes zu widmen haben – mit allem Ernst und ohne gegenseitige Vorwürfe, damit wir diese Probleme erledigen können. Glück auf. (Beifall bei der SPÖ. – 14.28 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Ich darf mitteilen, daß sich die für 14.30 Uhr angesetzten Ausschüsse selbstverständlich entsprechend der Dauer der Landtags-sitzung verschieben. Unmittelbar nach der Landtags-sitzung ist die Konstituierung des Rationalisierungsausschusses, sofern er eingesetzt wird. Die Ausschüsse beginnen dann anschließend.

Nächster am Wort ist der Herr Klubobmann Trampusch.

**Abg. Trampusch** (14.29 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Längerfristige Überlegungen, die sicher gemeinsam anzustellen sind, kann man aber nicht mit einem Kurzzeitgedächtnis erledigen. Ich behaupte das deshalb, weil heute und in den letzten Wochen und Tagen manche so getan haben, als sei das Budget oder seien die Eckdaten zum Budgetentwurf 1994 am 4. November 1993 in der Budgetnacht der Regierung plötzlich ausgebrochen. Das kann ja nicht so sein. Und daher müßten alle, die diese Aufgabe sehr ernst nehmen hier im Hohen Haus und wirklich aus Überzeugung etwas verändern wollen, doch schon längst versucht haben, dort, wo es möglich ist, diese Veränderung anzumelden oder mitzugestalten. Und es ist sicher nicht so, daß jetzt der Vorsitzende des Finanz-Ausschusses das vereitelt hat. Denn ich sage noch einmal, in jedem Ausschuß, also auch im Finanz-Ausschuß, kann selbstverständlich die Mehrheit dieses Ausschusses jederzeit alles einbringen, was kompetenzmäßig dort hingehört, und kann auch jederzeit eine Mehrheitsentscheidung als Ausschußantrag als Empfehlung herbeiführen. Also heute so zu tun, als sei es nicht möglich gewesen, im Finanz-Ausschuß jemals das einzubringen, kann nicht stimmen. Das ist die eine Feststellung.

Die zweite, ich habe im Gegensatz zu einigen meiner Fraktionskollegen größtes Verständnis für die Haltung der FPÖ. Ja, sie kann in ihrer Situation nur gewinnen, wenn sie sozusagen alles in Frage stellt und wenn sie eine andere große Landtagspartei sozusagen – bitte, das nicht wörtlich zu nehmen – in die Pflicht nimmt, nämlich von der Stunde Null zu beginnen, wenn es um längerfristige Budgetgestaltungen geht. Meinen Respekt vor dem taktischen Verhalten der FPÖ. Daher werde ich mich auch nicht mit dem befassen, was Sie heute eingebracht und vorgetragen

haben. Das ist Ihr gutes Recht. Ich wende mich aber eher an die ÖVP, die ja viele Ressorts, und zwar sehr entscheidende Ressorts, besetzt. Denn der Wohnbau ist ziemlich außer Streit, und daher hat die FPÖ kein besonderes Interesse, da an Veränderungen mitzuwirken. Aber bei anderen Ressorts geht es um sehr viele Inhalte, wenn man tatsächlich etwas verändern will. Die FPÖ hat das erkannt und hat sozusagen hier Initiativen ergriffen. Aber ich frage jetzt auf der anderen Seite die ÖVP, wie sie das dann in diesem Rationalisierungs-Ausschuß, der mit Mehrheit beschlossen werden wird, dann handhaben wird. Denn am Anfang hat es geheißt, wir müssen alles durchforsten, wir müssen ganz genau schauen, wo es Einsparpotentiale gibt. Und plötzlich – und ich habe den letzten Antrag hier, der heute eingebracht worden ist – redet man nicht mehr davon, diese konkreten Einsparungspotentiale festzustellen. Da geht es dann nur mehr um langfristige Überlegungen, und es ist interessant, daß sogar in dem Antrag, den ich heute bekommen habe in der Präsidialsitzung, wo über den Erstantrag, nämlich daß ein Ausschuß eingesetzt werden soll, dann heute eine Begründung dazugekommen ist, die sich hier in diesem wesentlichen Punkt unterscheidet, daß man nicht mehr über Details reden möchte in dem Rationalisierungs-Ausschuß, sondern über langfristige Entwicklungen. Und da hat man heute anscheinend noch ein Wort verändert, weil da heißt es: Insbesondere geht es darum – nämlich bei der Arbeit in dem Ausschuß –, das hohe Leistungsniveau des Landes in allen Bereichen abzusichern. Und irgendjemand hat dann zwischen „allen“ und „Bereichen“ noch handschriftlich „wesentlich“ eingetragen. Jetzt weiß ich nicht, gilt das „wesentlich“? (Abg. Dr. Maitz: „Das ist fester Bestandteil und ist beim Schreiben herausgefallen. Es gilt, wie ich es dir damals gegeben habe!“) Das heißt also, man will sich jetzt nur mehr mit den wesentlichen Bereichen befassen, und nicht mehr sozusagen konkret werden. Aber es ist schon sehr entscheidend, denn einen Ausschuß einzusetzen, der für 1994 noch Wesentliches in den großen Dingen verändern kann, bitte, das glaubt doch selbst niemand hier im Hohen Haus. Aber selbstverständlich sind wir alle aufgerufen, langfristige Überlegungen anzustellen und einzubringen. Dazu brauchen wir aber nicht eine Ad-hoc-Konstituierung, weil die Zeit so drängt, denn die Ideen und die großen entscheidenden Vorschläge werden auch nicht jetzt in diesen Tagen neu erfunden. Ich habe nämlich einen anderen Verdacht. Aber ich kann mich auch irren, ich will niemandem was unterstellen. Nun hat die Regierung einstimmig – höre ich – am 22. März 1993 Budgettrichtlinien beschlossen. Und wenn ich heute einigen Rednern hier auf der rechten Seite zugehört habe, geht es in dem Rationalisierungs-Ausschuß primär darum, diese Budgettrichtlinien neu zu erfinden. (Abg. Dr. Maitz: „Ganz etwas anderes!“) Das kann doch bitte nicht die Aufgabe eines solchen Ausschusses sein, das sozusagen jetzt noch einmal nachzuvollziehen oder zu erfinden, was die Regierung schon vor langer Zeit wollte. Da hätten wir inzwischen – wie ich schon gesagt habe – im Finanz-Ausschuß darüber reden können.

Und ein Nächstes. Wenn dieser Ausschuß mit Mehrheit beschlossen wird, den wir in der Zusammensetzung und mit der Zielvorstellung, sage ich noch

einmal, für das Jahr 1994 nicht für zielführend sehen, werden wir mitarbeiten. Es kann und wird uns niemand unterstellen, daß wir die Ausschubarbeit blockieren, auch wenn wir annehmen, daß das in erster Linie kurzfristig als Alibi gedacht ist und vielleicht längerfristig als tatsächliches Arbeitsinstrument. Aber wir werden sehr konkrete Fragen stellen. Wenn Sie auch heute und hier im Hohen Haus nicht bereit waren, konkrete Vorschläge einzubringen, wir werden sehr wohl darauf drängen, daß das in diesem Ausschuß passiert. Und Sie werden uns dort die Fragen beantworten müssen, wo Subventionen zu streichen sind, wörtlich, wo gestrichen wird. Ist es bei der Arbeitsplatzförderung, ist es bei den Kindergärten? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das Batzerl, das für die Arbeitsplatzförderung drinnen ist, werden wir nicht kürzen. Es ist so viel zu wenig!“) Es gibt aber größere Batzerln, Herr Landesrat, eben in der Gesundheitsversorgung, im Sozialbereich, in der Landwirtschaftsförderung. Da werden wir antworten, einfordern und verlangen, und da sind wir schon neugierig, welche konkreten Vorschläge kommen. Und daher, weil wir in den letzten Tagen schon einige Erfahrungen gemacht haben, es ist ein kleines marginales Beispiel, aber der Herr Landesrat Ressel hat es heute erwähnt. Gestern Verhandlung über eine Jagdabgabe für Eigenjagden. In allen anderen Bundesländern mit Ausnahme von Wien und Niederösterreich gibt es das seit vielen Jahren. Nun sagen alle, das steirische Budget ist so schlecht beieinander, und gerade in der Steiermark führt man eine solche Abgabe nicht ein. Daher ganz konkret die Frage an den Rationalisierungs-Ausschuß, der soll jetzt darüber befinden, wieso gerade in der Steiermark diese Jagdabgabe nicht eingeführt wird. Da wollen wir eine Antwort, da brauchen wir keine Parteienverhandlungen führen. Und wir sind auch nicht dagegen, obwohl das öffentlich vielleicht manchmal anders geklungen hat, wenn sich die Steiermark um die Olympiade bewirbt. Nur, dann soll bitte der zuständige Landesrat dem Rationalisierungs-Ausschuß mitteilen, wie wir eine solche Bewerbung um die Olympiade finanzieren. Das ist eine langfristige Weichenstellung, und wir sind neugierig auf die Antworten in diesem Rationalisierungs-Ausschuß. Oder es heißt – ich glaube, der Kollege Frizberg hat das gesagt –, im Sozial- und Flüchtlingsbereich sind wir unflexibel geworden. Die Steiermark, höre ich, ist das einzige Bundesland, das die Flüchtlingsagenden nicht auf der Ebene der Bezirksverwaltungen gelassen hat, sondern in der Rechtsabteilung 2 zusammenfaßt, damit man dort den Personalstand halten kann. Auch das ist eine Frage, wenn man über Rationalisierung redet, wieso die Steiermark hier einen anderen Weg geht, der zweifellos zu einer Verteuerung in der Verwaltung führt. Und so könnte ich jetzt sehr, sehr viele solcher Punkte anführen. Ich will Sie nicht strapazieren. Aber weil wir jetzt schon wissen, daß in diesem Rationalisierungs-Ausschuß nicht jene Anträge gestellt werden von der rechten Seite des Hauses und nicht jene Antworten gefunden werden, die notwendig sind, bringe ich einen Beschlußantrag ein, und ich sage ganz konkret, wieso. Ich bringe einen Beschlußantrag ein, daß dieser Ausschuß medienöffentlich geführt wird. Nun sagen Sie alle, das ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Es stimmt, daß man die Öffentlichkeit nicht generell zulassen

kann, aber es ist erlaubt, und beim Untersuchungsausschuß wird das so gehandhabt, daß sehr wohl die Medienöffentlichkeit da zugelassen wird aus einem sehr einfachen Grund. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, ob jetzt diese ganzen Rationalisierungsvorschläge Sprechblasen sind oder ob konkrete Anträge eingebracht und als solche behandelt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Und in diesem Sinne darf ich folgenden Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Landtages der Abgeordneten Trampusch, Dr. Flecker, Dörflinger, Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend die Abhaltung der Verhandlungen des Rationalisierungsausschusses in medienöffentlicher Form, einbringen. Begründung: Die Beratungen des Budgets 1994 haben ein ungeahnt großes öffentliches Interesse im gesamten Land hervorgerufen.

Falls nun ein Rationalisierungs-Ausschuß eingesetzt werden soll, der strukturelle Grundsätze der Finanzgebarung beziehungsweise der Budgeterstellung vorberaten soll, muß diesem massiven öffentlichen Interesse adäquat Rechnung getragen werden. Es steht vollkommen außer Streit, daß gemäß Paragraph 16 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages Ausschusssitzungen grundsätzlich nicht öffentlich sind. Die antragstellenden Abgeordneten beabsichtigen deshalb auch keine volle Öffentlichkeit dieser Ausschlußverhandlungen, sondern begehren eine sehr beschränkte Öffentlichkeit, nämlich eine spezifische Medienöffentlichkeit, das heißt, daß nur akkreditierte Medienvertreter und -vertreterinnen bei den Sitzungen anwesend sein dürfen. Die Voraussetzungen der Zulässigkeit von Medienvertretern sollen de facto analog zu der beschränkten Öffentlichkeit bei Untersuchungsausschüssen gehandhabt werden. Da die Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nur von der grundsätzlichen Nichtöffentlichkeit ausgeht, gewisse Ausnahmen aber beispielsweise gemäß Paragraph 20 und Paragraph 22 a kennt, ist davon auszugehen, daß es sich bei der näheren Ausgestaltung dieses besonderen Ausschusses nicht um eine Abänderung der Geschäftsordnung im Sinne der Bestimmung des Paragraphen 67 handelt. Ein vollkommener Ausschluß der Öffentlichkeit hätte rechtspolitisch die bedenkliche Folge, daß dem berechtigten Interesse der Öffentlichkeit nicht nur nicht Rechnung getragen würde, sondern daß hier das Vertrauen in die Politik als solche einschneidend erschüttert würde. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Verhandlungen des Rationalisierungsausschusses sind grundsätzlich nicht öffentlich abzuhalten. Im Interesse der Öffentlichkeit sind aber bei den Ausschusssitzungen akkreditierte Medienvertreter und -vertreterinnen zuzulassen.

Zweitens: Der Ausschuß ist berechtigt, mit einer Stimmenmehrheit von zwei Dritteln zu beschließen, welche Tagesordnungspunkte dieser Ausschlußverhandlungen unter Ausschluß dieser beschränkten Medienöffentlichkeit zu behandeln sind.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, diesen Beschlußantrag anzunehmen, darf aber hinzufügen, wenn dieser Beschlußantrag keine Mehrheit findet, stellen wir heute schon fest, unsere Vertreter im Ausschuß werden nach jeder

Sitzung dieses Ausschusses eine Pressekonferenz machen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, wer welche konkreten Anträge stellt. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 14.44 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ebner.

**Abg. Dr. Ebner (14.44 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich gebe dem Kollegen Trampusch, der unmittelbarer Vorredner war, in vielen Dingen recht, insbesondere, daß die Öffentlichkeit natürlich ein Anrecht darauf hat zu erfahren, wie weit und inwieweit Rationalisierungsmaßnahmen gesetzt werden sollen, füge aber hinzu, daß jeder Abgeordnete dieses Hauses, und gerade auch der Klubobmann Trampusch, durchaus immer einen Weg gefunden hat, um die Öffentlichkeit entsprechend zu informieren. Wir wollen aber das nicht gleich so wegwischen. Deshalb darf ich folgenden Beschlußantrag zu diesem Thema hier stellen:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dr. Ebner, Mag. Rader, Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Frizberg, betreffend die Frage der Öffentlichkeit in bezug auf den Rationalisierungsausschuß der Leistungen des Landes Steiermark.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Ausschuß zur Rationalisierung der Leistungen des Landes Steiermark (Rationalisierungsausschuß) wird aufgefordert, die Frage der Information der Medien und der Öffentlichkeit über seine Arbeit unverzüglich zu beraten, soweit dieser Antrag, der, so nehme ich doch an, auch die Zustimmung der SPÖ finden wird. Denn, und ich darf das noch hinzufügen, wie Kollege Trampusch das schon richtig vermerkt hat, so einfach ist es ja denn doch nicht auf Grund der Geschäftsordnung, einen Ausschuß für öffentlich zu erklären. Deshalb auch diese von ihm vorgeschlagene Lösung mit nur „akkreditierten“ Journalisten. Und ich bin der Meinung, daß man dem Rationalisierungsausschuß, der doch ein neuartiges Instrument dieses Landtages ist, nicht gleich so gute Ratschläge auf den Weg geben sollte, sondern der Rationalisierungsausschuß soll gleich selbst einmal darüber befinden, in welcher Form und in welchem Ausmaß die Öffentlichkeit informiert wird. Ich ersuche auch die Vertreter beziehungsweise die Abgeordneten der SPÖ, diesem unserem Antrag die Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei der FPÖ. – 14.46 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg.

**Abg. Dr. Frizberg (14.46 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zwei Worte zu Vorrednern, zuerst einmal Öffentlichkeit im Rationalisierungsausschuß: Ich frage mich jetzt wirklich, glaubt irgendeiner in dem Haus, daß die großen Ausschüsse, wie es auch der Finanz-Ausschuß einer ist, wo wir Hunderte Leute da drinnen sitzen haben, wenn verhandelt wird, das richtige Gremium ist, um wirklich Strukturveränderung zu machen, um

wirklich strukturelle Änderungen zu verhandeln? Glaubt das wirklich irgend ein Mensch? Das ist ja mit ein Grund, weshalb wir den Rationalisierungs-Ausschuß so beschlossen haben, daß er als arbeitsfähiges Gremium tätig werden kann. Eines sage ich auch ganz offen: Unser Antrag zielt auf eine Information der Öffentlichkeit ab. Dazu hat die Öffentlichkeit ein Recht. Aber wenn wir wirklich etwas verhandeln wollen, wenn wir wirklich strukturelle Gespräche führen wollen, dann bitte ich um Verständnis, daß das ein kleines, arbeitsfähiges Gremium sein muß. Bei dem Beschluß, wie er schon vorgetragen wurde, bleiben wir.

Zweitens: Der Herr Klubobmann Trampusch hat gesagt, die ÖVP hat sehr viel Ressortanteil und dergleichen mehr, und warum lassen sie sich auf einen Rationalisierungs-Ausschuß ein? Selbstverständlich weil wir bereit sind, darüber zu reden, wie wir bestmöglich für dieses Land die Leistungen erbringen, weil wir uns aber bei unseren Ressorts auch nicht scheuen brauchen. Offensichtlich müssen Sie sich scheuen davor, daß einmal ernsthaft debattiert wird, wie Sie die Leistungen erbringen.

Und da, muß ich sagen, hat sich heute Herr Landesrat Strenitz etwas erlaubt, was eigentlich an die Grenze des Zumutbaren geht. Die Zumutbarkeit ist schon überschritten worden in der Art und Weise, wie hier Mißbrauch getrieben wurde, wie hier ein Bild vorgezeichnet wurde, als würde die Welt zusammenbrechen und weiß Gott sonst noch was. Aber eindeutig hat hier Landesrat Strenitz über die Stränge geschlagen, wenn er die Behauptung aufgestellt hat, es hätte hier einen Vorstandsbeschuß gegeben, wonach diese minutenlang vorgelesenen Bereiche, alle mit Vorstandsbeschuß sozusagen fixiert, jetzt wegfallen müssen. Herr Landesrat Strenitz, Sie haben hier sehr, sehr unrichtig und an der Wahrheit vorbeigeredet. Es gibt nämlich keinen Vorstandsbeschuß und keinen Brief des Vorstandes, wo dieser sagt, das tritt ein. Es gibt ein „Worst-Case-Szenario“, welche Bereiche man einzeln, aber nicht alle nebeneinander, unter Umständen diskutieren könnte für den Fall, daß man kein Budget zusammenbringt. Und ich sage Ihnen noch etwas: Genau dieser Vorstand hat nicht beschlossen, daß das alles wegfällt (Landesrat Dr. Strenitz: „Der Vorstand wird das am 29. im Aufsichtsrat vorlegen!“), sondern dieser Vorstand hat überlegt, was es alles zu arbeiten gibt.

Herr Landesrat Strenitz, Sie haben hier die Behauptung aufgestellt, es gäbe einen Vorstandsbeschuß, das müßte alles wegfallen. Herr Landesrat Strenitz, das ist die Unwahrheit, und über die Konsequenzen werden Sie sich noch einmal beschäftigen müssen, und dafür werden wir Sorge tragen. (Abg. Dr. Maitz: „Wer hat diese Liste geschickt?“) Und ich sage noch etwas: Sie haben bereits bei den Verhandlungen zum Krankenanstaltenplan auf wiederholtes Befragen an der Wahrheit vorbeigeredet, wenn ich es vorsichtig sagen darf. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist eine bewußte Unwahrheit!“) Ich habe Sie konkret im Ausschuß befragt, was liegt Ihnen an Stellungnahmen vor? Sie haben ausdrücklich gesagt, alle sind da. Sie haben ausdrücklich gesagt, die Stellungnahme der Ärztekammer liegt vor, ist positiv und stimmt dem zu. Auf mein konkretes Nachsetzen haben Sie damals schon zugeben müssen, daß Sie die Unwahrheit gesagt

haben, daß diese Stellungnahme nicht positiv ist und daß noch Gespräche im Gange sind. Es reicht irgendwann, so weit an der Wahrheit vorbeizureden, und dieser Landtag wird sich das auf Dauer nicht gefallen lassen. Das sage ich Ihnen, Herr Landesrat. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Vorstand hat aber ein Papier. Ob es unterschrieben ist oder nicht, das wage ich nicht zu behaupten, weil so kühn wie der Herr Landesrat bin ich nicht. Nur, in diesem Papier hat er dargestellt, Vorschlag Ressel und Budget 1993, und hat selber dargestellt, daß es zu genau demselben Betrag für die Spitäler kommt wie 1993. Zwar ein Nullwachstum, wie es schön dasteht, aber mehr nicht. Der Vorstand muß sich also bewußt sein, welche Milliardenbeträge er jetzt schon zur Verfügung hat allein durch die Tatsache, daß das Budgetprovisorium zustande kommt. In diesem Papier hat der Vorstand aber auch eine andere Seite beleuchtet, und diese Seite der Medaille haben Sie natürlich geflissentlich unterlassen zu zitieren, wenn Sie sich auf Vorstandspapiere beziehen. Und wenn Sie sich schon als Briefträger der KAGES verstehen, darf ich Ihnen vorlesen: Weitere Vorgangsweise, Abwehrlobbyismus weiterer kostentreibender gesetzlicher Vorschriften, für die keine Zusatzfinanzierungen bereitgestellt werden. Kompromißloses Verhandeln über jene Versicherungsbeiträge, die von der Gesellschaft beeinflussbar sind, mit dem Ziel, höhere Ertragssteigerungen zu erhalten. Inkaufnahme auch rechtlicher Streitschlichtungsverfahren. Untersuchung, ob höhere Deckungen aus den von der Gesellschaft nicht beeinflussbaren Einnahmenbestandteilen durch den Eigentümer möglich sind (Gesetzesänderungen). Untersuchung über die rechtliche Möglichkeit eines Ambulanzselbstbehaltes generell beziehungsweise über die Möglichkeit einer Leistungsangebotsbegrenzung bei Überschreiten gedeckter Ambulanzgebühren. Verlagerung auf aufzubauende externe Einrichtungen. (Abg. Gennaro: „Wo bleibt der Ordnungsruf des Präsidenten?“) Ja, Herr Landesrat Strenitz, wo waren Sie denn da bei all diesen Geschichten, wo Sie jetzt vom Vorstand das Papier haben, daß Sie tätig werden sollen? Und schauen wir doch die Zusammenfassung dieses Papiers an, und da wird eines sichtbar, daß nämlich die ganze Tendenz dahinter ist, wie der Herr Landesrat Strenitz diesen Landtag behandelt und wie hier Mißbrauch getrieben wird über sozialistische Manager, die übrigens einen Mißtrauensantrag vom gesamten Klinikvorstand zur Kenntnis genommen haben und auch von einem Herrn Mattetschläger, der dieses Papier, aus dem Sie zitiert haben, offensichtlich an Sie geschickt hat. (Abg. Dr. Maitz: „So ist das!“)

Die KAGES hat offensichtlich noch nichts davon. Ich weiß nicht, wer der Herr ist, aber wir werden schon sehen. Darf ich Ihnen vorlesen? was in der Zusammenfassung dieses mir vorliegenden Papiers steht? Das ist nicht ident mit dem. Darf ich bitte vorlesen? Mit diesen Maßnahmen – da sind vorher alle diese Geschichten dargestellt – sollte ein sich abzeichnendes Budgetprovisorium 1994 auf einen möglichst kurzen Zeitraum begrenzt werden, um rasch zu einer Freigabe der benötigten Kreditermächtigungen und der Absicherung der gesetzlich vorgegebenen Rückstellungen durch das Land zu kommen. Das ist die glatte Aussage, daß man mit solchen Papieren die Politik erpressen

möchte. Wenn man solche Geschichten voranstellt, um so etwas zu bewegen, dann ist das ein glatter Mißbrauch, zu dem sich der Landtag nicht hergeben kann. Wir müssen uns dagegen verwehren. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Landesrat, überlegen Sie sich selber Konsequenzen (Abg. Tasch: „Stelle einen Mißtrauensantrag!“), wenn Sie so den Landtag fehlinformieren, wie Sie das getan haben. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.55 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Strenitz.

**Landesrat Dr. Strenitz (14.55 Uhr):** Zwei Aussagen zu einer tatsächlichen Berichtigung. Es ist tatsächlich so, daß der Vorstand in dieser Sitzung, die am Montag der Landtagssitzung vorangegangen ist und die bis in die Morgenstunden gedauert hat, sich zu diesem Sparprogramm bekannt hat. Er hat es in dieser Form auch schriftlich festgelegt. Die beiden Herren Vorstandsdirektoren Fankhauser und Moser waren am Morgen der Landtagssitzung bei mir und haben dieses Kürzungsprogramm noch einmal bestätigt und hinzugefügt, daß sie es dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 29. dieses Monats vorlegen werden.

Zweite tatsächliche Berichtigung: Ich habe in diesen Gesprächen oder Parteienverhandlungen – darüber gab es ja auch noch Kommentare, wie die zu bewerten waren – gesagt, und das ist dem Protokoll zu entnehmen, es haben sich alle großen Institutionen, wie Sozialversicherungsträger und Ärztekammer, im wesentlichen grundsätzlich zu dem Krankenanstaltenplan und Gesundheitsplan bekannt. Ich habe dazu gesagt, daß es bei der Ärztekammer in gewissen Punkten, es waren in der Summe acht, Vorbehalte gegeben hat, Sie haben im übrigen die Stellungnahme vollinhaltlich bekommen. Es hat dann mit der Ärztekammer drei Gesprächstermine gegeben, und wir sind mit der Ärztekammer heute diesbezüglich akkordiert. Das wollte ich als tatsächliche Berichtigung hier sehr wohl vorbringen. (Abg. Dr. Maitz: „Es stimmt auch das wieder nicht. Ich habe die ganze Liste vorgelesen, aber es wird immer wieder dasselbe behauptet!“ – 14.56 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Zweite Wortmeldung, Dr. Frizberg.

**Abg. Dr. Frizberg (14.56 Uhr):** Herr Präsident!

Herr Landesrat Strenitz, es freut mich, daß die zweite Berichtigung eigentlich eine Bestätigung war, daß Sie in den Parteienverhandlungen uns die Unterlagen nicht – wie gesagt – vollständig und auch nicht richtig wiedergegeben haben. Sie haben ja heute nur bestätigt, daß damals die Ärztekammer nicht zugestimmt hat. (Abg. Trampusch: „Das ist ein Kommentar, und keine Berichtigung!“) Herr Klubobmann, ich bin am Wort. Ich habe mich zur Rede gemeldet. (Präsident Mag. Rader: „Herr Klubobmann, das war eine normale Wortmeldung!“)

Bitte sehr, Herr Klubobmann. Also, die eine tatsächliche Berichtigung bestätigt nur, daß der Herr Landesrat Strenitz die Parteienverhandlungen nicht

richtig informiert. Die zweite Geschichte, Vorstandsbeschuß der KAGES oder nicht. Der Vorstand hat beschlossen, Diskussionspapiere vorzulegen, und ich habe es auch gesagt. Hier sind einzelne Bereiche, die betroffen sein könnten. Sie haben uns hier dargelegt, es wäre ein Vorstandsbeschuß, wonach alle diese Bereiche betroffen wären und alle diese Bereiche nicht gebaut werden könnten. Das war die glatte Unwahrheit. Dabei bleibe ich. (14.57 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Bitte, ich weise das Wort „Lüge“ zurück, Herr Kollege. Ich darf bitte feststellen, daß sowohl der Herr Landesrat Dr. Strenitz als auch der Herr Abgeordnete Dr. Frizberg normale Wortmeldungen abgegeben haben, und nicht zur tatsächlichen Berichtigung sich gemeldet haben, was ja übrigens einem Regierungsmitglied nach der Geschäftsordnung gar nicht zustünde. Auch die jetzige Wortmeldung des Herrn Landesrates ist eine normale Wortmeldung. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Dr. Strenitz (14.58 Uhr):** Dann danke ich für die Erteilung dieser normalen Wortmeldung. Es ist selbstverständlich nachgefragt worden. Dabei ist mir bestätigt worden, daß der Vorstand am 15. November nicht nur eine Meinung, sondern tatsächlich einen Beschluß gefaßt hat, daß unter der Voraussetzung eines Budgetprovisoriums es im investiven Bereich zu Kürzungen von insgesamt 611 Millionen kommen würde. Das und nichts anderes habe ich gesagt, weil es die Wahrheit ist. (14.58 Uhr.)

**Präsident Mag. Rader:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Mit dem vorliegenden Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko und Dr. Frizberg, betreffend die Einsetzung eines Ausschusses zur Rationalisierung der Leistungen des Landes Steiermark (Rationalisierungsausschuß) zur Feststellung der Rationalisierungsmöglichkeiten aller Leistungen, die das Land Steiermark erbringt, sowie die Umsetzungsmöglichkeiten von Vorschlägen zur Verwaltungsreform, wird nachstehender Antrag gestellt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag setzt einen „Ausschuß zur Rationalisierung der Leistungen des Landes Steiermark (Rationalisierungsausschuß)“ ein.

Er setzt sich aus vier Abgeordneten der ÖVP, vier Abgeordneten der SPÖ und zwei Abgeordneten der FPÖ zusammen.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird gebeten, den Ausschuß bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Weiters wurden eingebracht ein Beschlußantrag der Abgeordneten der SPÖ, betreffend die parlamentarische Behandlung der Regierungsvorlage zum Landesvoranschlag 1994.

Ein weiterer Beschlußantrag der SPÖ, betreffend die Medienöffentlichkeit des Rationalisierungsausschusses, eines allfälligen Rationalisierungsausschusses.

Und drittens ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Ebner und Dr. Maitz, ebenfalls betreffend die Frage der öffentlichen Information über die Arbeit des Rationalisierungsausschusses.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Das ist bei allen diesen Beschlußanträgen der Fall. Sie wurden auch dem Präsidenten überreicht. Ich lasse nun in folgender Reihenfolge abstimmen:

Erstens über den Antrag auf Einsetzung des Rationalisierungs-Ausschusses. Zweitens über den Beschlußantrag der sozialistischen Abgeordneten bezüglich die parlamentarische Behandlung der Regierungsvorlage zum Landesvoranschlag 1994. Drittens zum weiteren Beschlußantrag der SPÖ, betreffend die Medienöffentlichkeit des Rationalisierungs-Ausschusses, und viertens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Ebner und Dr. Maitz, bezüglich die öffentliche Information über den Rationalisierungs-Ausschuß.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag auf Einsetzung des Rationalisierungs-Ausschusses die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Nun ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der SPÖ, bezüglich die parlamentarische Behandlung der Regierungsvorlage zum Landesvoranschlag 1994, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem SPÖ-Antrag auf Medienöffentlichkeit der Arbeit des Rationalisierungs-Ausschusses, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag der Abgeordneten Dr. Ebner und Dr. Maitz, bezüglich öffentliche Information über die Arbeit des Rationalisierungs-Ausschusses, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Rationalisierungs-Ausschusses wurden mir bereits namhaft gemacht. Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen

mittels Stimmzettels vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird. Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die nunmehr durchzuführende Wahl in den Rationalisierungs-Ausschuß durch Erheben der Hand vorzunehmen. Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die ÖVP hat folgende Abgeordnete als Mitglieder des Rationalisierungs-Ausschusses: Dr. Karl Maitz, Hermann Schützenhöfer, Dr. Gilbert Frizberg, Dr. Reinhold Lopatka, und folgende Abgeordnete als Ersatzmitglieder des Rationalisierungs-Ausschusses: Ing. Hans Kinsky, Dr. Eva Karisch, Reinhold Purr, Franz Riebenbauer, namhaft gemacht. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die SPÖ hat folgende Abgeordnete als Mitglieder des Rationalisierungs-Ausschusses: Dr. Kurt Flecker, Barbara Gross, Franz Trampusch, Kurt Gennaro, und folgende Abgeordnete als Ersatzmitglieder des Rationalisierungs-Ausschusses: Karlheinz Vollmann, Günter Dörflinger, Siegfried Schrittwieser, Erna Minder, namhaft gemacht. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die FPÖ hat folgende Abgeordnete als Mitglieder des Rationalisierungs-Ausschusses: Mag. Ludwig Rader, Dipl.-Ing. German Vesko, und folgende Abgeordnete als Ersatzmitglieder des Rationalisierungs-Ausschusses: Dr. Manfred Ebner, Mag. Magda Bleckmann, namhaft gemacht. Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die Mitglieder oder Ersatzmitglieder des Rationalisierungs-Ausschusses sind, sich zur Durchführung der konstituierenden Sitzung in den Rittersaal zu begeben. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 15.03 Uhr.)